In der Entwicklung der antiautoritären Studentenbewegung zur sozialistischen Opposition stellt sich in zunehmendem Maße die Frage nach der Organisationsform der Arbeiter in den Betrieben. Gramscis Aufsätze über die Turiner Räte und Pesquets Bericht über das atomare Zentrum Saclay während der französischen Maiereignisse versuchen auf die Organisationsfrage an der Produktionsbasis eine Antwort zu geben. Pesquet geht

Räte in Saclay

J. PESQUET

Räte in Turin

A. GRAMSCI

Beiträge zur betrieblichen und überbetrieblichen Organisationsfrage

Trikont- Schriften zum Klassenkampf · 9

das Problem wesentlich von seiner empirischen Seite an und verweist auf die Schwierigkeiten, unter denen sich Selbstverwaltungseinheiten im konkreten Fall von Saclay herausgebildet haben. Im Zusammenhang mit dem Problemkreis Saclay steht auch die Technologiediskussion, da bei dem hochindustrialisierten Zentrum für Atomenergie allein die Zusammenarbeit zwischen Techni-



Als der Trikont Verlag 1967 von SDS-Genossen gegründet wurde, hatte er es sich zur Aufgabe gemacht, in Zusammenarbeit mit dem die SDS-Politik bestimmenden Vietnamprotest Texte zur Sozialrevolution auch der übrigen Dritten Welt zu publizieren. Entsprechend dem damaligen Aufklärungsbegriff sollten diese Texte nicht allein Argumentationshilfen für die schon bestehenden linken Gruppen liefern, sondern auch ein informationsbedürftiges liberales Publikum ansprechen. Wegen der Zielsetzung, auch diese unspezifischen Gruppen zu erreichen, was bedeutete, sich den Marktgesetzen und Werbemethoden anzupassen, wurde unsere Bücherreihe der unverbindlichen Bezeichnung „Trikont Aktuell" unterstellt. Ab 1968 wurde die Information zu Fragen der Revolution der Dritten Welt weitgehend von bürgerlichen Verlagen aufgenommen. Gleichzeitig entwickelte sich die Linke von einer Identifizierung mit dem Kampf in Asien, Afrika und Lateinamerika zur konkreten Bekämpfung der Institutionen bundesrepublikanischer Herrschaft. Um Instrument dieser Bewegung zu bleiben oder es verstärkt zu werden, muß der Verlag jetzt die Arbeit der Gruppen in Universität und anderen gesellschaftlichen Bereichen theoretisieren und zu ihrer Festigung beitragen. Texte zur Dritten Welt werden aufgrund ihrer Umsetzbarkeit in Kampagnen oder als Modelle für Strategiediskussionen der Linken veröffentlicht. Reine Information braucht weiterhin nur über bestimmte von bürgerlichen Verlagen auch tabuisierte Konflikte geliefert zu werden. Auch diese Information soll vor allem der Theoriebildung innerhalb der Linken dienen, sich nicht an ein unorganisiertes Publikum wenden.
Ausdruck dieses Funktionswandels des ganzen Verlagsprogramms ist die Umbenennung der Reihe „Trikont Aktuell" in: „Schriften zum Klassenkampf".

Verlagskooperative Trikont

Schriften zum Klassenkampf

8 **Spanien 69**
ca. DM 6.–

9 J. Pesquet
Räte in Saclay?
A. Gramsci
Räte in Turin
ca. DM 6.–

10 **Tragt die Unruhe in die Bundeswehr!**
ca. DM 6.–

11 **Klassenjustiz**

12 C. Schuhler
Black Panther – Zur Konsolidierung des Klassenkampfes in den USA
ca. DM 6.–

13 J. E. Seiffert
Zengakuren
Universität und Widerstand in Japan
DM 7.20

14 **Revolution in Nordirland?**
Vom Religionskrieg zur Organisierung des Klassenkampfes
DM 4.50

15 **Palästina – Theorie und Praxis des arabischen Widerstandes**
ca. DM 6.–

Alle Bände erscheinen bis Ende des Jahres.
Verlagskooperative Trikont 8 München 80
Josephsburgstraße 16
Im Abonnement erhalten Sie jeden Band DM 1.– billiger

Jacques Pesquet

RÄTE IN SACLAY?

Antonio Gramsci

RÄTE IN TURIN

Inhalt

Erste Auflage 2500. ‚Räte in Saclay' © by Francois Maspero, Paris. ‚Räte in Turin' © by Fischer Verlag, Antonio Gramsci, Philosophie der Praxis (Auszüge) und andere Texte. Einführung zu Gramsci © by New Left Review, London. Übersetzung: V. H. Brandes, Gerd Brandes, J. Pfaff u. a. Grafische Gestaltung: Hansjörg Langenfass. Druck und Bindung: Georg Wagner Nördlingen. © der deutschen Ausgabe, Verlagskooperative Trikont, München.

Einleitung

Im Mai 1968 hat es nicht an einer Fülle von Aktionen, an organisatorischen Neuheiten und kühnen Initiativen gefehlt, die einen Monat früher noch unvorstellbar gewesen wären. Denn eine Massenbewegung, die die ganze Gesellschaft in ihren Grundlagen erschüttert, kann nicht vom Konformismus geprägt sein. Alle Regeln und Gesetze wurden vergewaltigt, die Autoritäten verhöhnt und die Verteidiger der Traditionen beleidigt. Der Mai 1968 hat einen Vorgeschmack auf die nächste französische Revolution vermittelt.

Aber eine Revolution ist nicht nur eine Sache der Phantasie. Ihre Vorbereitung erfordert einen großen Aufwand an Arbeit auf allen Ebenen, von der Suche nach einem Programm bis zum spontanen Aufbau von Organisationen. Deshalb können wir uns nicht einfach an eine Sammlung von Plakaten, Fotografien und Zeitungen klammern, noch uns in das mehr oder weniger schmutzige Spiel gewisser Herausgeber verwickeln lassen, die schöne Sprüche und Blutflecken auf Glanzpapier drucken lassen. Jene, die auf den Barrikaden oder in den Fabriken gekämpft haben, bitten nicht darum, daß man ihnen etwas Malerisches oder Sensationelles anbietet. Es geht darum, Bilanz zu ziehen. Es geht darum, Perspektiven zu eröffnen.

In diesem Sinne vermitteln wir vor allem den Kampfgefährten, die durch die Gewerkschaftsführungen von den ursprünglichen Zielen ihres Kampfes abgelenkt wurden und sich dessen bewußt sind, die Kenntnis von einer Erfahrung, die im Kernforschungszentrum (Centre d'Etudes Nucléaires) in Saclay und allgemeiner von der Atomenergiebehörde (Commissariat à l'Energie Atomique) gemacht wurde. Auf diese Weise hoffen wir, einen Beitrag zu leisten und ein Beispiel zu geben, das vielleicht morgen von Millionen von Arbeitern auf einer der nächsten Etappen des unserer Meinung nach unvermeidlichen Kampfes wieder-aufgenommen wird. Wir sind sogar der Ansicht, daß die Frist, die uns zur Verfügung steht, um einen breiten Austausch von Erfahrungen in Gang zu setzen, sehr kurz und das Risiko groß ist, daß wir von einem neuen Sturm gepackt werden, ohne die Zeit gefunden zu haben, die Lehren dieses Monats Mai zu verarbeiten und uns auf einen neuen, weitaus schwereren Kampf als den vorhergegangenen vorzubereiten.

Die Räte, die in jeder Abteilung gewählt wurden, nehmen heute im CEA ihren Platz ein. Stehen sie nicht in der Tradition der Fabrik- und

Abteilungsräte, die seit dem letzten Jahrhundert das Tageslicht erblickt haben? Sind sie keine Vorwegnahme der Arbeiterräte oder -komitees, die morgen die gesamte Produktion kontrollieren werden? Vielleicht haben wir im CEA zu mehreren tausend einen neuen Stil der Schule der Demokratie entdeckt.

J. Pesquet

Ein Getto zwischen der Sorbonne und Renault

Das Centre d'Etudes Nucléaires von Saclay (das wir mit seinen Anfangsbuchstaben CENS bezeichnen werden) ist eine richtige Stadt, die täglich von etwa 10 000 Menschen belebt wird. Avenuen, Straßen, Verkehrszeichen, die Geschwindigkeit und Parkverbot regeln, drei Restaurants, von denen zwei von Jacques Borel kontrolliert werden, ein Umschlagplatz für den Schwerverkehr; das alles mit einem Drahtzaun und Stacheldraht umgeben. An den Eingangstoren Schranken und Beamte in der Uniform des örtlichen Sicherheitsdienstes. Um eintreten zu können, muß man einen Passierschein vorweisen. Der Besucher hat eine Zutrittserlaubnis zu beantragen, die ihm erteilt wird, wenn sein Name nicht auf den schwarzen (oder roten?) Listen steht, die zum Teil von den Renseignements Généraux und der D.S.T. angelegt worden sind.
Auf den ersten Blick wird das CENS mit seinen Rasenflächen, Blumen, seinen sauberen Straßen, seinen Trauerweiden, Springbrunnen und Teichen einladend erscheinen. Aber dieser Schmuck verdeckt alle Formen der Überwachung und Unterdrückung. Weshalb gibt es einen Wachtturm? Weshalb die Nachtstreifen mit Polizeihunden? Weshalb die Abhöranlagen? Weshalb die Beamten der Renseignements Généraux und der D.S.T.? Dieser ganze Polizeiapparat ist völlig absurd und ohne jeden Zusammenhang mit den Tätigkeiten des CENS. Niemand ist zu einer bestimmten Produktionsleistung verpflichtet. Es gibt keine Produktion im strengen Sinn des Wortes und auch keine Geheimnisse, die derartige polizeiliche Sicherheitsmaßnahmen rechtfertigen würden. Das ganze System könnte weder der Isolierung der wissenschaftlichen Forscher, der Universitätsmitarbeiter noch selbst der Techniker dienen. Wozu dient dann dieser Aufwand? Zu nichts, außer um ein Klima dauernder Unsicherheit zu schaffen, den Schwachen Furcht einzujagen und auch, um jede freie Diskussion zu verbieten.
Wer sind die Arbeiter, die bewußt oder unbewußt eine derartige Ordnung ertragen? 5 000 von ihnen sind Teil des Personals des CEA.[1] Ungefähr 3 500 werden von Privatunternehmen nach Saclay geschickt. Das sind die zwei Cliquen: die Arbeiter des CEA und die der

„Unternehmen von draußen", deren Interessen meistens unterschiedlich zu sein schienen. Was die 1 500 anderen betrifft, so handelt es sich um eine Mischung aus Doktorandenstipendiaten, französischen und ausländischen Praktikanten und Arbeitenden jeder Art von Medizinern bis zu Fensterputzern.
Das Personal des CEA: 20 % Führungskräfte, 45 % Techniker und der Rest Facharbeiter. Also eine Mehrheit von „White Collar" Arbeitern, Forschern, Ingenieuren, Hochschulprofessoren und Technikern, ein mehr oder weniger intellektuelles Milieu, das von rein ökonomischen Forderungen kaum betroffen wird, stattdessen jedoch umso mehr von der Gefahr einer Auseinanderlegung der verschiedenen Abteilungen beunruhigt ist. Debatten in der Nationalversammlung hatten erst vor kurzem bewiesen, daß die Privatindustrie in der Tat beabsichtigte, die Forschung für ihre eigenen Ziele auszunutzen und sich diese Absicht aus offen zu Tage liegenden Rentabilitätsgründen in Entlassungen ausdrücken würde.
Die „auswärtigen Unternehmen", die in ihrer Mehrheit aus Arbeitern bestanden, waren Opfer einer kleinen Anordnung, die die Einziehung der Passierscheine vorsah, was einem Verlust des Arbeitsplatzes „ohne Vorankündigung oder Rechtfertigung" gleichkommt. Jene, von denen man sagte, daß sie den anderen das Brot wegaßen, schlossen sich im allgemeinen nicht den Streikbewegungen an.
All diese Bewohner des CENS wurden von einer starken Bürokratie beherrscht, deren Verwaltungs- und Abteilungschefs usw. am häufigsten zum Wettbewerb gegeneinander antraten, alles bevormundeten und selbst den wichtigsten Aufgaben einen absurden Charakter verliehen. Zum Polizeizwang kam der Druck der von oben bestimmten Chefs.
Angesichts dieser Situation ist es verständlich, daß das Ausmaß gewerkschaftlicher Organisierung nicht sehr über den Durchschnitt hinausging: 800 Mitglieder der CGT, 400 der CFDT und 350 bis 400 der FO. Was die apolitischen und autonomen Gewerkschaften, die CGC und die SPAEN, betrifft, so stellen sie nur eine schwache Kraft dar. Bemerken wir jedoch, daß sich diese Organisationen nach der terroristischen Rede de Gaulles in Cadarache plötzlich wieder stärkten und alles für sich zurückgewonnen haben, was es an Eingeschüchterten in diesem Zentrum gab.
Auf Grund des Drucks durch die Polizei und die Bürokratie bestand natürlich ein ausgeprägtes politisches Desinteresse. Man sprach von seinem Wagen, den Ferien und der Familie. Aber man hütete sich vor jeder Stellungnahme, die die Zukunft hätte gefährden können.

Charakteristisch ist auch die große Zahl jener, die sich zu einem Interesse an einer Arbeit verleiten lassen, deren Zweck sie nicht einmal erkennen. Wie viele Wissenschaftler haben erklärt, im Streik zu sein und haben ihre Arbeit dennoch fortgesetzt. Ohne Bezahlung selbstverständlich, aber damit dennoch auf jene einen Druck ausübend, die von dieser „Manipulation" beeinflußt wurden, die Arbeit nicht einzustellen. Diesen Fanatikern der Physik oder der Biochemie gingen ihre Forschungen über jede gewerkschaftliche oder politische Aktivität.
Dennoch sollte in diesem Rahmen eine avantgardistische Bewegung in einem sozialen Milieu entstehen, das keine Ähnlichkeit mit dem von Renault oder der Sorbonne hat, sich irgendwo zwischen den beiden befindet.

2

Der Auslöser

Am 3. Mai kommt es im Quartier Latin zur ersten gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Studenten und Polizei. Kleine Barrikaden werden errichtet. Am 6. zuckt man in Saclay mit den Schultern; gewiß, ein Polizist hat einen Pflasterstein ins Gesicht bekommen, aber was ist das schon . . . eine Kleinigkeit. Am Abend des 6. neue Barrikaden. Dieses Mal ist die Unterdrückung viel heftiger: Tränengas und Gummiknüppel. Die Studenten greifen die Polizei an, Autos brennen. Am Morgen des 7. bricht ein Sturm der Entrüstung gegen die Brandstifter los. Was sagt die Arbeiterpresse? Sie unterscheidet zwischen den Studenten und den „linksextremen" Provokateuren und macht praktisch die Studenten, die Abenteurer, die die Straßen gehalten haben, für die Zwischenfälle des 6. Mai verantwortlich.
Dennoch gibt es hier und dort politische Diskussionen. Weshalb diese gewaltsamen Demonstrationen? Am 1. Mai hatten die Arbeiter in Ruhe einen Umzug veranstaltet! Demonstrationen, Umzüge, Universitätskrise, das alles tritt langsam in den Vordergrund des Interesses. Es ist das Regime, das in Frage gestellt wird. Zu dieser Schlußfolgerung kommt man.
Am 7. der erste Antrag:

„Man kann die Besetzung der Fakultäten und des Quartier Latin durch Tausende bewaffneter und behelmter Polizisten nicht mit der Anwesenheit einer „Handvoll Agitatoren" und Unruhe stiftender „Bürgersöhnchen" rechtfertigen. Der massive, ja selbst spontane Charakter der Demonstrationen beweist, daß es ein Unbehagen der gesamten Universität gibt.
Die Unterzeichnenden
– protestieren gegen das Eingreifen der Polizei in den Fakultäten und gegen die Verwendung dieser Kräfte, um auf die Forderungen der Studenten und zahlreicher Professoren zu antworten,
– fühlen sich von den Forderungen der Studenten angesprochen und beabsichtigen mit diesem Antrag, den Tausenden von Demonstranten ihre Unterstützung zu geben, die tapfer um die Erfüllung ihrer Forderungen gekämpft haben."

So wird am Morgen des 13. Mai, dem eine blutige Unterdrückung (in der Nacht vom 10. auf den 11.) und ein Aufruf der Gewerkschaften zum Generalstreik vorausgegangen sind, eine Demonstration im Zentrum organisiert: 2 000 Arbeiter nehmen daran teil. Am Nachmittag begibt man sich für den großen Aufmarsch nach Paris.
Die Auslösung der Ereignisse durch die Studenten hat das CENS erschüttert. Innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen wie auch in ihrer Umgebung kommt die Diskussion gut voran. Alles wird bezweifelt und in Frage gestellt. Ein neues Klima entwickelt sich die ganze Woche hindurch, die von der Besetzung der Fakultäten gekennzeichnet ist. Wird die kritische Universität geboren werden? Doppelherrschaft? Studentische Macht? In dieser Zeit versucht die Arbeiterpresse, ihre früheren Fehler wiedergutzumachen, ohne jedoch so weit zu gehen sich zu verpflichten, die weiterhin von den „Linksradikalen" geführte Studentenbewegung zu unterstützen.
In den Fabriken beginnt der Streik nach dem Vorbild der Studenten mit der Besetzung der Betriebe. Die Streikenden zählen nach Millionen.

3

Ein unkontrollierter Aufbruch

Am 17. Mai versammeln sich 10 Personen, 20, 50 und dann 100. Um 11 Uhr morgens sind dreihundert in einem Saal und diskutieren. Die

Gewerkschaftsorganisationen rufen in aller Eile eine allgemeine Betriebsversammlung für den frühen Nachmittag zusammen.
Die Intersyndikale2) begibt sich in die Arena, wo die Enragierten versammelt sind. Der Sekretär der F.O. versucht dann, den Sinn einer Betriebsversammlung zu erläutern. Wenig beliebt vor den Maiereignissen, verliert er sich in endlosen Phrasen und löst schließlich einen heftigen Protest gegen die Gewerkschaften aus; unter Behinderung Abgang des Sekretärs der F.O.
Betriebsversammlung: 5 000 kommen zusammen. Normalerweise werden nicht mehr als 700, im Höchstfall 1 000 Arbeiter von diesen Versammlungen angesprochen. Jeder, einschließlich der Gewerkschaftsvertreter, ist überrascht. Gebranntes Kind scheut das Feuer. Aus Furcht, ein wenig ausgepfiffen zu werden, schweigen die Gewerkschaftsführer. Die Versammlung bleibt unter Leitung der Enragierten.
Die Entschlossensten ergreifen das Wort: einige scharfe Bemerkungen über die Gewerkschaften, Fragen über das, was man tun will, einige Albernheiten und nichts . . . Keiner kann mehr als Vorschläge machen. Die 500 Enragierten vom Vormittag beschließen, ihre Diskussionen die ganze Nacht und das ganze Wochenende hindurch fortzusetzen.
Diskussion ohne Methode und Ordnung; Ideen sprudeln von allen Seiten. Man *bezweifelt* und *stellt in Frage:* die Bürokratie, die Passierscheine, die Gewerkschaften, den Menschen, die Freiheit, das Recht zu reden. Man macht den Mund auf. Die Kampagne der hundert Blumen in Saclay.
Die routinierten Militanten der CGT sind da und werden zu Zeugen eines Ereignisses, das einem riesigen Durcheinander gleicht, ohne zu verstehen, daß die Menschen sich nicht mehr in den traditionellen Organisationen finden können. Und was ist mit den Forderungen? Das alles ist doch nichts als eine große „intellektuelle Masturbation" (sic). In Saclay tut man *nichts anderes* als diskutieren, ansonsten befindet man sich im Streik. Die routinierten Militanten haben schlechte Laune; von Zeit zu Zeit explodieren sie, wenn die Gewerkschaften kritisiert werden.
Auf jeden Anfall und jede Explosion folgt eine neue Welle von Angriffen gegen die Gewerkschaften. Die Gewerkschaft, welche auch immer, ist die Bürokratie, das erstarrte Denken, der kleine sinnlose Streik, Zersplitterung und enge Lokalpolitik, Symbol aller Enttäuschungen und aller Niederlagen in der Vergangenheit. Diese Angriffe, so verständlich sie auch sein mögen, provozieren nichtsdestoweniger den traditionellen Abwehrreflex der Organisationen, vor allem seitens

derjenigen, die während langer vorausgegangener Jahre die undankbare Arbeit von Delegierten getan haben. Jene finden sich „selbstverständlich" am Rande der Bewegung.

Dennoch lernen zahlreiche Militanten der CGT, sich in dieser Bewegung mit ihren neuen Formen zu integrieren. Für sie besteht kein Zweifel, daß es vergeblich sein würde zu versuchen, die Bewegung zu kanalisieren; man muß in ihr Aufgaben und Verantwortung übernehmen. Später wird man dann schon sehen, wer in ihr die Führung hat, wer ihre Ziele bestimmen wird . . .

In drei Tagen werden enorme Fortschritte erzielt. Trotz des offensichtlichen Durcheinanders der Diskussion, an der ungefähr 1 500 Personen teilnehmen, trotz der zahlreichen Zusammenstöße zwischen jenen, die Redefreiheit fordern und jenen, die die Absicht zu haben scheinen, die Debatten zu kanalisieren, treten die verbindenden Elemente der Auseinandersetzung deutlich hervor; die gesamte bestehende Ordnung muß vor der Ebene der Arbeit bis zur Staatsgewalt gestürzt werden. Von jetzt an wird man jedoch nicht mehr bitten, man wird sich nehmen. Das ist eine Frage des Kräfteverhältnisses. Wir werden deshalb keine Forderungen (revendications) mehr stellen, weil das Wort zu sehr an Konzessionen und an Feilschen erinnert; wir werden von unseren *Ansprüchen* (exigences) sprechen.

Dieses radikale Vokabular ist im Verlauf der Ereignisse in keiner Weise das Werk einiger Demagogen gewesen. Viele glauben, die wahre Revolution zu machen, ohne Parlamentarismus, ohne diese krämerhafte Politik, die so viele Franzosen von der Politik abgestoßen hat, ohne Kontrolle durch die Apparate. Man ist zutiefst anti-bürokratisch und glaubt, aus diesem Grund schon von den Bürokraten befreit zu sein. Und dann, so hört man, ist das wichtigste schon erreicht. Die Aufgabe war es, das Bewußtsein neu zu formen und die Möglichkeit zu schaffen, daß die Menschen den Mund aufzumachen wagen. Macht man nicht die Revolution, wenn man frei spricht? Alle Plakate klebt, die man will? Ist es nicht die Revolution, wenn das Leben des Landes von 10 Millionen Streikenden gelähmt wird? Die *Revolution*. Die, die reden, werden nicht notwendigerweise auf die Barrikaden steigen . . .

Was fordert man in dieser revolutionären Periode? Die soziale Zusammensetzung des CENS, das Polizeiregime und die allmächtige Autorität der Chefs finden ihren Ausdruck in einem zweiteiligen Programm: der erste Teil behandelt die Reform und die Demokratisierung des CEA und die Humanisierung der Arbeitsbedingungen. Der zweite, ein wenig als Konzession gegenüber ungünstigen Bedingungen

geschrieben, enthält die ökonomischen Forderungen. Keine Diskussion darüber, ob die beiden Teile umkehrbar sind; jeder Versuch in dieser Richtung würde unmittelbar zur Beschuldigung führen, man wolle die Bewegung im Namen einer Gewerkschaft wieder in die Hand bekommen. Nach einer kurzen Arbeit in Kommissionen und einer Nacht an der Abziehmaschine kommt ein Text heraus, der „der Beurteilung der Arbeiter des CEA und der auswärtigen Betriebe unterbreitet wird."

I – Einleitung

Die Arbeiter des C.E.N. Saclay und der auswärtigen Unternehmen, die sich während des Wochenendes versammelt hatten, haben die gegenwärtige Lage in Frankreich analysiert. Die Studentenbewegung hat eine tiefe Krise der französischen Gesellschaft aufgedeckt und ist der Auslöser gewesen, der eine breite Mobilisierung der Arbeiter ermöglicht hat. Als kämpfende Bewegung, die alle bürokratischen, staatlichen und kapitalistischen Strukturen in Frage stellt, als Bewegung, die sich objektiv für die Befreiung des Menschen einsetzt, muß die Studentenbewegung unseren Gruß und unsere Unterstützung erhalten . . .

II – Demokratische Forderungen

– Dem absolutistischen Machtanspruch der Verwaltung stellen wir einen Betriebsrat gegenüber, von den Arbeitern gewählt, ganz oder teilweise abberufbar und mit Kontroll- und Entscheidungsbefugnissen ausgestattet.
– Dem System der nach freiem Ermessen handelnden Unterabteilungs- und Abteilungsleiter[3)] stellen wir die Macht der in jeder Unterabteilung und Abteilung gewählten Räte entgegen.
– Allen Zwangs- und Unterdrückungsmaßnahmen in Form von Polizeikontrollen muß ein Ende gemacht werden. Wir akzeptieren den Passierschein nur noch für den Zugang zu den Bereichen, in denen größere radioaktive Gefahren bestehen.
– Wir fordern Rede- und Versammlungsfreiheit jeder Art einschließlich politischer und gewerkschaftlicher, sowohl für das Personal des CEA, einschließlich der Sicherheitsdienste, wie für die auswärtigen Unternehmen.
– Die betriebliche Gewerkschaftsvertretung soll anerkannt werden.

Diese kann darüberhinaus jeden, einschließlich der politisch und gewerkschaftlich Verantwortlichen, einladen.
– Schließlich bekräftigen wir das Streikrecht ohne Vorankündigung.

III – Ökonomische Forderungen

In dem neuen Verwaltungsplan, den wir euch zur Ausarbeitung vorschlagen, werden alle Forderungen wiederaufgenommen, die die Gewerkschaften bis jetzt verteidigt haben.
Hinzu kommen das Recht auf dauernde Berufsfortbildung während der Arbeitszeit (ein Monat Bildungsurlaub für alle) und die Kontrolle über Einstellung durch die Lohnabhängigen und ihre gewählten Vertreter.

Dieser Text, am Morgen des 20. Mai einer Versammlung von 6 000 Menschen vorgelegt, erregt Begeisterung weniger wegen seines Inhaltes als wegen der neuen Art, in der er etwas vorschlägt. Hatte man je eine Organisation erlebt, die die Arbeiter fragte, wofür sie kämpfen wollten?
Und mit welchem Ton dieser Text vorgetragen wird! Wir werden unsere normale berufliche Tätigkeit erst dann wiederaufnehmen, wenn wir den *Sieg* errungen haben! Marschieren wir entschlossen darauf zu; es wird keine Repression geben, wenn wir den *Sieg* erringen! Den *Sieg!* Das ist die Parole. Niemand unter den besonders Verantwortlichen hatte gewagt, in dieser entschlossenen Sprache zu reden. Und so kommt es, daß sich plötzlich eine Masse, die als amorph, gewerkschaftsfeindlich und apolitisch galt, in Begeisterung versetzt und bereit ist, ihre Angelegenheiten in die eigene Hand zu nehmen.
Und wir befinden uns noch immer nicht im Streik. Warum noch nicht? Niemand arbeitet. Außerdem hat noch niemand zu den Vorschlägen, die die Formen des Kampfes und seine Organisation betreffen, Stellung genommen:

IV – Aktionsform

Unser Kampf muß sich in die Kämpfe der gesamten Arbeiterbewegung einfügen und darf nicht enden, solange unseren Forderungen nicht entsprochen worden ist. Wir schlagen aus diesem Grund die folgenden Aktionsformen vor:

– unbefristeter Sitzstreik,
– Besetzung des Zentrums,
– unbefristeter Bummelstreik.

Die Diskussion über diese Punkte findet nach der Betriebsversammlung statt.

V – Organisationsformen für den Kampf

Es gibt fünf Gewerkschaftsorganisationen und zahlreiche unorganisierte Arbeiter. Die Verantwortung für die Aktionen muß zur Sache eines jeden einzelnen werden, der daran teilnimmt. Deshalb schlagen wir vor, daß auf Abteilungsebene Einheitskomitees gebildet werden und jedes Komitee einen Vertreter in ein zentrales Aktionskomitee delegiert. Derartige Basis- und Einheitskomitees sollen sich mit der Organisierung der Aktionen beschäftigen, sowohl hinsichtlich der Sicherheit von Personal und Material als auch der Entscheidungen, die in Bezug auf Dauer und Aktionsformen zu treffen sind. Es handelt sich also um eine Organisationsform, die auf allen Ebenen die Normen der Arbeiterdemokratie einführt.

4

Die Führung des Kampfes

In Erwartung, daß Entscheidungen gefällt werden, wird ein vorläufiges zentrales Aktionskomitee gebildet. Freiwillige schreiben sich ein, darunter zahlreiche Gewerkschafter.

Das provisorische zentrale Aktionskomitee trifft die ersten Maßnahmen. Es leitet ein weites System von Arbeitskommissionen. Kein Arbeiter wird beiseitegelassen, kein Arbeiter ist ohne Aufgabe. Alle diskutieren, suchen und arbeiten etwas aus. Man muß essen. Das vorläufige Zentralkomitee kümmert sich darum. Man braucht einen Versammlungssaal. Das Zentralkomitee sorgt dafür. Pressecommuniqués, die sogar von der linken Presse nur selten veröffentlicht werden; Information der Arbeiter über die Streiks in Frankreich; Organisierung des Transportwesens; Lautsprechereinrichtungen in den Versammlungs-

räumen; Versammlungen, Benutzung von Gegensprechanlagen; Beziehungen zur Direktion. Nach drei Tagen werden die Mitglieder des Zentralkomitees völlig erschöpft sein.
Aber dieses Komitee ist nur provisorisch. Wahlen finden statt. Das neue zentrale Aktionskomitee setzt sich jetzt aus fünf nichtgewählten Gewerkschaftsvertretern, fünfzehn gewählten Arbeitervertretern und acht Vertretern der auswärtigen Unternehmen zusammen. Trotz einer starken gewerkschaftsfeindlichen Strömung sind die Gewerkschafter dieses Mal natürlich in der Mehrheit. Die Wahlen werden zum Gegenstand spitzfindiger Diskussionen. Man ist um die Formen bemüht, und die demokratischen Spielregeln sollen uneingeschränkt respektiert werden. Man hat große Angst, daß die Gewerkschaft „ein doppeltes Spiel" mit ihnen treibt und man Verantwortungslose und Leute, die man nicht kennt, dabeihat. Gerade die, die sich so sehr um die demokratischen Gesetze kümmern, werden dennoch später bei den Wahlen zur Nationalversammlung zur Wahl gehen . . .
Das neue Zentralkomitee reflektiert zunächst ein Kräfteverhältnis. Was die Arbeiter verlangen, wird genommen. Was sie beschließen, wird ausgeführt. Niemals kommt die Frage nach der Berechtigung auf. Wir sind Volljährige, Erwachsene, *Verantwortliche*. Als die Gegensprechanlage verweigert wird — es handelt sich da um ein Informationsmittel, das erlaubt, in kürzester Zeit das gesamte CENS zu erreichen — brechen 500 oder vielleicht 1 000 mit dem Zentralkomitee an der Spitze auf, um diese zu bekommen. Das ist das Nervenzentrum dieses Kampfes.
Die Kontrolle an den Toren könnte die Namen jener registrieren, die am Abend bleiben. Man schafft die Kontrolle zum größten Vergnügen aller einschließlich des Sicherheitsdienstes, der sich von einer Polizeifunktion entlastet sieht, ab.
Die Erfolge verdoppeln sich. Alle fassen Vertrauen.
Die Stärke der 10 Millionen Streikenden außerhalb des CENS ist ebenso bedeutend wie die von Tausenden von Arbeitern im Inneren.
Das Zentralkomitee reflektiert die spontanen Möglichkeiten der gesamten Bewegung. Alles ist möglich. Und so geschieht auch alles. Gewiß gibt es noch das heilsame Abwägen der Gewerkschaft. Aber die Plakate nehmen an Zahl zu und ebenso die Texte. Das Zentralkomitee ist eine der offiziellen Direktion gleichgestellte Autorität. Will sich ein Student anschließen? Das Zentralkomitee nimmt ihn auf eigene Verantwortung. Muß die Sicherheit an einer Stelle des Zentrums gesichert werden? Das Zentralkomitee übernimmt die Verantwortung.
Schließlich repräsentiert das Zentralkomitee die Aktionseinheit mit

einem großen A. Man nimmt den Militanten der CGT nicht die Positionen von Seguy übel; sie sind hier nicht umsonst! Man vergißt die zwiespältige und in der Tat auf Klassenkollaboration hinauslaufende Politik der Führer der CFDT, denn die vom Zentralkomitee sind zum Kampf bereit und ehrlich. Bergeron ist ein trauriger Reaktionär im Vergleich zu den militanten FO-Mitgliedern im Zentralkomitee. Gewerkschafter und Unorganisierte spielen ein ehrliches Spiel. Auf Grund dieser Tatsache existiert in den Augen der Arbeiter eine Einheitsführung, wie sie es sich immer gewünscht haben.

5

Etwas Politik

In dieser Zeit werden Plakate geklebt: „Mach im Mai, was dir gefällt", die Zeichnungen von Wolinski[4], *L'Action, L'Humanité, Tribune Socialiste,* ein Plakat der anarchistischen Föderation, ein Plakat der CGT, der FO . . . *La Cause du Peuple* zirkuliert. Verkäufer von *Révolte* verstehen zu Unrecht nicht, daß die Streikenden ihre Zeitung aus finanziellen Gründen nicht kaufen können: eine gute Werbung für die „Linksradikalen" . . . Hin und wieder spricht man von den „radikalen Grüppchen" (groupuscules), der JCR, Voix Quvrière, der IV. Internationale. Für ein als unpolitisch bekanntes Milieu ist das bestimmt nicht schlecht. Von diesen Grüppchen gibt es eine unübersehbare Zahl. Aber sie sind auf den Barrikaden gewachsen. Sie kämpfen. Hut ab!
Kurz gesagt, man beschäftigt sich mit Politik, aber man vermeidet sorgfältig, als Parteigänger in Diskussionen verwickelt zu werden. In der Bewegung gibt es „Linksradikale", Kommunisten, aktive Mitglieder der PSU, Leute von der „Linken" und gewiß auch Gaullisten. Unter den letzteren gibt es jene, die dem beabsichtigten Reformprogramm zustimmen, und die anderen . . . Im Allgemeinen sind alle politischen Diskussionen links, oft sogar sehr weit links, und bekommen praktisch niemals einen propagandistischen Charakter. Später wird eine Kommission „Aktion zur Bildung einer Volksregierung" gegründet, die einen Text herausbrachte, den wir hier ungekürzt wiedergeben:

Vorschläge der Kommission 9
(Aktion zur Bildung einer Volksregierung)

Die von Rundfunk und Fernsehen übertragene Erklärung General de Gaulles läßt die absolute Unfähigkeit der gegenwärtigen Regierung offenbar werden, eine befriedigende Lösung für die Bedürfnisse der körperlich und intellektuell Arbeitenden zu finden.
De Gaulle, seit 1958 an der Macht, entdeckt plötzlich am 24. Mai 1968 nach sechs Tagen reiflichen Überlegens die Notwendigkeit, Strukturreformen durchzuführen und die Arbeiter an der Führung ihrer Betriebe und des Staates zu beteiligen, während sein Regime alles getan hat, um den Menschen, Schöpfer aller Reichtümer, auf die Rolle eines passiven Werkzeugs im Dienst privater Interessen zu reduzieren.
Welche Methode hat der General darüberhinaus gewählt, um seine „Reformen" zu verwirklichen? Die am wenigsten demokratische, die der von Napoleon III. geschätzten Volksbefragung. Dort, wo wir Einspruchs- und Entscheidungsgewalt fordern, die wirkliche und aktive Teilnahme an der Ausarbeitung neuer Strukturen, gewährt man uns einen Stimmzettel, um uns auf eine geschickt gestellte Frage mit Ja antworten zu lassen; das ganze, wie es sich bereits abzuzeichnen beginnt, passend mit einer Kampagne ohnegleichen gegen die Anarchie und das Chaos verbunden, die bei einem Fehlen des „Retters" angeblich nicht ausbleiben können. In diesem Zusammenhang sind die Polizeiaktionen der Regierung, weit davon entfernt, die Ruhe wiederherzustellen, dazu bestimmt, in der Bevölkerung den „Ordnungsreflex" hervorzubringen, der zu allen Zeiten von autoritären Regimes ausgenutzt wurde, um sich an der Macht zu halten.
Es ist deshalb unerläßlich, daß unser Volk außerhalb des Gaullismus deutliche politische Perspektiven sieht, die geeignet sind, seinen Zusammenhalt zu stärken und zu verhindern, daß die Arbeiter und Studenten nicht in ihrer Aktion enttäuscht werden.
Es ist offensichtlich, daß wir nicht in die Praktiken der Vierten Republik mit ihren Wahlbündnissen ohne jeden politischen Inhalt zurückfallen können, diesen parlamentarischen Verbindungen, die die Volksvertretung selbst in Mißkredit bringen.
Um die Grundlagen für eine Regierung zu legen, die in der Lage sein wird, unsere Forderungen zu erfüllen, um mit unserer Teilnahme die demokratischen Reformen, die in der Universität, den Betrieben und im Staat unbedingt nötig sind, zu verwirklichen, müssen wir die Gruppierungen auf der Linken, die Gewerkschaften und die verschiedenen

repräsentativen Volkskomitees zwingen sich zusammenzutun, um ein Aktions- und Regierungsprogramm zu entwerfen, das die Menschen guten Willens zusammenbringt. Es darf sich nicht mehr um eine einfache Sammlung von Punkten handeln, in denen wir übereinstimmen oder nicht, sondern um ein geschlossenes Ganzes, damit diese Regierung die unerläßliche Stabilität bekommt, ein fortschrittliches Sozialprogramm und die notwendigen Strukturreformen in Angriff zu nehmen und auch zu verteidigen. Sie muß sich die Mittel besorgen, um dem Vorgehen der Kapitalmächte widerstehen zu können.
Der Inhalt dieses Programms selbst sollte sich nicht aus einfachen Gipfeltreffen ergeben, sondern gleichzeitig zum Gegenstand der Diskussionen in den Betrieben und der Universität werden. Es soll der allgemeinen Kontrolle und Diskussion unterworfen werden. Es soll entwicklungsfähig sein und die Bedürfnisse der Arbeiter widerspiegeln.

Vorgelegt im CEN von Saclay,
den 25. Mai 1968, 16.30 Uhr

Schritt für Schritt verläßt man den engen Raum von Saclay. Mitteilungen werden über Telefon verbreitet. Manchmal begeben sich Vertreter des Zentralkomitees sogar bis zu den Presseagenturen.
Aber das zentrale Aktionskomitee geht weit über den Rahmen von Information und Koordination der Kommissionen hinaus. In seiner Funktion als Führung der Bewegung und Organ der Doppelherrschaft organisiert es die Selbstverwaltung. Hier ist eine Zwischenbemerkung nötig. Die Selbstverwaltung wurde im allgemeinen als eine ökonomische Organisationsform betrachtet, die nur in einem sozialistischen System existieren konnte.
Im Rahmen des Kapitalismus hatte die Selbstverwaltung keinen Sinn mehr. Sie ließ entweder eine Utopie wiederauferstehen (denken wir zurück an die Erfahrung des utopischen Sozialisten Owen) oder zielte auf Klassenkollaboration und vermischte sich dann mit der Mitbestimmung. Die Mitbestimmenden mußten im kapitalistischen System das Spiel der kapitalistischen Rentabilität spielen, sich den Normen des kapitalistischen Marktes unterwerfen – sich mit einem Wort völlig in einem System der auf privater Akkumulation des Profits beruhenden Ausbeutung integrieren. Wenig zahlreich sind jene, die in der Selbstverwaltung ein Mittel sahen, um den Kampf zu fördern. Das heißt, daß die Selbstverwaltung sich nicht im geringsten mehr in das kapitalistische

System integriert, sondern Wirtschaftsführung zugunsten jener bedeutet, die den Kapitalismus bekämpfen. Es ist in Wirklichkeit eines der Ziele, das man den Fabrikbesetzungen geben muß, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln in Frage stellen und die Verwaltung durch und für die kämpfenden Arbeiter ermöglichen wird. Ohne Zweifel handelt es sich hier um eine Form des Kampfes, die die Macht der Bourgeoisie stark gefährdet.
Im CENS spricht man nicht von Selbstverwaltung. Man verwirklicht sie.

Das Zentrale Aktionskomitee des C.E.N./S. beauftragt die Verantwortlichen für die Einheit der Versorgung, den Notdienst zu überwachen und bevollmächtigt sie gegenüber den Streikenden, die ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe helfen sollen.

Saclay, den 26. Mai 1968.

Die ausländischen Arbeiter in einem benachbarten Elendsviertel hungern. Man nimmt einen Lastwagen, Geld, Benzin und fährt los, um in den landwirtschaftlichen Kooperativen die benötigten Hühner und Kartoffeln zu besorgen. Die Krankenhäuser verlangen nach radioaktiven Material. Die Arbeit wird dort wiederaufgenommen, wo radioaktives Material hergestellt wird. Der Lebensnerv in dem von der Stadt entfernt liegenden Zentrum ist nicht mehr das Geld: was benötigt wird, ist Benzin. Der Streikposten von der Finac in Nanterre schickt 30 000 Liter, was erlauben wird, die Aktion fortzusetzen und vor allem das Zentrum zu erreichen. Wenn die Studenten Verletzte haben, werden die örtlichen Vorräte in Anspruch genommen: Gummihandschuhe, Sauerstofflaschen, Kittel, Alkohol, doppelkohlensaures Natron, alles an das kleine Hospital in der Sorbonne geliefert.

Académie de Paris
Service médical — *25. Mai 1968*
48, rue Saint-Jacques — *Aktionskomitee*
*Paris VI^e^* — *CEN Saclay*

Liebe Freunde,
wir haben mit großer Freude Eure verschiedenen Sachspenden empfan-

gen, die den Sanitätsposten in der Sorbonne in so großzügiger Weise zur Verfügung gestellt worden sind.

Mit herzlichen Grüßen an Euch.

Unleserlich.

In dieser Zeit, wo man Text auf Text herausbrachte, hätte die Selbstverwaltung einer Papierfabrik zahlreiche Probleme gelöst.

6

Noch einmal die Studenten

Und die Studenten? Sie kämpfen weiter, und Séguy fährt fort, die Abenteurer und Linksradikalen in der Sprache des Verrats zu beschimpfen. *L'Humanité* ruft jeden Morgen Empörung hervor. Zusammenstöße ereignen sich zwischen kommunistischen und nichtkommunistischen Militanten, zwischen Mitgliedern der CGT; man befürchtet, daß offene Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Studenten organisiert werden. Man denkt verschwommen an Polen. Und deshalb verzichtet man auf keine Gelegenheit, um eine Erklärung abzugeben, die die Solidarität von Arbeitern und Studenten betont. Man verpaßt auch keine Gelegenheit, zu Demonstrationen aufzurufen.
Dennoch kommt der Zeitpunkt, wo die gewalttätigen Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Studenten auf den Straßen bedrohlich erscheinen. Gewiß sind die Gardes mobiles, die CRS, die Brigades spéciales Kräfte der Zerstörung der Ordnung und der Provokation. Aber können die Studenten ihre Straßendemonstrationen fortsetzen, ohne die gesamte Bewegung in die Niederlage mitzuziehen?
Bei diesem Stand der Dinge muß man die Augen jener öffnen, die glauben, die Revolution zu machen. Die Zeit ist revolutionär. Aber besteht auch nur eine einzige revolutionäre Partei, die in der Lage wäre, Selbstverteidigungsmilizen aufzustellen? Keine. Sind die mächtige KPF und ihre Tochter, die CGT, bereit, die kämpfenden Studenten durch ein entschlossenes Eingreifen der Arbeiter zu unterstützen? Nein. Ganz im

Gegenteil tun die für einen Augenblick von den Ereignissen überrannten Bürokraten alles, um die Verbindungen, die sich zwischen zwei Welten, der der Fabriken und der der Universitäten, anzuknüpfen beginnen, wieder zu zerreißen. Im CENS reagiert man:

Erklärung vom 24. Mai 1968, 11 Uhr.

Zentrales Aktionskomitee des CEN-Saclay

Das streikende Personal des Centre d'Etudes Nucléaires von Saclay, gesammelt um sein zentrales Aktionskomitee, wendet sich an die Gewerkschaften UNEF, SNESUP, FEN, CGT, CFDT, FO, CGC.

Unsere entschlossene Forderung ist wie folgt:
In diesen Stunden, wo die Einheit der gegenwärtigen Bewegung vorrangig ist, fordern wir, daß die erwähnten Gewerkschaftsorganisationen den Vorschlag aufnehmen, die beiden für heute abend am 24. Mai vorgesehenen Demonstrationen durch eine einzige Demonstration zu ersetzen.

Die Bürokratie lastet noch schwer auf der Bewegung. Aber es gibt auch jene, die die Straßen nicht freigeben wollen, um sie den von Grimaud, Frey und Co. geschickten Mördern zu überlassen. Was tun? Ein Ordnungsdienst entsteht im CENS, hundert Mann stark, die beschließen, den Ordnungsdienst der UNEF zu verstärken. Es gilt, direkte Zusammenstöße zu vermeiden und den jungen Revolutionären die Lage zu erklären.
Erklären heißt nicht anklagen und noch weniger beleidigen.

Eine große Bewegung, die die bestehende Ordnung in Frage stellt, erschüttert ganz Frankreich:
– Neun Millionen Streikende,
– Fabriken und Fakultäten besetzt.
Am Rande von all dem eine Macht, die zu nichts anderem mehr fähig ist als Panikreden zu halten und die Unterdrückung durch die Polizei zu leiten. Die Studenten sind als besonders verwundbare Bewegung, vor allem aber auch, weil sie es waren, die die schwere Krise aufgezeigt

haben, die das Land erschüttert, Ziel der heftigsten Unterdrückungsmaßnahmen.
Dieser Jugend, die von der Staatsgewalt erstickt werden soll, beweisen wir unsere Solidarität durch eine materielle Hilfe und indem wir ihr helfen zu verstehen, daß sich die Stärke unserer Bewegung nicht an der Zahl der Barrikaden, sondern an ihrer Einheit und Entschlossenheit bemißt, diese rückschrittliche Staatsmacht zu isolieren, die nur niederknüppeln kann.

(Flugblatt verteilt am 26. Mai 1968)

7

Das Programm des Kampfes

Eine riesige Arbeit wird im CENS in Angriff genommen. Ausgehend vom ersten Entwurf vom 20. Mai werden Kommissionen gebildet. In allen Abteilungen wird diskutiert. Am Himmelfahrtstag, normalerweise ein Tag, an dem nicht gearbeitet wird, sind ungefähr 2 000 Menschen an Ort und Stelle. Kein Versammlungssaal steht mehr zur Verfügung. Alles ist permanent bis zu einer späten nächtlichen Stunde belegt. Das CENS ist zu einem eindrucksvollen Ameisenhaufen geworden, in dem die politische und soziale Aktivität die berufsmäßige technische Arbeit abgelöst hat. Hier ein Beispiel dieser Art.

Das Personal der Abteilung X . . . hat am 20. und 21. Mai 1968 den vom Provisorischen Aktionskomitee vorgeschlagenen Text geprüft.

I – Demokratische Forderungen

Allgemeine Richtlinien.
Wir fordern die Integration der Angehörigen der auswärtigen Unternehmen, die eine noch genauer festzulegende Aufenthaltsdauer im CEA haben und einen entsprechenden Wunsch äußern.

Absatz 1 bestätigt.

Absatz 2
Wir begrüßen die Bildung eines gewählten und von den Arbeitern ganz oder teilweise abberufbaren Betriebsrates, dessen Machtbefugnisse und Zuständigkeit entweder durch das bestehende Gesetz oder durch Klauseln festgelegt werden, die vom gesamten Personal gebilligt werden.

Absatz 3
Wir begrüßen die Gründung eines Abteilungsrates, der vom gesamten Abteilungspersonal gewählt wird. Die jeweiligen Machtbefugnisse dieses Rates und der Abteilungschefs bleiben noch genauer unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Aufgaben festzulegen.

Absatz 4
Das Problem der Polizeikontrollen wird insbesondere vom Personal des Nebengebäudes II (technisches und arbeitendes Personal) und von den gegenwärtigen Angehörigen der auswärtigen Unternehmen empfunden. Dieses Problem muß im Rahmen der Menschenwürde gelöst werden.

Dokumente dieser Art treffen zu Hunderten ein, um so mehr als überall dort, wo fünf Personen glauben, daß irgendein Problem besteht, ein Ausschuß gebildet und ein Text ausgearbeitet wird. Die schwierige Aufgabe besteht darin, all diese Texte in einer Art zusammenzufassen, daß niemand unzufrieden wird. Aber es gelingt. Ein neuer Text erscheint im Hinblick auf mögliche Diskussionen mit den vorgesetzten Stellen. Diskussionen oder Verhandlungen? Über diesen Text wird nicht verhandelt. Wir fordern. Die Gewerkschaftsverantwortlichen greifen ein. Gewiß, dieses Kräfteverhältnis besteht, aber man kann deswegen nicht einfach sagen: „Alles oder Nichts". Ein Kompromiß wird ausgehandelt. Man wird erst verhandeln, wenn eine gewisse Zahl von Vorbedingungen erfüllt worden sind:

1. *Ein Kollektivabkommen für das gesamte im C.E.A. beschäftigte Personal (einschließlich der Sicherheitsbeamten, den Beschäftigen der DAM, den ohne Arbeitsvertrag Beschäftigten usw.), das den Status des Personals der auswärtigen Unternehmen genau festgelegt und die Möglichkeit ihrer Integration in das Personal des C.E.A. einschließt.*
2. *Die Schaffung von Abteilungsräten mit erweiterten Machtbefugnissen auf allen Ebenen, besonders bei der Leitung des C.E.A.*

3. *Anerkennung der betrieblichen Gewerkschaftssektion.*
4. *Rede- und Versammlungsfreiheit (politisch, gewerkschaftlich usw.) in allen Einrichtungen des C.E.A. für das gesamte im C.E.A. arbeitende Personal.*
5. *Die Beschäftigten des C.E.A. fordern die Fortsetzung der am 20. Mai von ihnen begonnenen konstruktiven Aktion, indem sie wöchentlich einen halben Arbeitstag dazu verwenden, um die neuen Strukturen auszuarbeiten und einzuführen.*

In der Folge werden diese Vorbedingungen zu Minimalforderungen, was offensichtlich nicht mehr genau das gleiche ist. Aber diese Änderung ist verständlich, denn es sind nicht die Streikenden, die dem Administrator entgegentreten werden. Dieser will nur die Intersyndikale empfangen. Das Kräfteverhältnis erlaubt dennoch, dem Administrator eine größere Delegation aufzuzwingen.
Den Vorbedingungen vorangestellt ist selbstverständlich eine Einleitung:

„Die Arbeit muß dem Menschen dienen.
Wir bejahen die Gleichheit aller körperlichen und intellektuellen Arbeiter. Alle nehmen solidarisch am demokratischen Leben in ihrer Abteilung teil.
Den Begriffen von Wirksamkeit und Rentabilität fügen wir die der permanenten Erziehung und Verantwortlichkeit hinzu und bekräftigen das Recht auf Information und Redefreiheit."

Verstehe, wer kann. Man wollte alles in einige Zeilen pressen und hat nichts hineingebracht. Es war nicht so einfach. Gewiß stand im Mai der Mensch auf der Tagesordnung. Man hatte es mit „Hirten" und „Schafen" zu tun gehabt. Die gewerkschaftlich Organisierten waren die Schafe, die Nicht-Organisierten ebenfalls. Die Gewerkschaftsführer und die Betriebsräte waren die Hirten. Es war nötig geworden, diese Ordnung zu zerschlagen und bei dieser Gelegenheit auch den Oberhirten vom Elysée zu stürzen. Aber während all das gesagt wurde, hatte man nicht in gleicher Weise die verschiedenen Aspekte von Entfremdung untersucht. Für den Augenblick stand man an dem Punkt, an dem man jede Autorität ablehnte, welche es auch sei. Noch weiter zu gehen wäre

ziemlich schwierig gewesen. Man hätte nicht nur die Gesellschaft auf die Anklagebank bringen müssen, sondern jeder einzelne hätte vor seinem Bewußtsein alles das erscheinen lassen müssen, was es an Widersprüchlichem, an Gefühlen und Unbefriedigtsein gab und hätte darüberhinaus mit einer reaktionären Denkweise insgesamt abrechnen müssen, die noch immer das Bewußtsein der Menschen erfüllt. Aber so weit war man noch nicht, so daß alles, was über den Menschen gesagt wurde, nur eine oberflächliche Kritik der kapitalistischen Gesellschaft und der aus ihr entstehenden Entfremdung war. Wie sollte man sich auch darüber wundern? Wo war die Arbeiterpartei, die ein neues Wertsystem vorgeschlagen hätte? Nirgends, so daß alle, die vom Menschen und von der Freiheit sprachen, nur eine oberflächliche Kritik der menschlichen Lebensbedingungen ohne Hinweis auf etwas anderes machen konnten. Die Analyse des Textes, der von Tausenden von Arbeitern ausgearbeitet wurde, zeigt Verschiedenes auf. Zunächst einmal hat man nicht gezögert, Neues zu fordern: kulturelle Erziehung und permanente Technik, Einführung von Räten in den Abteilungen usw. Aber ebenso hat man auch sofort den Weg der Klassenkollaboration betreten. Und das war ganz selbstverständlich. Es wäre vollkommen überflüssig, irgendeinen trostlosen Reformisten an der Wurzel dieser Mischung von revolutionären und neokapitalistischen Zielen zu suchen.
Man findet beispielsweise Formulierungen wie diese:

„Alle Arbeiter des C.E.A., einschließlich der DAM (Direction des Applications Militaires, Anm. d. Red.) fordern die Teilnahme bei der Ausarbeitung der Programme."

Die wissenschaftliche Forschung lastet nicht sehr schwer auf dem Staatshaushalt, und es ist eine von der Regierung getroffene Wahl, ihr nicht die benötigten Mittel zu bewilligen. Die militärischen Vorhaben der DAM fallen ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich der Regierung. Unter diesen Bedingungen zum Beispiel die Forderung aufzustellen, Militärprojekte selbst auf „demokratische" Weise auszuarbeiten, vorausgesetzt, daß dieses Wort noch irgendetwas unter dem gaullistischen Regime bedeutet, heißt lediglich, die berühmte „participation"[5] zu akzeptieren und in der Tat eine Politik gutzuheißen, die den Interessen der Arbeiter völlig entgegengesetzt ist. Das ist übrigens die allgemeine Gefahr, der sämtliche der im CEA vorgesehenen Strukturreformen ausgesetzt sind.

Das Problem entsteht aus der Tatsache, daß die 10 Millionen Streikenden die Regierung nicht gestürzt haben und der Sozialismus, zumindest unmittelbar, nicht in Sicht ist.
Was die Arbeitsbedingungen betrifft, so findet man die gleiche Einstellung:

„Die Arbeiter des C.E.A. fordern, daß eine Strukturreform des C.E.A. geprüft wird, die in die Richtung geht, eine Dezentralisation auf dem technischen und dem Finanzsektor herbeizuführen, die den Forschungsabteilungen und Arbeitern eine wirkliche Autonomie gibt."

Was für eine Autonomie? Jeder würde in seiner Ecke die Kredite verwalten, deren Höhe von der Regierung festgesetzt werden. Aber es kommt noch besser; bei einer auf effektivere Wirtschaftsführung und Einschränkung der Nebenkosten zielenden Autonomie würde man die Verantwortlichen sich im Namen einer verantwortungsbewußten Autonomie sehr schnell und zum größten Vergnügen der Autoritäten in Gefängnisaufseher *über* die Arbeiter verwandeln sehen.
Für diese Ideen, so falsch sie auch sein mögen, gibt es zwei Entschuldigungen. Man glaubte wirklich an den Sturz de Gaulles, seines Ministerpräsidenten und der ganzen heiligen Familie. Man glaubte an nichts anderes als an eine Volksfrontregierung. Es ist auch wahr, daß viel zu viele von denen, die den ideologischen Charakter der Diskussionen hätten stärken können, völlig abseits gestanden haben. Ziemlich viele Militante, übrigens auch Mitglieder der KPF, sind der Bewegung aus dem Weg gegangen. Es ist klar, daß ihre Unterstützung, selbst wenn sie nicht echt sein konnte, dennoch ein ausgezeichnetes Bollwerk gewesen wäre, zumal sie die Gefahr deutlich gesehen hatten.
Aber es gibt auch den wirklich revolutionären Aspekt der aufgestellten Forderungen. Man will Räte in den Betriebseinheiten (unités) einsetzen. Eine derartige Einheit kann eine Abteilung, eine Unterabteilung oder manchmal auch eine weniger deutlich definierte Struktur sein, in der eine Gruppe, eine Sektion usw. tätig ist. Das Bewußtsein, aus dem heraus man beabsichtigt, Räte einzusetzen, ist offenkundig politisch. Man erobert die Macht auf der Ebene der Betriebsabteilungen. Man will kleine „Sowjets". Man betont, daß diese neue Struktur unabhängig von der Zusammensetzung der Mehrheit ist, die in die Nationalversammlung einziehen wird. Rechts oder links, faschistisch oder fortschrittlich, die

nächste Regierung wird uns nicht daran hindern, über ein Machtinstrument an unserem Arbeitsplatz zu verfügen, sondern wird im Gegenteil unserer organisierten Macht Rechnung tragen müssen.
So stellt auch der von den Arbeitern kommende Text den Rat als ein Machtorgan dar, das von vielfachen Absicherungsmaßnahmen gegenüber den vorgesetzten Stellen umgeben ist.

Ohne die Veränderungen vorwegzunehmen, die wir an der gegenwärtigen Festlegung der Betriebseinheiten („section", „service", „département", „direction") vornehmen wollen, schlagen wir hier Organe vor, die die Demokratisierung des Entscheidungsprozesses erlauben sollten. Wir glauben, daß man durch eine bessere Verteilung der Verantwortung und eine größere Informationsstreuung zu einem wirksameren und harmonischeren Arbeitsablauf und zu humaneren Arbeitsverhältnissen kommen wird.
In jeder Abteilung und auf jeder Ebene wird ein Abteilungsrat (conseil d'unité) gegründet. Besonders auf oberster Ebene wird eine Einrichtung bestehen, die das Personal vertritt (zum Beispiel der zentrale Betriebsrat). Diese Räte werden um ihre Meinung befragt, können Vorschläge zu allen Fragen machen, die in den Zuständigkeitsbereich des gegenwärtigen Abteilungsleiters fallen und haben Zugang zu allen Informationen, die dieser bekommt.
Der Abteilungsleiter kann auf Verlangen von 2/3 des Personals dieser Abteilung oder durch die vorgesetzten Stellen mit Zustimmung der Mehrheit des Rates von seinem Posten abberufen werden.
Die Machtbefugnisse des Abteilungsleiters werden unter Bezugnahme auf die Befugnisse der Räte festgelegt.
Zunächst wird das Mandat des Rates auf ein Jahr beschränkt. Er kann ganz oder teilweise auf Verlangen der Mehrheit des in einer Vollversammlung zusammengekommenen Personals oder auf Entscheidung des Zentralrates abberufen werden. Der Zentralrat kann vorübergehend die Tätigkeit der demokratischen Abteilungsräte unterbrechen.
Der Rat hat die Entscheidungsgewalt in allen Bereichen, die Personalfragen betreffen: Versetzungsgesuche, Entlassungen, Berufsausbildung. Er hat das Vetorecht in allen technischen Fragen, die Folgen auf das außerberufliche Leben der Angestellten haben (zum Beispiel die kollektive Versetzung). Das durch absoluten Mehrheitsbeschluß des Rates erreichte Veto hebt die Entscheidung des Abteilungsleiters auf und zieht einen Schiedsspruch des nächsthöheren Abteilungsrates nach sich.

Dieser doppelte Aspekt der demokratischen Forderungen wird sich nach den Verhandlungen später in einem Konflikt zwischen Revolutionären (in einem sehr weiten Sinn) und Technokraten ausdrücken. Wir werden noch darauf zurückkommen. Aber in der Periode des Aufschwungs der Bewegung entgehen die negativen Aspekte des Programms selbst dem schärfsten Bewußtsein. Die Begeisterung wirkt wie ein Schleier, und die riesige Zahl von Aufgaben verbietet es, eine Pause zu machen um nachzudenken. Das Programm wird einzig und allein in der Bewegung ausgearbeitet, und hier dient die selbst von den ernsthaftesten politischen Avantgardeorganisationen geleistete Forschungsarbeit nur als ein Hinweis. Jetzt heißt es, eine erste Erfahrung mit Tausenden zu machen, die niemals gewußt haben, was „Integration" der Arbeiterbewegung heißt, die nicht die Erfahrungen der jugoslawischen Räte oder der Sowjets in der UdSSR gemacht haben. Die Korrekturen werden später bei der praktischen Anwendung erfolgen, sobald sich das Durcheinander der Aktion verringert.
Schließlich ein Punkt, den wir nicht untersucht haben: die Forderung nach einem Kollektivvertrag. Bis zu dieser Zeit werden die Beziehungen zwischen der Administration und dem Personal des CEA durch ein kollektives Übereinkommen (protocol d'accord collectif — PAC) geregelt, von dem verschiedene Kategorien von Arbeitern ausgeschlossen sind. Unter den „außerhalb des PAC Stehenden" findet man das in der militärischen Forschung beschäftigte Personal, die Sicherheitsbeamten und einen nicht unbeträchtlichen Teil des sonstigen Personals. Die Forderung nach einem Kollektivvertrag gewinnt in dem Maß eine große Bedeutung, in dem von den Streikenden ins Auge gefaßt wird, die gleichen Vorteile für alle, einschließlich der sich im CEA befindlichen Arbeiter der Privatunternehmen, zu bekommen. Übrigens gewinnt die Bewegung die Sympathie der Sicherheitsbeamten, weil der Vertrag in dieser Form entworfen wird.

Saclay ist nicht das ganze CEA. Andere Zentren, insgesamt 17, erleben mit gleicher Intensität diese revolutionäre Zeit. Hier eine kurze Zusammenfassung der Lage, wie sie im Informationsbulletin des Zentrums von Fontenay-aux-Roses veröffentlicht wird:

Cadarache

Als Folge einer seit dem 17. Mai ausgelösten Bewegung wurde am 22. Mai 1968 eine Vollversammlung einberufen, in deren Verlauf ein

provisorisches Komitee mit 80 % der Stimmen gewählt wurde.
200 Freiwillige haben während des Himmelfahrtsurlaubs das Beschwerdebuch ausgewertet.

La Hague
Ein provisorisches, gewähltes Komitee hat eine Sammlung von Forderungen zusammengestellt, das von Strukturveränderungen und unmittelbaren materiellen Vorteilen handelt.

Marcoule
Vollversammlung für den 27. Mai 1968 vorgesehen, die Mitbestimmung und unmittelbare materielle Vergünstigungen fordert.
Streikposten verbieten allen Personen den Zugang zum Zentrum.

Brennilis
Das Personal versammelt sich am Nachmittag des 27. Mai 1968. Den Nicht-Streikenden wird nicht erlaubt, das Zentrum zu betreten. Die Wache des Zentrums wird vom Streikkomitee gestellt.
Forderungen:
– Verwaltungsausschüsse auf allen Ebenen.
Unmittelbare materielle Vergünstigungen.

Miramas
Das Personal fordert unmittelbare materielle Besserstellung, Anerkennung der betrieblichen Gewerkschaftsvertretung und die Bezahlung der Streiktage.

Vendée *(Bergbauzentrum)*
Täglich ein zweistündiger, rotierender Teilstreik der Arbeiterbelegschaft.
24stündiger Streik am 24. Mai durch die monatlich kündbaren Arbeiter.
Keine Versammlungen, keine Kommissionen, keine Anträge.

Pierrelatte
Ein gesamtgewerkschaftliches Komitee CGT, CGT-FO, CFDT, CGC arbeitet eine Sammlung von Forderungen aus.

B III
Das Comité Intergroupe hat seine Forderungen Minister Schuman unterbreitet.

La Crouzille *(Bergbauzentrum)*
Besetzung des Geländes über Tage. Aufstellung eines Mitbestimmungskomitees.

Limoges
Streik ohne Besetzung (Lager und Hauptwerkstätte).

La Forez *(Bergbauzentrum)*
Streik der Bergleute über Tage.
Die Produktionsleitung bemüht sich, am Montagmorgen, den 27. Mai, ein Mitbestimmungskomitee aufzustellen.
Die Betriebsleitung hat sich mit allen Produktionszentren in Verbindung gesetzt, damit diese Delegierte zur Vollversammlung am Montagmorgen, den 27. Mai um 9 Uhr schicken.

In Fontenay faßt man die Forderungen in einem richtungsweisenden Antrag zusammen:

Fast einstimmig hat die Vollversammlung in Fontenay-aux-Roses durch Abstimmung am 22. Mai 1968 ihre Bereitschaft erklärt, an den wissenschaftlichen, technischen, administrativen, finanziellen und sozialen Entscheidungen teilzunehmen.
Infolgedessen setzt sie ein von der Gesamtheit des Arbeiter des CEN.FAR gewähltes Komitee ein.
Dieses Komitee hat zum Ziel, auf demokratischem Wege und in Verbindung mit dem Personal der anderen Zentren die neuen Strukturen einzuführen, der Direktion die Mitbestimmung aufzuzwingen und damit auch die Erfüllung der spezifischen Forderungen des CEA durchzusetzen.

Hier ist der reformistische Charakter der Strukturveränderungen am ausgeprägtesten. Man will die berüchtigte Mitbestimmung. Es steht ohne jeden Zweifel fest, daß die CFDT eine wichtige Rolle bei dieser Wahl gespielt hat.

In den Gewerkschaften

Was geschieht in den Gewerkschaften? Wir dürfen uns kein vereinfachtes Bild von der Lage machen. Es gibt nicht auf der einen Seite die revolutionäre Bewegung und auf der anderen die Verräter. Der Sturm dieses Mai hat Militante mitgerissen, die noch einige Wochen zuvor das traditionelle Gewerkschaftsspiel gespielt hatten. Andere fanden sich draußen. Wieder andere haben es buchstäblich vermieden, sich zu „kompromittieren". Aber sei es von Seiten der Begeisterten oder der Skeptiker, Entwicklungstendenzen zeichnen sich ab.

In der CGT gibt es die „Enragierten" und die „Skeptiker". Zu den Enragierten zählt man einige Militante der PSU, zwar nur wenige, die jedoch zu einem gewissen Teil plötzlich aktiv werden. Es gibt eine Mehrheit von Militanten, die auf der politischen Ebene nicht engagiert sind, auf dem gewerkschaftlichen Sektor ihre Probe jedoch bereits bestanden haben. Schließlich sehr wenige Militante der KPF, die vollkommen verstehen, daß sie eine einmalige Gelegenheit haben, Masseneinfluß zu gewinnen, und daß man dem Gegner einen großen Schlag versetzen kann. Insgesamt ist der in Bewegung geratene Flügel in der Mehrheit und übt einen starken Druck auf die Skeptiker aus. Die Versammlungen sind stürmisch. Den einen wird vorgeworfen, am Rande der Bewegung zu stehen, die Beschuldigten richten sich auf um zu unterstreichen, daß sie bereits seit langem aktiv sind und nicht auf Mai 68 gewartet haben um aufzuwachen. Aber es ist nicht so sehr die Teilnahme an der Maibewegung als die skandalöse Haltung Séguys, die als Spannung über den Diskussionen liegt. Einerseits hofft man, eine Verurteilung durchzudrücken, andererseits tut man alles mögliche, um eine Verurteilung zu vermeiden. Man hat im Laufe dieser Zeit wiederholt gehört, man wolle den Mitgliedsausweis zerreißen und fragt sich, ob nicht eine Spaltung in Sicht sei.

Der Rücktritt Barjonets von seinen Funktionen in der CGT trägt einen Augenblick dazu bei, die Möglichkeit einer Spaltung zu verstärken. Die Kritiker der Gewerkschaft betrachten dieses Ereignis als eine außerordentlich positive Warnung an die Führung des Gewerkschaftsbundes. Ein Dokument zirkuliert innerhalb der örtlichen CGT, das den Titel trägt, „Manifest für den Erfolg unserer Bewegung", in dem von der PSU beeinflußte Gewerkschaftsmitglieder sehr ernsthaft „die Einführung von Formen der *Mitbestimmung*" fordern. Dieser Text, der nur drei

Unterschriften trägt, empfängt plötzlich die von einem Kommentar begleitete Unterschrift von Barjonet:
„Ich bin einverstanden. Es ist undenkbar, daß eine derartige Bewegung – die größte, die Frankreich seit Jahrzehnten gekannt hat – in einem Kampf um rein ökonomistische Forderungen stecken bleibt (den ich keinesfalls unterschätze). Es gilt, den Gaullismus zu zerschlagen und zum Sozialismus voranzuschreiten." (A. Barjonet, 23. Mai 1968).
Mitbestimmung, Sozialismus, das alles vermischt sich im Bewußtsein von zahlreichen Menschen.
Von vielen Militanten mit Sympathie betrachtet beging Barjonet den Fehler, sofort nach seinem spektakulären Rücktritt der PSU beizutreten. In Saclay wird die PSU nach ihren wenigen örtlichen Militanten beurteilt, die im allgemeinen wegen der Heftigkeit ihrer Kritiken und ihres unmotivierten leeren Geredes kein gutes Echo in der Gewerkschaft finden.
Die Furcht vor einer neuen Spaltung wird die Haltung der beiden Lager bestimmen. Auf der einen Seite beweist man größere Geschmeidigkeit bei der Kritik an den „Konservativen", auf der anderen versucht man zu verstehen, was vorgeht. Gewiß bleiben in beiden Lagern die Harten, von denen die einen und die anderen sich gegenseitig nachahmen: jene, die die heftigsten Kritiken vorbringen (die in manchen Fällen nur Antikommunismus vertuschen) und jene, die als überzeugte Stalinisten reagieren und vielleicht nichts über diesen Mai lernen. Aber die offensichtliche Entwicklung einiger verantwortlicher Militante wird den Konflikt abschwächen, so daß daraus eine ziemlich heikle Situation entsteht. Die Bilanz des Mai muß nun einmal gezogen werden und der Prozeß denen gemacht werden, die verräterische Reden gehalten haben. Die Kritik darf jedoch nicht in einem begrenzten, partiellen Rahmen stehen bleiben; sie muß einen allgemeinen Charakter annehmen. Und das Risiko besteht darin, wieder Einigelungsreaktionen zu provozieren, ja sogar jene wieder zur Umkehr zu veranlassen, die soeben um den Preis großer Schwierigkeiten Fortschritte gemacht haben. Ein Beweis für die im SNTEA-CGT beobachtete Entwicklung findet sich in der von seinem Exekutivausschuß angenommenen Resolution über die Studenten und die Polizeirepression:

Der Exekutivausschuß des SNTEA, zusammengetreten am 15. Juni 1968
– unterstützt voll und ganz die Bewegung der Studenten und Lehrer bei ihren Forderungen und die Universitätsreform;

— fordert die sofortige Freilassung aller im Verlauf der letzten Wochen verhafteten Demonstranten;
— verurteilt die Provokation seitens der Regierung, die in der gegenwärtigen politischen Lage die Freilassung faschistischer Elemente und ihre Rückkehr nach Frankreich darstellt, während gleichzeitig bestimmte Organisationen aufgelöst werden;
— protestiert gegen die Ausweisung von Ausländern, von Arbeitern und Intellektuellen, die mit unserem sozialen und politischen Kampf solidarisch sind.

Was ist für diese Entwicklung in der CGT verantwortlich? Grundsätzlich sind es drei Tatsachen. Während sich in den ersten Aktionstagen eine von Grund auf gewerkschaftsfeindliche Strömung entwickelt, ist das zentrale Aktionskomitee nichtsdestoweniger aus einer Mehrheit von aktiven Gewerkschaftern, vor allem der CGT, zusammengesetzt. Die zweite wichtige Tatsache ist die, daß durch die unternommene Aktion ein erfreulicher Mitgliederzuwachs verzeichnet werden konnte. Hunderte von Arbeitern, die niemals einer Gewerkschaft angehört hatten, traten freiwillig der CGT bei. Für die Militanten, die einen Augenblick eine Spaltung befürchteten und vor allem ein Abbröckeln des gesamten in der Vergangenheit gewonnenen Ansehens, spielte diese Stärkung ihrer Organisation eine entscheidende Rolle bei manchen Entwicklungstendenzen nach links. Was schließlich die erwünschteste Auswirkung hatte, war die Tatsache, daß die Mehrheit der CGT-Militanten von Saclay an der Bewegung teilnahm, sei es in den Basisgruppen, sei es im Zentralkomitee. Nachdem sie es verstanden hatten, ihr Vorgehen dieser neuen Situation anzupassen, fühlten sie sich wie Fische im Wasser und zwangen die Verstocktesten, ihnen wenigstens die Freiheit des Handelns einzuräumen.

Auf Seiten der CFDT entsteht eine eigenartige Situation. Die Forderungen nach Demokratisierung des CEA gehen ganz in Richtung der Vorstellungen der CFDT. Aber während diese Gewerkschaftsführung inhaltlich mit der Bewegung im CENS übereinstimmt, wird sie von deren Form abgestoßen. Vom rechten Flügel dieser Gewerkschaft kommt die Drohung mit der Spaltung. Falls die Führung in ihrer Unterstützung der Maibewegung zu weit geht, besteht die Gefahr, daß eine CFTC in Saclay gegründet wird. Der Einsatz ist hoch. Übrigens, glaubt man nicht, daß es sich um ein Strohfeuer handelt? Wer wird

denn die Aktion später fortsetzen, wenn nicht die üblichen „Verantwortlichen".

Man mußte sich auch abseits halten und sogar beeilen, Verhandlungen aufzunehmen, um alles wieder in Ordnung zu bringen, weil man im Hauptvorstand der CFDT überzeugt war, daß die ganze Angelegenheit nur eine unnütze Aufregung war. Man wird diese Linie genau im Augenblick der Verhandlungen wiederfinden. Es sind die Verantwortlichen der CFDT, die die Verantwortung für die Annahme der Vorschläge der Administration tragen und diese sogar ausarbeiten werden. Aber wir werden darauf später noch zurückkommen.

Durch ihre Haltung fand sich diese Gewerkschaftsführung von einer außerordentlich aktiven Basis abgeschnitten. Die Militanten der CFDT – vor den Ereignissen handelte es sich häufig nur um einfache Anhänger – waren ohne jeden Zweifel unter denen, die sich am leichtesten in die Maibewegung einfügten; das um so mehr, als sie keine Vorbedingungen hinsichtlich der Formen und der Organisation stellten. Keine Kirchturmspolitik. Ihre gewerkschaftliche Zugehörigkeit hatte ihrer Meinung nach nur wenig Bedeutung. Es wurde über sie keine Kontrolle ausgeübt. Wenn sie Rechenschaft ablegten, so gegenüber dem Zentralkomitee. Nach den Ereignissen ist es deutlich, daß die Teilnahme dieser Militanten dazu beigetragen hat, neue Perspektiven im Betriebsbereich zu eröffnen.

Was die FO betrifft, so handelt es sich um eine Gewerkschaft, die einen schlechten Ruf hat. Ihr Sekretär ist weit davon entfernt, eine gute Presse zu haben, und die Mehrheit derer, die ihn kennen, sehen in ihm den ewigen Verräter. Aber im Verlauf des Mai erlebt man, wie die verantwortlichen Führer dieser Gewerkschaft, sei es aus Demagogie, sei es aus Überzeugung, sehr fortschrittliche Positionen einnehmen und manchmal Lektionen in Sozialismus und Demokratie erteilen. Man spürt unmittelbar den Einfluß der Gewerkschaft Chemische Industrie – FO und ihres Sekretärs Maurice Labi. Auf der Ebene des zentralen Aktionskomitees übernehmen die Militanten der FO ihre Verantwortung und greifen wirksam ein. Wenn am Anfang das Mißtrauen ihnen gegenüber groß ist, so läßt ihr Verhalten es verschwinden. Es ist wahr, daß die Situation für sie wegen der Flut der gegen die Führung der CGT gerichteten Kritiken günstiger geworden ist. Die Militanten der FO fühlen Selbstvertrauen in einem Milieu, das ihnen nicht zu Füßen von Séguy oder Waldeck-Rochet zu liegen scheint und das ihnen durch gewisse Sprachauswüchse im Antikommunismus gleichkommt.

Sagen wir noch einige Worte über die unpolitische Gewerkschaft, SPAEN, und die kürzlich aufgebaute CGC. Die erste, zahlenmäßig schwache Organisation hat keine andere Möglichkeit als das Spiel zu spielen, das ihr von der Gesamtheit der Arbeiter aufgezwungen wird. Aber auf Grund ihrer tatsächlichen Schwäche kann sie kaum in den von der Basis gegründeten Aktionskomitees eingreifen. Was die CGC, Vertreterin des in seiner Stellung bedrohten leitenden Personals, betrifft, so trägt sie nichts zu der Bewegung bei und ist auf den Sitzungen des Zentralkomitees nur anwesend, um Informationen zu bekommen.

Alle diese Organisationen zusammen bilden die örtliche Intersyndikale. In dieser ehrwürdigen Einrichtung muß jede Entscheidung einstimmig gefällt werden. Das setzt lange Diskussionen über alles voraus und derartige Kompromisse, daß die Entscheidungen jede Bedeutung verlieren. Da das Zentralkomitee seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit fällte und darüberhinaus die Gesamtheit des Personals repräsentierte, fand sich die Intersyndikale ohne Funktion im Leeren. Ihre Diskussionen waren vollkommen steril, und ihre einzige Rolle bestand darin, die Streik- oder Aktionsaufrufe des Zentralkomitees zu bestätigen. Wenn die Intersyndikale nicht jeden Einfluß verloren hat, so verdankt sie das vor allem der Administration, die ihr Gehör verschaffte und sie als „wertvollen“ Gesprächspartner gleichrangig mit dem Zentralkomitee betrachtete. Etwas anderes ist die Intersyndikale auf Staatsebene. Obwohl sie die gleichen Mängel wie die Intersyndikale in Saclay aufwies, mußte sie dennoch die Aktivitäten und den Kampf in allen Zentren koordinieren. Das hat ihr erlaubt, einen großen Teil ihrer Funktionen und ihres Ansehens zu erhalten, wenn auch das Gewicht des Zentralkomitees von Saclay außerordentlich stark auf ihre ganze Haltung drückte.

Man muß feststellen, daß trotz der starken gewerkschaftsfeindlichen Strömung zahlreiche Arbeiter begonnen haben sich zu fragen, wozu diese Organisationen dienen und über die Beziehungen, die zwischen gewerkschaftlichen Organisierten und Nicht-Organisierten bestehen sollten, nachzudenken. Kommissionen wurden gebildet, um diese Frage zu untersuchen. In der Regel entstanden daraus Vorschläge, die darauf abzielten, den Gewerkschaften zu ermöglichen, die Ansichten der Arbeiter insgesamt kennenzulernen. Als Beispiel dieser Untersuchungen der folgende Text. Man kritisierte an den Gewerkschaftsorganisationen

„eine zu große Zahl politischer Verpflichtungen, ihren Bruch mit der

Basis, die Anzahl und Verschiedenheit der Forderungen und die Indoktrinierung der gewerkschaftlich Organisierten."

Man schlug die Annahme folgender Maßnahmen vor:

„Man könnte sich eine Einheitsgewerkschaft vorstellen, aber es müßten in ihr die Schlagkraft und die verschiedenen Richtungen garantiert sein. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Mehrheit der Arbeiter nicht an der gewerkschaftlichen Arbeit teilnimmt, wäre es wünschenswert, daß die Gewerkschaften die Ansichten dieses Teils des Personals hinsichtlich der Forderungen und der notwendigen Aktionen kennenlernen. Ein Verbindungskomitee zu den Gewerkschaften könnte geschaffen werden, um diese über die Ansichten des Personals auf dem Laufenden zu halten. Dieses Komitee würde die Durchführung einer gewerkschaftlichen Aktion in Übereinstimmung mit den Wünschen des Personals erlauben. Dieses Verbindungskomitee könnte auf Abteilungsebene bestehen, was die Kontakte zum Personal erleichtern würde."

Man wird später noch anläßlich der Beziehungen zwischen Abteilungsräten und Gewerkschaftssektionen sehen, daß ein derartiger Vorschlag nicht uninteressant ist. Allerdings hat er den Fehler, die Position des nicht gewerkschaftlich Organisierten zu rechtfertigen.

Man weiß, was die Arbeiter in der Atomenergiebehörde wollen. Es fehlt nur noch die Bereitschaft des Generaladministrators zu verhandeln. Von Seiten der Gewerkschaften ist man in Eile. Wie würde man seine Forderungen erfüllt bekommen, wenn die Arbeit überall in Frankreich wiederaufgenommen würde? Man befürchtet, daß die Verträge von Grenelle[6)] die Lage verändern; so sehr, daß man, als das Fernschreiben des Administrators, das Zeit und Stunde des ersten Zusammentreffens festlegt, in den Zentren eintrifft, eifrig darum bemüht ist, zustimmend zu antworten.
Verhandlungen sind im allgemeinen geheim. Wir übernehmen hier die Verantwortung, den Schleier über jenen zu lüften, die die Atomenergiebehörde betreffen.
Zwei verschiedenartige Delegationen begaben sich zum Administrator.

Die erste war die Intersyndikale auf Staatsebene, deren Ziel es war, für alle Organisationen, aus denen sie sich zusammensetzt, außer der CGT (!!), im traditionellen Sinn des Wortes zu verhandeln: gebt uns dies, und wir verzichten auf das. Die andere Delegation, die sich aus der CGT und den Vertretern der Aktionskomitees (Zentralkomitee in Saclay, Arbeiterföderation in Cadarache, Streikkomitee in Fontenay) zusammensetzte, wollte die Erfüllung ihrer Ziele weitgehend dadurch erreichen, daß sie die offiziellen Stellen bestätigen ließ, daß das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiter war. Gewiß, es gab keine zwei deutlich voneinander unterschiedenen Delegationen. Doch gegenüber der Administration waren es tatsächlich zwei eindeutig getrennte Strömungen, die sich zeigten.

Es ist wahr, daß auch auf Seiten der Administration zwei Strömungen sichtbar wurden: jene, die in der Diskussion nur mit Vorsicht, wenn nicht mit Feindseligkeit vorgingen, und jene, die im Gegenteil in den Strukturreformen und gewissen Forderungen wie der permanenten Erziehung eine interessante Veränderung für das Leben im CEA sahen. Während die entscheidende Waffe der Diskussionen die vollendete Tatsache war, daß Tausende von Arbeitern die Strukturen veränderten und energische Entscheidungen trafen, die die Herrschaft der Demokratie einführten, konnte man erleben, wie sich unsere Unterhändler untereinander gespalten vorstellten, gegenseitig zerfleischten und sich dem lächerlichen Spiel der Eroberung guter Plätze am Tisch auslieferten und ihr Eingreifen immer verworrener und widersprüchlicher wurde.

Nach dem Austausch einleitender Erklärungen beginnen die Verhandlungen. Der Einsatz ist hoch. Es gilt, Machtbefugnisse für die Abteilungsräte zu bekommen. Bei diesem Punkt macht die CGC mit der Administration gemeinsame Sache gegen die Delegierten. Aber niemand wagt es, gegen diese Haltung einzuschreiten. Das Schweigen wird streng eingehalten. Wenn sich die Intersyndikale durch eine eindeutige Erklärung von der CGC trennt, wird das Prinzip der Intersyndikalen selbst in Frage gestellt. Jeder kann also von seiner eigenen Seite her verhandeln. In Wirklichkeit handelt die CGC gegen die Intersyndikale, die die Augen verschließt.

Das hat natürlich die Gewerkschaft des leitenden Personals nicht daran gehindert, sich in ihrer Ausrichtung zu festigen. Wir haben gesehen, wie sie gemeinsam mit der Administration Front gegen verschiedene Forderungen, darunter die nach Redefreiheit machte.

Nach langen Stunden der Diskussion, nach mehreren Sitzungsunterbrechungen, von denen eine durch die Aussperrung der Arbeiter des

Zentrums in La Hague bedingt war, kommt von der Administration die Antwort: „Wir gehen nicht weiter.“ An diesem Punkt war es offensichtlich unerläßlich, die Diskussion zu unterbrechen und die Administration *ihre* Vorschläge ausarbeiten zu lassen. Auf einer Sitzung der Intersyndikalen fordert die CGT die Vertagung der Verhandlungen. Aber eine ganz andere Haltung wird von der Intersyndikalen mit Ausnahme der CGT und der Mitglieder des Zentralkomitees von Saclay befürwortet.
Auf Vorschlag der CFDT wohnte man dem folgenden Schauspiel bei: die Administration diktiert *ihre* Forderungen – genauer gesagt, die des Ministers – den Arbeitervertretern, die es ihrerseits auf sich nehmen, die für die Streikenden annehmbarsten Formulierungen zu finden. Dieses skandalöse Einverständnis wird am folgenden Tag nur von einem kleinen Komitee zur Sprache gebracht.
Aber am Ende dieses Schauspiels stellt sich auf Grund der Nichtteilnahme der CGT die Frage, ob der Gesprächspartner der Administration wirklich die Intersyndikale ist. Die verworrene Art, in der CFDT und FO ihre Antworten geben, sagt darüber mehr aus als der Inhalt . . .
Das schmutzige Geschäft ist gemacht. Diese „Unterhändler“ haben nicht nur das Spiel der Administration gespielt, indem sie für diese die Vorschläge formulierten, sondern haben auch die Erpressung mit der Bezahlung der Streiktage angenommen. Die Arbeiter werden unter der Bedingung bezahlt werden, daß die Arbeit zwei Arbeitstage nach Erreichen des Kompromisses wiederaufgenommen wird. Man mußte es allem Anschein nach eilig haben, die Bewegung zu Ende gehen zu sehen, um so einen Schwindel anzunehmen.
Was haben wir nach diesen Verhandlungen bekommen? Eine ganze Menge weniger als wir wollten. Aber für die, die immer die armen Verwandten im CEA gewesen waren (die „außerhalb der PAC“ Stehenden, von denen wir gesprochen haben), ist das Erreichte nicht ganz und gar unbedeutend, wenn es bis jetzt auch nur in Form von Versprechen besteht.
Über die Räte auf der Ebene der Unterabteilungen und der Abteilungen:

Es werden im CEA Abteilungsräte eingerichtet, die von periodisch vom Personal und dem Abteilungsleiter gewählten Mitgliedern besetzt werden.
Der Zuständigkeitsbereich des Rates erfaßt die folgenden Bereiche

unter der Voraussetzung, daß sie in den Aufgabenbereich des Abteilungsleiters fallen:

– die Organisierung der Abteilung und die Verteilung der Aufgaben,

– Ausführung der Programme,

– Prüfung der Programme und des Haushalts,

– Personalfragen: Versetzungen, Einstellungen, Berufsablauf.

Dem Rat steht der Abteilungschef vor. Er wird auf Betreiben seines Vorsitzenden oder auf Verlangen von 2/3 seiner Mitglieder zusammengerufen.

Der Rat prüft Zuständigkeitsfragen.

Indem er wenigstens einmal im Trimester zusammentritt, verfügt er über die zur Erfüllung seiner Aufgaben nötigen Möglichkeiten. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vorsitzenden und der Mehrheit des Rates, wird der Streitfall vor den unmittelbar nächsthöheren Abteilungsrat gebracht. Dieser Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Bei Fällen, in denen Entlassungen vorgesehen sind, hat diese Beschwerde jedoch aufschiebende Wirkung und wird dann auf Betriebsratsebene oder auf der Ebene des Nationalen Rates behandelt.

In den unteren Abteilungen kann der Rat das Personal dieser Abteilung einmal im Trimester zusammenrufen.

Für die Angehörigen der auswärtigen Unternehmen:

Was die auswärtigen Unternehmen betrifft, so wird das CEA nach Inventur und Prüfung in seinem Haushalt 1969 eine Integration der dauernd dort Arbeitenden vorschlagen und sich bemühen, für das Personal der auswärtigen Unternehmen soziale und gewerkschaftliche Garantien durch Festlegung der neuen Klauseln in den Verträgen mit den Unternehmen zu erreichen.

Andererseits wird kein Passierschein ohne Vorankündigung oder Begründung eingezogen werden, und kein Angehöriger auswärtiger Unternehmen wird ohne Unterrichtung des Abteilungsrates entlassen oder von seinem Arbeitgeber zurückgerufen werden können.

Der Kollektivvertrag wird aus juristischen Gründen in einen Arbeitsvertrag umgewandelt.

Im Bereich der gewerkschaftlichen Freiheiten:

Die Gewerkschaftssektion wird in jedem Teil des CEA anerkannt. Die örtlich vorhandenen Möglichkeiten, Materialien und eine bestimmte Zahl von Stunden werden zu ihrer Verfügung gestellt.
Drei Stellen und materielle Möglichkeiten werden jeder Gewerkschaft zur Verfügung gestellt.
Die Verantwortlichen der Gewerkschaftssektion haben in ihrem Bereich völlige Bewegungsfreiheit.
Die Verantwortlichen der Gewerkschaften auf nationaler Ebene haben Zugang zu allen Einrichtungen unter Berücksichtigung der für diese im einzelnen bestehenden besonderen Vorschriften.
Die Gewerkschaftsverantwortlichen auf örtlicher- und Bezirksebene, auf Ebene des Gewerkschaftsbundes und zwischengewerkschaftlicher Ebene haben auf Verantwortung der Gewerkschaftssektion Zugang zu den in der Abteilung befindlichen Gewerkschaftsräumlichkeiten und zu den Versammlungsorten des Personals.

Zur permanenten Berufsfortbildung:

Das Prinzip eines bezahlten Bildungsurlaubs unter Fortgewährung sämtlicher Vergünstigungen wird für die Angehörigen des CEA anerkannt. Derartige Versuche sollen in den verschiedenen Bereichen des CEA unternommen werden. Der Nationale Rat wird daraus nach Ablauf eines Jahres Folgerungen hinsichtlich der Festlegung von Erweiterungsmöglichkeiten ziehen.
Der Bildungsurlaub muß einer wirklichen Arbeit in einem Institut oder Laboratorium entsprechen . . . wissenschaftlicher oder kultureller Art, oder in jeder neuen Form, der vom Nationalen Rat zugestimmt wird.

Zu Fragen der Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen:

Die wöchentliche Arbeitszeit wird schrittweise auf 40 Stunden verkürzt. Eine Verkürzung von einer Stunde wird im Jahr 1968 unter Vorbehalt der Zustimmung der Regierung erfolgen.
Die Berücksichtigung der ganzen Anreisedauer oder eines Teils in dieser Arbeitszeit wird außerhalb des Rahmens des Arbeitsvertrages im Hinblick auf die geographische Lage jedes Zentrums geprüft.

Urlaub: Samstage werden unter Vorbehalt eines Übereinkommens mit der Regierung nicht mehr als Arbeitstage angerechnet.
Pensionierung: jeder Angehörige des CEA hat die Freiheit, sich mit 60 Jahren ohne Einschränkung seiner Rechte pensionieren zu lassen. Diese Maßnahme wird endgültig erst nach einem Übereinkommen mit der Regierung in Kraft treten.
Die Abschaffung des Ortszuschlags liegt im Rahmen einer allgemeinen Entscheidung der Regierung.
Anerkennung und Entschädigung der durch Unfälle, besondere Umstände und Spezialtätigkeiten im CEA aufgetretenen Schäden (Pensionierung, Berufskrankheiten, Körperbehinderung, Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß, Arbeitsplatzgarantie, Einkommen usw.).
Die Bestimmungen bezüglich des Schutzes der Arbeiter vor radioaktiven Strahlungen (Erlaß vom 20. Juni 1966 und vom 15. März 1967 werden auf sämtliche Einrichtungen des CEA ausgedehnt.

Schließlich eine besondere Errungenschaft:

Die Betriebsangehörigen können bis zur Unterzeichnung des Arbeitsvertrages einmal in der Woche halbtäglich zusammenkommen, um ihre gemeinsamen Diskussionen über das Leben im CEA fortzusetzen.

Das also ist im Wesentlichen das Erreichte. Aber es handelt sich nur um ein Rahmenabkommen, und es bleibt noch genauer festzulegen, wie man diesen Rahmen ausfüllen will. Jeder ist sich dessen bewußt, daß der Kampf noch nicht beendet ist. Sobald die Arbeit wiederaufgenommen wird, geht er weiter.
Nach den Vorschlägen der Administration tritt man wieder vor die Streikenden. Man erläutert sein Verhalten und bereitet die Abstimmung für oder gegen den Text des Abkommens vor, für oder gegen die Wiederaufnahme der Arbeit. Das Zentralkomitee von Saclay spricht sich eindeutig gegen den ungenauen Text aus, der deutlich hinter den Forderungen der Arbeiter zurückbleibt, und befürwortet eine Fortsetzung des Streiks, um die Administration zu weiteren Zugeständnissen zu zwingen, aber auch aus Solidarität mit den 10 Millionen Streikenden, die noch nichts bekommen haben. Die CGT nimmt die gleiche Position ein. Die CFDT unterstützt den Kompromiß, den sie so gut zustande zu

bringen wußte, schlägt jedoch vor, die Aktion fortzusetzen. FO gibt sich keine Blöße. Diese guten Leute, die sich plötzlich so sehr um die demokratischen Spielregeln kümmern, wissen keinen Rat über die zu treffende Wahl, und so wird ihre Meinung die der Mehrheit der Arbeiter sein.
Die Abstimmung löst in der Tat das Problem: 80 % sind für den Text, 40 % für den Streik. Die Arbeit wird also wiederaufgenommen.

9

Die Gegenoffensive der Technokraten

Alles kommt jedoch nicht zum Stillstand. Man weiß genau, daß die Administration versuchen wird, das zurückzuerobern, was sie aufgeben mußte. Das zentrale Aktionskomitee verschwindet, um einem intergewerkschaftlichen Koordinationskomitee (Comité Intersyndical de Coordination, CIC) Platz zu machen, das nur rein formal intergewerkschaftlich ist. Dieses neue Organ übernimmt die Aufgabe, die Räte einzusetzen und die Kommissionen zu organisieren, die den Arbeitsvertrag ausarbeiten werden. Anders gesagt, man setzt eine neue Führung der Bewegung ein, die ohne Streik und ohne großes Aufsehen durch neue Formen, doch *permanent* handeln wird.
Aber vielleicht sollte man auf den Unterschied zwischen dem, was gefordert und dann erreicht wurde, zurückkommen. Dieser Unterschied wird zum Gegenstand eines mehr oder weniger offen erklärten Kampfes, in dem es darum geht, diesen Unterschied je nach dem Lager, in dem man steht, zu verkleinern oder zu vergrößern.
Die Abteilungsräte werden zum Gegenstand eines versteckt ausgetragenen Konfliktes. Was gefordert wurde, war der Rat mit Machtbefugnissen, der den Chef der Unterabteilung oder der Abteilung wählte, mit einem Wort der Sowjet. Aber diese Form eines Rates war nur unter der Vorraussetzung denkbar, daß sich eine Veränderung des politischen Regimes vollzog.
Die Räte, die die Administration duldet, können nur meinungsforschende Abstimmungen durchführen und haben, außer bei Entlassungen, kein Vetorecht. Die Leitung des CEA erhält zwei entscheidende Hilfen. Die erste ist die der Regierung, die durch die Sachwalterschaft eines

Ministers eingeschaltet wird. Die zweite wird ihr von den wissenschaftlichen Direktoren gewährt, die der Verpflichtung, Rechenschaft ablegen und mit Räten diskutieren zu müssen, feindlich gegenüberstehen, von den Abteilungsleitern und dem leitenden Personal, die ihre Macht bedroht sehen und schließlich von der CGC, die die letzteren vertritt.
Nach und nach beobachtet man das Entstehen eines Technokratentums, das das ganze Leben der Räte zu beherrschen beginnt. Verschiedene Faktoren kommen hinzu. Der erste ist die Wiederaufnahme der Arbeit, was etwa gleichbedeutend mit Rückzug ist. Man kann nicht immer mobilisiert oder mobilisierbar sein und zugleich seine Berufsarbeit tun. Der Kampf unter diesen Bedingungen kann nicht mehr die gleichen Formen haben. Man muß deshalb eine Anpassungszeit durchlaufen.
Der zweite Faktor war die Furcht zahlreicher Chefs, ihre unkontrollierte Autorität gewaltsam zugunsten der demokratischen Autorität der Räte zusammenbrechen zu sehen. In dem Maße, in dem das von den Vertretern des Personals unterzeichnete und durch Wahl bestätigte Übereinkommen nicht wirklich die Willkürherrschaft der Chefs in Frage stellte, fühlten diese sich beruhigt und waren bis zu einem gewissen Grad bereit, das Spiel der Räte zu spielen. Mit dem Rahmenabkommen in den Händen erinnerten sie dauernd daran, daß dieses Abkommen durch Wahl bestätigt und unterzeichnet war und mischten sich überall ein, damit niemand die Grenzen des Abkommens überschritte, zu dessen entschiedenen Befürwortern sie plötzlich wurden. So erschienen sie in den Räten. Wir können sicherlich nicht behaupten, daß alle Chefs der Unterabteilungen oder Abteilungen daran beteiligt waren. Aber die meisten von ihnen griffen als mit administrativen Fragen vertraute Techniker ein und nutzten diese Spezialisierung, um ihre für einen Augenblick gefährdete Autorität wiederherzustellen.
Der dritte Faktor war die Frage der Zuständigkeit. Die Diskussionen hatten sich lange um diese Frage gedreht. Wer wird die Verantwortung übernehmen? Wer wird entscheiden? Man stelle sich für einen Augenblick den Kopf eines Laborgehilfen vor, mit dem man über die Konstruktion eines Beschleunigers oder eines Reaktors spricht. Ohne Zweifel wird es ihm in Haushalts- und technischen Fragen an qualifizierten Leuten zu fehlen scheinen. Aber benommen von dieser Feststellung wird er darüber leicht vergessen, daß es Bereiche gibt, wo sein Eingreifen notwendig ist, wo er selbst etwas tun muß.
Eine andere wichtige Sache ist die Häufigkeit und Dauer der Versammlungen. Ingenieure und leitendes Personal haben es verhältnismäßig leicht sich freizunehmen. Aber der Arbeiter oder die Hilfskraft, die

Familienväter sind? Eine andere Möglichkeit, um diese auszuschalten ist die Durchführung sehr langer Versammlungen bis nach Abfahrt der Omnibusse oder sie aufzufordern, am Samstag zu kommen. Wenn sich diese Art von Versammlungen zwei oder dreimal im Monat wiederholt, so werden ohne jeden Zweifel nur jene übrigbleiben, die ein Auto oder Zeit haben.

Schließlich bleibt als raffiniertes Mittel, die Enragierten abzustoßen, daß man sie in Etatfragen verwickelt. Geben wir denen, die es noch nicht kennen, dieses Rezept: Es genügt, umfangreiche Aktenauszüge über Einzelheiten der Verwendung des Budgets zu geben. Mit Ausnahme des leitenden Personals kann dies, zumindest im Augenblick, niemand verstehen. Früher oder später müssen die Arbeiter die Kontrolle über sämtliche Stufen der Produktion (oder der Forschung) übernehmen. Aber diese Aufgabe könnte nicht ohne ein Minimum an Vorbereitung übernommen werden. Die heute in Saclay bestehenden Räte sind kleine Schulen, die allen ermöglichen werden, über alles, einschließlich des Haushalts, urteilen zu können.

Das sind einige der Tatsachen, die eine relative Technokratisierung der Räte erlaubt haben. Im Großen bestand der Trick darin, den Vorrechten der Räte sehr hart zu widerstehen, um ihnen dann mehr zu geben als sie forderten.

10

Das intergewerkschaftliche Koordinationskomitee (CIC)

Was ist aus der Führung der Bewegung geworden? Im Gegensatz zum zentralen Aktionskomitee, das den alleinigen Willen der Streikenden ausdrückte, mußte das intergewerkschaftliche Koordinationskomitee seit Wiederaufnahme der Arbeit von allen Seiten anerkannt werden: von der Administration, die ihre Rechte wieder übernahm, den Technokraten, die in den Räten an Einfluß gewannen, und vom aktiven Flügel der Bewegung. Um sein Existenzrecht zu behaupten, mußte das CIC darüberhinaus von der Intersyndikalen anerkannt werden. Die Absicht der Administration war es, auch das kleinste Organ, das nicht in gewerkschaftliche Strukturen integriert war, zu verbieten, sei es auch nur, um die offiziell geduldete Entwicklung einer mehr oder weniger

politischen Organisation zu verhindern. Deshalb mußten die Mitglieder des CIC Geschmeidigkeit gegenüber den Gewerkschaftsführungen beweisen, was die Streikleitung nicht hatte tun müssen. Hier ist ein Flugblatt, das verteilt wurde um zu zeigen, wie der Kampf mit der Administration um Anerkennung des CIC verlief.

„Wo stehen wir?“
Am 4. Juni wird das Koordinationskomitee gewählt. Es vertritt die Gesamtheit der Arbeiter des C.E.N.Saclay.
Am 5. Juni empfängt der Direktor des Zentrums das Koordinationskomitee, erkennt dessen Nutzen an und versichert ihm seine Mitarbeit.
Am 6. Juni heißt es: „Guten Tag, meine Herren, guten Abend, ich kenne das Koordinationskomitee nicht mehr.“
Die Intersyndikale nimmt sofort Stellung, und der Direktor erklärt sich bereit, das intergewerkschaftliche *Koordinationskomitee anzuerkennen.*
Am 10. Juni empfängt der Direktor das C.I.C.:
„Durch Befehl von oben besteht das C.I.C. nicht mehr.“
Die Intersyndikale auf nationaler Ebene greift ein und bezieht sehr deutlich Stellung (C.G.T.-C.G.T.-F.O.-SPAEN): Das C.I.C. ist legal aus der Intersyndikalen hervorgegangen, deshalb kommt es für uns nicht in Frage, über seine Existenz zu diskutieren. Unsere Position ist sehr fest.
Der Direktor: „Ich werde das weiterleiten.“
Die Gewerkschaften: „Wir gehen.“
Das ist die Lage. Sie ist bezeichnend.
Mit dem C.I.C. steht das gemeinsame *Werk aller Arbeiter in Frage. Die Abteilungsräte, die Kommissionen und der Arbeitsvertrag müssen ihr Werk und nicht das der Administration sein.*
Am Dienstag, den 11. Juni 1968 verhandelt die Intersyndikale auf nationaler Ebene mit der Administration. Die Verhandlungen ziehen sich hin. Die Gewerkschaften unterbrechen die Unterredung auf Grund der ernsten innenpolitischen Situation (Sochaux). Die Verhandlungen sollen im Laufe des Mittwoch, den 12. Juni, wiederaufgenommen werden. Die Gesamtheit der Arbeiter muß ihr Werk *verteidigen und das gesamtgewerkschaftliche Koordinationskomitee* durchsetzen.
Mögliche Aktionsformen:
1. Streik.
2. Marsch zur Hauptverwaltung, Rue de la Fédération.
3. Besetzung der Direktion des Zentrums, bis diese das C.I.C. empfängt.“

Das zentrale Aktionskomitee nahm sich die Freiheit, jede Form von Initiative zu ergreifen, wie wir weiter oben gesehen haben. Das CIC hat seit seiner Gründung erlebt, daß ihm diese Freiheit untersagt wurde. Seine Aufgabe bestand darin, die Kommissionen untereinander zu koordinieren und die Räte einzusetzen. Ein großer Teil der in das CIC gewählten Vertreter hat übrigens diese Einschränkung der Freiheit, eigene Initiativen zu ergreifen, hingenommen, was deutlich bewies, daß die technokratische Strömung einen Einfluß bis in die Spitze ausübte.

„Am 12.Juni wird das C.I.C. dank der Entschlossenheit der Arbeiter vom Generaladministrator anerkannt. Das C.I.C. koordiniert die Einsetzung der Abteilungsräte und die Arbeit der Abteilungsräte und die Arbeit der Kommissionen im Hinblick auf den Arbeitsvertrag."

Im Verlauf des Streiks nahmen alle sozialen Gruppen, vor allem aber Techniker und Arbeiter an den Sitzungen des Zentralkomitees teil. Als die Arbeit wieder begann, fanden sich die in der Hierarchie ganz unten stehenden Arbeiter in ihren Werkstätten und Laboratorien festgehalten; nur das leitende Personal konnte und kann sich noch leisten genug freizunehmen, um die Führungsaufgaben zu übernehmen.
Schließlich waren nach dem gleichen Gedanken die Sitzungen des Zentralkomitees öffentlich. Wer wissen wollte, was man bei der Führung sagte, ging in den Sitzungssaal, hörte zu und griff selbst ein. Das CIC dagegen mußte seine Sitzungen ohne die Gegenwart all jener abhalten, die dessen Arbeit gern verfolgt hätten.
Deshalb mußte die neue Führung die Tendenz entwickeln, sich sehr schnell zu bürokratisieren und sich wegen der engen Grenzen seiner Aufgaben zu technokratisieren. Es ist nicht überflüssig zu bemerken, daß das beim CIC beobachtete Phänomen der Bürokratisierung recht klassisch ist und man einander ziemlich ähnliche Schemata von Bürokratisierung einerseits bei Arbeiterorganisationen und andererseits bei unterentwickelten Ländern auf dem Übergang zum Sozialismus findet. Was das CIC betrifft, so handelt es sich offenbar erst um die Anfangsphase, wo die Führer der Bewegung noch nicht an materielle oder moralische Privilegien gebunden sind. Ihre Praxis selbst entwickelt die Tendenz sich zu bürokratisieren und das keineswegs auf Grund einer überlegten Entscheidung, sondern auf Grund der durch die Wiederaufnahme der Arbeit geschaffenen objektiven Bedingungen.

Antibürokratische Maßnahmen

Dieses Phänomen der Bürokratisierung wird teilweise gebremst werden können. Alle Arten empirischer Maßnahmen in diesem Sinn sind getroffen worden. Die Vertretung aller Berufsgruppen wird proportional zu ihrer Bedeutung gefordert. Dieser erste Punkt ist übrigens Gegenstand eines Konfliktes mit der Administration.

„Am Dienstag, den 11. Juni, erste Versammlung nach Unterzeichnung des Rahmenabkommens zwischen der Intersyndikalen auf nationaler Ebene und der Administration. Diese Versammlung befaßt sich ganz besonders mit der Zusammensetzung der Abteilungsräte und der Räte in den Unterabteilungen. Die Diskussionen sind sehr schwierig. Die Intersyndikale beschließt, die Diskussionen um 16.45 Uhr wegen der Ereignisse in Sochaux zu unterbrechen. Für Dienstag, den 18. Juni, ist eine neue Sitzung vorgesehen. Die Intersyndikale auf nationaler Ebene fordert alle Arbeiter auf, bereit zu bleiben, um sie bei jeder Gelegenheit massiv zu unterstützen."

Die geheime Wahl wird überall angenommen. In fast allen Abteilungen sind diese Regelungen spontan beachtet worden. Die Wahlen haben übrigens Gelegenheit zu endlosen Diskussionen über Art und Weise der Abstimmung gegeben. Man sorgte sich darüber, ob die Gewählten allen genügend bekannt und vor allem genügend repräsentativ waren. Man kommt Schritt für Schritt dahin, die Räteorganisation in großen Zügen aufzuzeigen. Von Anfang an werden Maßnahmen getroffen, um eine zu schnelle Bürokratisierung zu vermeiden. Man betrachtet die Beziehungen zwischen dem gewählten Rat und der Basis, zwischen dem Rat und den einflußreichen Personen in den Abteilungen, die mit dem Ruf, Experten zu sein, den Vorsitz übernehmen könnten, um das Mandat der Gewählten zu beschränken.

„Die Abteilungsräte werden von der Vollversammlung gewählt und berücksichtigen proportional die Vertretung der verschiedenen Gruppen von Arbeitern (auswärtige Unternehmen, Nichttechniker, Ingenieure) im Rat. Diese gewählten Mitglieder sind nicht die Vertreter dieser Gruppen, sondern verantwortungsbewußte Individuen, die ihre Probleme gut kennen.

Der Rat soll die Vollversammlung an seiner Arbeit teilnehmen lassen.

Deshalb veranlaßt er die Bildung von Kommissionen, deren Tätigkeiten, die jeden Arbeiter in der Abteilung etwas angehen, von ihm koordiniert werden. Die Ergebnisse, zu denen diese Kommissionen kommen, werden anschließend vom Rat geprüft und an die Vollversammlung verwiesen.
Den Vorsitz über den Rat führt der Abteilungsleiter. Einer seiner Mitglieder ist der Sekretär. Der Sektretär wird alle sechs Monate ausgewechselt. Er ist beauftragt, die Leitung des Rates (Tagesordnungen, Einladungen, praktische Struktur der Kommissionen) zu organisieren. Der Rat tritt einmal in der Woche zusammen.
Die Arbeiter mit wichtiger Entscheidungsgewalt in ihrer Abteilung (zum Beispiel Abteilungsleiter) haben keinen Sitz im Rat. Sie müssen vom Rat als Experten *betrachtet werden und können von ihm aufgefordert werden, mit ihm gemeinsam zu tagen.*
Die Neuwahl des Rates ist wichtig. Die Auswechslung eines Drittels jeweils nach sechs Monaten scheint eine gute Lösung zu sein. Das muß nicht unbedingt allein durch Wahlen geschehen, sondern kann für einen Teil des Rates auch durch Losentscheid in der Vollversammlung unter Berücksichtigung der verschiedenen Gruppen von Arbeitern erfolgen.“

Man muß mit der Initiativfähigkeit der Arbeiter, die sie tatsächlich haben, rechnen. Dennoch ist eine Führung, auch wenn sie nur „Richtlinien“ gibt, völlig unerläßlich. Zahlreiche Räte, einmal gewählt, traten zusammen und sahen sich vor eine schwierige Frage gestellt. Was tun? Die Frage blieb da unbeantwortet, wo die Abteilungsleiter eine Verschleppungstaktik anwandten. Um zu verhindern, daß die Chefs die Funktionen des Rates festlegten, war es notwendig, daß das CIC Richtlinien über die Tätigkeit der Räte herausgab (die in der Praxis auf Grund der unbestrittenen Autorität des CIC Gesetzeskraft hatten.)

Die Arbeit der Abteilungsräte

Es hat sich im CIC gezeigt, daß gewisse Abteilungsräte keine klare Vorstellung von der ihnen zugedachten Rolle hatten. In der Tat soll der Rat vor allem Ausdruck des Abteilungspersonals sein. Nur durch Informieren und systematisches Befragen der Belegschaftsmitglieder werden die Räte vermeiden, sich in neue bürokratische Strukturen zu verwandeln, die zunächst unter allgemeiner Gleichgültigkeit und

schließlich unter allgemeiner Feindseligkeit zusammentreten. Um die demokratische Form der Räte zu erhalten, empfiehlt das CIC folgende Regeln für ihre Tätigkeit, die sicherlich besonders gelagerten Fällen angepaßt werden können:

1. Der Abteilungsrat schlägt öffentlich, mindestens 48 Stunden vor seinem Zusammentreffen mit ausreichender Verbreitung Tagesordnung, Datum, Zeit und Ort der Versammlung an.

2. Jeder Abteilungsangehörige kann schriftlich jede Frage, die er stellen will, dem Rat, der sein Zusammentreten angekündigt hat, vorlegen. Der angesprochene Rat kann die gestellte Frage auf die Tagesordnung setzen. In jedem Fall wird der Rat dem Fragesteller schriftlich antworten.

3. Die Debatten und die Abstimmungen des Rates sind normalerweise öffentlich. Der Rat kann sich allerdings unter Umständen zu Anfang oder im Verlauf seiner Sitzung entscheiden, nicht öffentlich zu tagen. Um den konstruktiven Charakter der Debatten zu sichern, können gewisse Maßnahmen ins Auge gefaßt werden. Zum Beispiel:

a) Die Öffentlichkeit hat nicht das Recht, in den Verlauf der Debatten einzugreifen, außer auf Aufforderung durch den Rat.

b) Die Teilnahme der Öffentlichkeit kann zahlenmäßig eingeschränkt werden, z.B. auf eine Zahl, die der Zahl der Mitglieder des Rates entspricht.

c) Diejenigen, die an den Debatten teilnehmen wollen, müssen vor der Versammlung im Saal sein.

4. Ein Sitzungsprotokoll wird der Belegschaft nach jeder Versammlung zur Kenntnis gebracht.

In jedem Fall glaubt das CIC, daß die Regelung über die Tätigkeit der Abteilungsräte von ihren Wählern diskutiert und gebilligt werden muß. Die Räte werden aufgefordert, die nächste Abteilungsversammlung zu verwenden, um sie mit dem Inhalt dieses Textes bekannt zu machen und über ihn zu diskutieren.

Bulletin Nr. 7 des CIC

Trotz aller Vorsichtsmaßregeln muß man immer und immer wieder seine Aufmerksamkeit auf Bürokratisierungstendenzen richten. Das geschieht durch Plakate: Der Bürokrat als der Mensch, der in den Papieren ertrinkt. Trotzdem erklärt ein Text die Gefahr noch ausführlicher:

Die Strukturen in der Atomenergiebehörde sind schwerfällig und starr und verhindern oft eine wirksame Arbeit. Die Abteilungsräte wurden eingesetzt unter Berücksichtigung dieser Strukturen, d.h. unter Berücksichtigung der von der Administration vorgenommenen Einschränkungen, die gegenwärtig eine Tatsache sind. Es darf allerdings nicht so weit kommen, daß man diese Strukturen als erstarrt bezeichnet und sie durch einen Apparat von Räten zu verdoppeln hofft, der sie nur noch schwerfälliger machen würde. Die Gefahr besteht, daß man erlebt, wie sich jeder Abteilungsrat auf alle Probleme seiner eigenen Abteilung stürzt, sich damit abkapselt und selbst den Cliquengeist verstärkt, eines der Unglücke des alten Systems . . .
Ebenso notwendig ist es, daß die Schaffung der Räte sich nicht in einen Heißhunger auf Versammlungen verwandelt. Um diese Schwerfälligkeit zu vermeiden, die sehr schnell zu einer Waffe gegen die Räte selbst werden würde, kann man sich folgende Arbeitsmethode vorstellen:
Der Abteilungsrat tritt einmal in der Woche als Vollversammlung zusammen. Dort legt er die Tagesordnung fest, also Fragen, über die sich der Rat eine Meinung bilden muß. Jedes Mitglied des Rates übernimmt auf eigene Verantwortung eine der Fragen, bildet für diesen Punkt eine Arbeitsgruppe, die auch Personen außerhalb der Abteilung umfaßt (die Kenntnis von Experten ist sehr wichtig), und verfaßt einen Bericht, den er der nächsten Versammlung vorlegt. Diese Methode erlaubt eine größere Teilnahme an der Arbeit des Rates und vermeidet besonders, daß sich die Räte auf sich selbst zurückziehen, was indirekt darauf hinausläuft, gegenwärtige Strukturen zu rechtfertigen.

Zum Zeitpunkt, an dem wir dies schreiben[1], ist das Experiment mit den Räten noch nicht zum Abschluß gekommen. Es ist wahr, daß wir nach den Ferien ab September eine ganze Reihe neuer Maßnahmen zu treffen haben werden, um aufs Neue das Gespenst der Bürokratie zu bekämpfen. Man könnte glauben, vor der Hydra von Lerna zu stehen. Uns fehlt noch ein Herakles.

Das Problem der Macht

Andererseits kompliziert sich das Problem der Macht der Räte sehr schnell. In der Tat handelt es sich nicht darum, eine bestimmte Verantwortung auf dem technischen und dem Etatbereich zu übernehmen. Das würde, noch einmal gesagt, zur berüchtigten gaullistischen „participation" führen: Die Räte müßten den Etat verteilen und seine Verwendung überprüfen. Aber der Etat ist nicht unter Arbeiterkontrolle ausgearbeitet worden, und unter diesen Umständen müßten die Räte zu guten und loyalen Kreditverwaltern werden, abhängig von den politischen Entscheidungen der Regierung, was Rückwirkungen sowohl auf die Beschäftigung als auch auf Fragen des beruflichen Aufstiegs hätte. Die Möglichkeit, die Belegschaft beruflich Fortschritte machen zu lassen, ist das Vorrecht der Macht — und das in jeder Theorie von Betriebsführung. Der Abteilungsrat ist nicht geschaffen worden, um den Abteilungsleiter zu ersetzen. Deshalb verfügt er auch nicht über die Möglichkeit, die Belegschaft beruflich vorwärtskommen zu lassen.
Hier ist die Führung der Bewegung auf eine Schwierigkeit gestoßen. Die in die Räte gewählten Arbeiter übernahmen sehr spontan Verantwortung. War das Verrat? Ganz und gar nicht. Sie enthüllten einfach durch ihre Haltung, daß sie sich für Selbstverwaltung und besonders für Arbeiterkontrolle, einer Forderung, die heute nicht mehr als eine Utopie angesehen wird, bereit fühlten. Lange Zeit haben Revolutionäre die Parole der Arbeiterkontrolle verteidigt. Heute kann man sich auf ihre Verwirklichung vorbereiten. Die Mitglieder der Räte haben das unter Beweis gestellt.
Aber warum hat man gestreikt, wenn man nicht die ganze Macht an sich reißt? Man muß zugeben, daß die Machtbefugnisse der Räte ungefähr die sind, die im Abkommen niedergelegt sind: Nur Fragen der Entlassung, der Einstellung und der Arbeitsbedingungen werden im Zuständigkeitsbereich der Räte liegen.

„Im besonderen fordern wir, von jetzt ab, daß kein Angehöriger der auswärtigen Unternehmen, der mehr als sechs Monate in Saclay gearbeitet hat, ohne seine ausdrückliche Zustimmung und ohne daß das CEA ihm die Möglichkeit gegeben hätte, integriert zu werden, „entlassen" werden kann. Alle Abteilungsräte fordern wir auf, diesen Punkt

sehr genau zu beachten und uns alle Fälle, von denen sie Kenntnis erhalten, zu melden."

Aber dann werden die Räte zu kleinen Gewerkschaften, von denen jede mit Problemen der Einstellung und der Arbeitsbedingungen belastet wird. Das ist in der Tat ein Risiko, dem wir gegenwärtig entgegengehen, ein nicht abzustreitendes Risiko. Man findet in den Räten verschiedene Gruppen, die vertreten werden, aber man erlebt auch bei jeder Kandidatenaufstellung, daß sich die Mitglieder dieser Gruppen untereinander beraten, um *ihren* Kandidaten auszuwählen. Anders ausgedrückt: Man geht in den Rat, um dort die Interessen eines bestimmten Teils der Belegschaft zu vertreten. Es sei flüchtig gesagt, daß dies eine Bestätigung der Gewerkschaftspolitik ist, die nicht fähig war, selbst auf der Ebene der Betriebsabteilungen wirksam einzugreifen. Genauer gesagt bedeutet das eine indirekte Infragestellung der vertikalen Struktur der Gewerkschaften, die dahin führt, daß die örtlichen Sektionen keine Autonomie mehr haben. Es ist auch eine Bestätigung der Unsichtbarkeit der Betriebsräte[7]. Die Gefahr, daß die Räte die Funktionen der Gewerkschaften und der Betriebsräte übernehmen, ist verhältnismäßig leicht einzudämmen. Es steht nur den Gewerkschaftssektionen zu, echte Organe des Kampfes zu sein, und den Betriebsräten, an der Seite jener zu stehen, als deren Vertreter sie gelten. Das schließt offensichtlich eine völlige Veränderung der Gewerkschaften ein, die horizontale Strukturen entwickeln müssen, die genau die Initiativen der Basisorganisationen und die Verbindung zwischen den Sektionen erlauben.

Der pyramidische Aufbau der Räte (sections, services, departments, direction) könnte in einem Nationalrat (Conseil National) seinen Abschluß finden, dessen Vorsitz der Generaladministrator führt. Formal wäre die Spitze aus den Arbeitern hervorgegangen. In Wirklichkeit aber kann man nicht leugnen, daß nur das leitende Personal zu dieser Ebene Zugang hätte. So riskieren die Gewerkschaftsorganisationen, sich in ernste Schwierigkeiten verwickelt zu sehen. Sie werden sich einem Herrn mit zwei Köpfen entgegenstellen müssen, dem Generaladministrator wie vor dem Mai und dem Administrator im Nationalrat. Wenn der Nationalrat Entscheidungen, die gegen die Interessen der Arbeiter sind, fällt, so wird der Generaladministrator, der zugleich Unternehmer ist,

sagen können, daß er als Unternehmer nichts gegen die vom Generaladministrator getroffenen Entscheidungen vermag, der Vorsitzender eines Nationalrates ist, der *im Prinzip,* sagen wir es noch einmal, das Werk der Arbeiter ist. Dieser Fehler in der Strukturreform ist offensichtlich sehr schwerwiegend. Er rührt daher, daß die ganze Reform auf der Annahme tiefgreifender Veränderungen des Regimes basierte. Aber das Regime de Gaulles ist nicht gestürzt worden, was bedeutet, daß die Reform unvollständig ist. Der Vorsitzende des Abteilungsrates ist der Abteilungsleiter, und dieser Chef ist nicht wählbar, sondern von oben eingesetzt. Eine Vorsichtsmaßnahme, die man heute ergreifen muß, besteht darin, das Zusammentreten dieses Nationalrates abzulehnen, der vielleicht sogar vollkommen in den Rahmen der „participation" passen würde. Unter zwei Bedingungen wäre die Konstituierung dieses Nationalrates annehmbar: Wahlen und Kandidaten müßten von der Basis kommen und der Vorsitzende dieses Rates müßte gleichfalls gewählt werden.

13

Die Bilanz

Man muß jetzt eine Bilanz dieser Erfahrung ziehen, die in Saclay weitaus erfolgreicher als in allen anderen Zentren verlief. In der Provinz und sogar in Fontenay ist man noch weit davon entfernt, das Gleiche erreicht zu haben. Das CENS erscheint deswegen als richtungsweisend. Das rührt zweifellos von der sozialen Zusammensetzung dieses Zentrums und von bestimmten Arbeiten, die hier ausgeführt werden, her. Nur wenig Produktion, die sich an Arbeiter oder Techniker mit Robotergehirnen wendet. Stattdessen besonders Forschung, die eine gewisse Freiheit einschließt und Arbeiter voraussetzt, die denen sehr ähnlich sind, die im CNRS und den Fakultäten arbeiten.
Die durch die halbtägige gesellschaftliche Arbeit (siehe Rahmenabkommen) ermöglichte freie Zeit kommt zur relativen Freiheit hinzu, die eine Arbeit gewährt, die fast unabhängig von Rentabilitätserwägungen oder Produktionsrythmen ist. Diese Situation war weder in Marcoule (Reaktoren) noch in Pierrelatte (Isotopentrennung) noch in Cadarache zu finden. Deshalb konnte auch das Experiment mit den Räten auf dem

begrenzten Sektor des CENS erfolgreich sein, wenn auch noch viele Ungleichheiten von einer Abteilung zur anderen auftraten.
Bemerkenswert ist der Enthusiasmus, der durch die Forderung nach Räten verursacht wurde. Mit Ausnahme einiger rückschrittlicher Elemente und einiger Abteilungschefs, die Angst hatten, einen kleinen Teil ihrer Macht zu verlieren, hat die Gesamtheit der Arbeiter sofort diese Forderung übernommen und sie zu ihrem Hauptargument gemacht.
Einige Worte müssen zweifellos über dieses Phänomen gesagt werden. Warum haben die Arbeiter eine Forderung von solcher Bedeutung übernommen? Seit langem hatten sie begriffen, daß es nicht so leicht ist, sich vom gaullistischen Regime zu befreien, und noch viel schwerer vom Kapitalismus, wenn man nur 3 % Lohnerhöhung fordert. Die Reformisten aller Schattierungen haben sich schon immer mit *quantitativen* Forderungen und Programmen isoliert. Niemals haben sie Ziele vorzuschlagen gewagt, die die Lage *qualitativ* ändern konnten. In der Regel haben die Reformisten immer versucht, die Konsumbedingungen und nicht die Produktionsverhältnisse zu verändern, um zu einer Angleichung von Kapitalisten und Proletariern auf dem Gebiet des Konsums zu gelangen. Aber die Forderungen, die sich aus solchen Analysen und Programmen ergaben, sind noch immer von den Kapitalisten befriedigt worden, ohne daß ihr System deswegen in Frage gestellt wurde. Die Arbeiter haben Fernsehapparate, Kühlschränke, Waschmaschinen, und viele von ihnen haben Autos. Aber sie sind deswegen nicht weniger entfremdet, und das Räderwerk der Produktionsmaschinerie dreht sich noch immer nach den Gesetzen des kapitalistischen Profits.
Ob sie es deutlich formulierten oder nicht, so hatten die Arbeiter diese Vorstellung: Die Löhne werden erhöht, die Preise im gleichen Maße und am Ende wird der Streik nichts Dauerhaftes eingebracht haben. Dieser Trick mit großen (und oft auch kleinen) Mobilisierungen für kümmerliche Ziele ist weitgehend und spontan in Frage gestellt worden. Man wollte gern um Urlaub kämpfen, aber nicht mehr um Pfennige. Und als man wirkliche Macht, unabhängig von der gegenwärtigen Regierung, als Ziel vorschlug, haben die Arbeiter sofort begriffen, daß sie ihre Lage *dauerhaft* verändern konnten, wenn sie das schafften. All das ist ein sehr erfreulicher Prozeß, den man denen gemacht hat, die die Taktik der Nadelstiche (rotierende Streiks und Teilstreiks) verteidigten und den Kampf der Arbeiterklasse auf niedrigstem Niveau hielten. Eine revolutionäre Periode war nötig, um den ganzen Irrtum der Arbeiterbürokratien zu enthüllen.

Eine derartige Erfahrung verbietet praktisch, daß man zur alten Taktik der Streiks bestimmter Abteilungen und Berufsgruppen zurückkehrt. Das ist eine außerordentlich positive Tatsache für die Gesamtheit der Arbeiterbewegung, insbesondere aber auch für die Arbeiter des CEA, selbst wenn das Experiment mit den Räten in einer Niederlage enden sollte.

Was bedeutet die Forderung nach Räten und vor allem die Erfüllung dieser Forderung? Man hat gesehen, daß die Räte unter dem Blickwinkel der Errichtung der Doppelherrschaft betrachtet wurden. Wenn man sich geirrt hat, so weniger in der Einschätzung der Zeit als in der Beurteilung der Möglichkeiten, das Regime zu stürzen. An diesem Punkt haben wir uns getäuscht, aber wer würde am 20. Mai gewagt haben zu sagen, daß er genau wußte, was schließlich aus dieser mächtigen Bewegung werden würde? Die wichtigsten Überlegungen, die man in Erinnerung behalten sollte, waren das Fehlen einer revolutionären Führung, die fähig war, die Arbeiter auf die großen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben vorzubereiten und sie zum Sieg zu führen. Die Spontaneität der Bewegung, das Fehlen enger Verbindungen zwischen Arbeiter- und Studentengruppen, die Beschränkung der Kampfziele auf Lohnforderungen, all das erlaubte es zu verstehen, daß wir nicht sehr weit gekommen wären. Wir haben das erst nachträglich verstanden.

Nichtsdestoweniger bestehen die Räte legal im CEA; und wenn auch das Rahmenabkommen ihnen keine große Macht läßt, wenn außerdem die gegenwärtige Führung der Bewegung sie veranlaßt, davon nicht allzu viel Wichtiges anzunehmen (aus gutem Grund!), so wird dennoch durch ihre Existenz eindeutig die Forderung nach Arbeitermacht im Betrieb gestellt. Es ist unbestreitbar, daß bei einer sehr umsichtigen Politik im Mai der Kampf um die Räte als Kampf um die Macht außerordentlich wichtige politische Ziele verfolgt hätte.

Obwohl wir noch nicht sagen können, ob diese neue Struktur regenerieren wird oder nicht, können wir heute schon versichern, daß die Räte im CEA die Vorstufe zu den Sowjets sind.

Lassen wir die Angst vor Rot den Hornochsen, hieß es auf einem Plakat der Academie des Beaux Arts. Lassen wir ebenso die Angst vor dem Wort Sowjet all denen, die es, freiwillig oder nicht, mit dem Bild des brutalen Bolschewiken mit einem Messer zwischen den Zähnen verbinden. Sowjet wird mit dem Wort Rat übersetzt. Wenn die Demokratie einmal in der UdSSR existiert hat, so war es unter der Herrschaft der Sowjets, so daß sich die Stalinisten eifrig darum bemühten, sie zu

vernichten. Nicht weil es Sowjets gab, haben sich die Bürokraten an die Macht gesetzt, sondern als sie die Macht *usurpierten,* mußten sie die Sowjets zerstören. Kann man aber jetzt sagen, dieses System der Demokratie sei so schwach, daß der Bürokratismus und die Bürokratie es verschwinden lassen könnten? In der Tat war es in Rußland von 1917 bis 1927 schwach. In den Sowjets gab es unerfahrene und ungebildete Männer, die gegenüber den Bürokraten nicht die notwendigen Maßnahmen zu treffen wußten, um ihnen nur eine beschränkte Macht einzuräumen. Aber heute, wo die Arbeiterbewegung in Frankreich im Vergleich zur russischen Arbeiterbewegung der zwanziger Jahre auf einem äußerst gehobenen kulturellen Niveau steht, ist die Gefahr nicht dieselbe. Die Verwechslung von Räteherrschaft und Stalinismus findet man häufig. Hoffen wir, daß das Räteexperiment in Frankreich erlauben wird, die unmögliche Alternative — Stalinismus oder Kapitalismus — zugunsten der Perspektive eines demokratischen Sozialismus zu zerschlagen.

Man hat oft von Sowjets als Modellen einer Arbeiterdemokratie gehört. Man weiß auch, wie sie in Rußland seit 1905 eingeführt wurden. Aber wie hat man 1968 die Errichtung einer Doppelherrschaft in Frankreich, einem hochindustrialisierten Land, ins Auge gefaßt?

Was diesen Punkt anbetrifft, so kann man nicht davon ausgehen, daß es Rezepte gibt. Wenn die Sektierer von Sowjets reden, so klammern sie sich an ein Schema, antworten aber nicht auf die gestellte Frage.

Dagegen sind heute gewisse Gruppen der extremen Linken (J.C.R., IV. Internationale) dabei, ihre Parolen zu differenzieren. Im Laufe des Mai konnten sie in den Aktionskomitees gewisse embryonale Formen der Doppelherrschaft erkennen. Die Summe von Erfahrungen der Art der Aktionskomitees, der Räte im CEA, der Schüler- und Lehrerräte wird vielleicht schon bald erlauben, genauere Wege für die Übergangsperiode der Doppelherrschaft aufzuzeigen.

Das heißt nicht, auf die Zauberformel warten, die die Sowjets zum Blühen bringen wird, sondern bedeutet im Gegenteil, Versuche von der Art, wie sie im Laufe des Mai gemacht wurden, zu vervielfachen. Stellen wir noch genauer fest, daß die Räte des CEA nur so weit eine dauerhafte und lebensfähige Erfahrung darstellen, als Erfolge ähnlicher Art in den entscheidenden Industriebereichen gemacht werden.

Auf dem Privatsektor sind die Gefahren eines derartigen Vorgehens zahlreich. An erster Stelle muß man befürchten, daß diese Räte die bestehenden Betriebsräte verdoppeln werden, diese ehrwürdigen Institutionen, die kaum wirklich bestanden haben.

Seit ihrer Entstehung sind sie von den Unternehmern mit einer Wirksamkeit bekämpft worden, mit der die Arbeiterorganisationen sie nicht verteidigen konnten, so daß diese Betriebsräte heute Weihnachtsbäume schmücken und die Sozialeinrichtungen verwalten dürfen. Muß man unter diesen Umständen die Schaffung neuer Kampfmethoden ins Auge fassen? Wir neigen natürlich zur zweiten Lösung, die an der Grenze der Organisationsformen liegt, die von den Kapitalisten noch toleriert werden.
Viel schwerwiegender ist die Gefahr, die Räte zu wirklichen Beratern der Unternehmer werden zu sehen. In der gegenwärtigen Periode, in der die Zahl der Arbeitslosen sehr schnell ansteigt und in der der europäische Wettbewerb die Eroberung des Marktes viel schwieriger macht, wird die Zahl der Ratgeber groß sein, die die Arbeitsproduktivität und die Investitionsrentabilität verbessern wollen. Anders gesagt: Auf dem Privatsektor bestände die Gefahr, neue Instrumente der Klassenkollaboration zu schaffen, die die Rolle des Gendarmen zugunsten der Unternehmer spielen müßten. Wir glauben dennoch, daß die Arbeiterräte in den Privatunternehmen notwendig sind und eine Kontrollfunktion bei Einstellungen übernehmen, Entlassungen verhindern und im Bereich der Arbeitsbedingungen (Produktionsrythmus), wie das beim CEA geplant wird, Einfluß nehmen könnten. Dies ist die einzige Macht, die man fordern sollte. Es ist wahrscheinlich, daß die Unternehmer die legalisierte Bildung derartiger Räte, die sich unausbleiblich Entlassungen entgegenstellen und die wirkliche Öffnung der Geschäftsbücher fordern werden, nicht so leicht annehmen werden. Die Erfahrungen bei Rhône-Poulenc, C.S.F. und anderen sollten zweifellos ernstlich geprüft werden, denn sie scheinen in diese Richtung zu gehen.

In der öffentlichen Funktion würden die Räte wahrscheinlich den Räten des CEA darin ähnlich sein, daß sie legale Organe der Auseinandersetzung mit der Hierarchie sein würden. Bei den Lehrern können die Lehrer- und Schülerräte, die sich gebildet haben, als eine Variante der Arbeiterräte in den Fabriken bezeichnet werden. Auch dort erfüllen sie Aufgaben als Organe des Kampfes, nicht nur gegen eine bürokratische Hierarchie, sondern auch gegen eine ganze archaische Schulpolitik.
Diese verschiedenen Formen legaler oder nicht legaler Räte, bereits konstituiert oder noch einzusetzen, können sehr schnell der Vorbereitung demokratischer Strukturen dienen, die notwendigerweise die unter de Gaulle errichtete zentralisierte Staatsgewalt schwächen werden. Das

ist eine Konzeption, die völlig verschieden von der „wahren Demokratie“ ist, wie sie uns die KPF vorschlägt. Hier handelt es sich um Formen der Demokratie, die über den Rahmen der bürgerlichen Strukturen, zu denen das parlamentarische System gehört, hinausgehen. Kurz, man wird nicht plötzlich und brutal in die Zeit der Doppelherrschaft kommen, sondern es ist wahrscheinlich, daß man diese Periode der Unsicherheit erst nach zahlreichen Versuchen, Räte oder Aktionskomitees einzusetzen, die wahrscheinlich von einem Unternehmen zum anderen sehr verschieden sein werden, erreichen wird.

Aber vielleicht muß man den erzieherischen Charakter der Räte betrachten. Zum ersten Mal sieht man die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die nicht organisierten einen Teil der Macht fordern. Jedoch ist niemand wirklich darauf vorbereitet worden. Deshalb muß alles in kürzester Zeit gelernt werden. Der Kampf gegen den Bürokratismus ist eine Lehre, die man machen muß. Bis jetzt hatte man sich jeglicher militanten Aktivität enthalten, weil man die Möglichkeiten nicht sah, die bürokratischen Führungen der Arbeiterbewegung zu verändern. In den Räten mußte man von Anfang an kämpfen. Ein großer Teil der Weisungen, die von der Führung der Bewegung, dem CIC, kamen, wurde von Initiativen beeinflußt, die von unten kamen. Das Nachprüfen des Haushalts ist eine notwendige Lehre. Rechtzeitig die Machenschaften der Direktion des CEA zu erkennen, ist keine Kleinigkeit. Die Erfahrung wird auch auf diesem Gebiet besser. Mehr noch, man muß lernen, die Initiative zu ergreifen und falls ein Arbeiter entlassen wird, mit Autorität dagegen einzuschreiten. Kurz, diese Räte werden zu wahrhaftigen Schulen der Macht auf Betriebsebene, was in der Tat die Betriebsräte (comités d'entreprises) hätten sein müssen.

Als Schule der Macht im Unternehmen erweist sich der Rat als eine ausgezeichnete Schule der Arbeiterdemokratie. An den die Wahlen vorbereitenden Diskussionen muß man teilgenommen haben, um sich darüber Rechenschaft ablegen zu können. In den meisten Fällen hat man nicht weniger als drei Stunden gebraucht, um die Art der Veröffentlichung der Kandidatenliste und den Wahlmodus festzulegen. Das kleinste, unglücklich gewählte Wort ließe einen die Stirn runzeln: Man versuchte zu verstehen, was hinter den Worten verborgen war. Manchmal nahmen diese Debatten einen seltsamen Verlauf. Man stimmte für oder gegen eine geheime Abstimmung über die Anredeform für den Kandidaten. Man hätte den Spaß so weit treiben können, daß man eine geheime Abstimmung für oder gegen die geheime Abstimmung hätte fordern können. Einmal gewählt, mußten die Mitglieder der Räte

in den meisten Fällen dafür sorgen, ihre Wähler über die Diskussionen in den Räten zu informieren. Niemals zuvor hatte man so viele Zettel auf den Anschlagtafeln gesehen: Der Rat versammelte sich an dem und dem Tag zu der und der Stunde, um das und das Problem zu diskutieren: der Rat hat den Bericht irgendeiner Kommission diskutiert; der Rat macht folgende Vorschläge zu dem und dem Thema usw. All das spielt sich ganz offen ab, ausgenommen vielleicht dort, wo sich das leitende Personal, das in der CGC organisiert ist und den Strukturreformen zutiefst feindlich gegenübersteht, dafür entscheidet, alles zu tun, damit der Rat keine Rolle spielt.

Wir müssen festhalten, daß die Sorge um die Demokratie, die in den Räten herrscht, mit der Forderung zusammentrifft, beständig Informationen über das Leben in den Unterabteilungen und Abteilungen zu erhalten. Information ist keine Forderung, die nur dem CEA eigen war. Der Tageszeitung *Le Monde* zufolge hat sich bei Thomson-Houston in Gennevilliers und anderen Unternehmen, besonders in den Spitzenbereichen der Industrie, ein Interesse gleicher Art gezeigt. Das Bemühen, Informationen über die Arbeit einer Unterabteilung, einer Abteilung oder eines Unternehmens zu erhalten, hat einen kleinen Nachteil: Es könnte zur Bildung von Informationsorganen führen, die sehr schnell zu Organen würden, die zunächst unternehmerische Entscheidungen registrieren und später gutheißen würden. Aber die Forschung nach einer beständigen Information über das Wirken einer Abteilung oder eines Unternehmens liegt auch in der Perspektive einer Arbeiterkontrolle der Produktion und davor vielleicht noch in der Perspektive einer kritischen Prüfung der Geschäftsbücher, die zu öffnen die Kapitalisten sich immer geweigert haben.

14

Räte überall

Das ist also unsere Erfahrung. Sie ist noch nicht beendet, doch schon reich an Lehren jeglicher Art. *Als Beitrag zur Ausarbeitung eines Übergangsprogramms zum demokratischen Sozialismus, als Vorbereitung der Arbeiterkontrolle über die Produktion, Schule der Arbeitermacht im Betrieb und als wirkliche Macht auf dem wichtigen Gebiet der*

Beschäftigung. Wir glauben, daß das Experiment der Räte im CEA der Gesamtheit der Arbeiterbewegung nur von Nutzen sein kann. Ein revolutionärer Mai, 10 Millionen Streikende und Barrikaden waren nötig, um zu diesem Erfolg zu kommen. Es ist eine wirkliche Errungenschaft, Ergebnis einer Erhebung ohne Beispiel und eines Kräfteverhältnisses, das für die Arbeiter günstig war. Deshalb wird auch von den Autoritäten alles versucht, um diese Organe einer neuen Macht zu bändigen. Deshalb wird es auch unsere Aufgabe sein, die Räte zu verteidigen und zu fördern.

Die Gefahr einer bürokratischen Degenerierung dieser neuen Organe existiert und könnte eine neue Form der Autorität entstehen lassen, die die unangenehme Eigenschaft hätte, von Arbeitern selbst geschaffen worden zu sein. Alle Maßnahmen, die ergriffen werden, um die Bürokratisierung einzuschränken, sind wichtig. Aber man muß sehr wohl festhalten, daß die beste Garantie gegen eine bürokratische Degenerierung immer noch ist, Versuche dieser Art in allen Administrationen und Fabriken zu vervielfachen. Vom CEA aus gesehen, sollte die Parole für die nächste revolutionäre Welle heißen, überall Räte zu bilden, deren erste Aufgabe es wäre, die Kontrolle über Einstellungen und Entlassungen einzuführen.

Die Erfahrung ist gefährdet. Wir befinden uns in einer Periode, in der die Kapitalisten Mittel und Wege suchen, um die Arbeiterorganisationen in Instrumente ihrer Politik zu verwandeln. Das nennen wir die Integration der Arbeiterbewegung — das nennen sie die „participation" oder noch immer die Verbindung Kapital-Arbeit. Wir stehen heute an einem Punkt, an dem sich die beiden Wege trennen: der erste wird uns zur gaullistischen „participation" führen, der zweite zur Errichtung der Arbeitermacht. Das ist das Kräfteverhältnis, das ermöglichen wird, nicht vom Wege abzukommen.

Aber werden wir das nächste Mal kämpfen? Zur Stunde, wo wir diese Zeilen schreiben, fragen sich Zehntausende von Arbeitern, was man nach der Rückkehr aus den Ferien im September machen wird. Man fängt wieder an oder auch nicht; in jedem Fall ist man sicher, daß die nächsten Zusammenstöße viel schwerer als die vom Mai sein werden! Allgemein glaubt man, daß Flins und Sochaux nur ein Vorgeschmack waren. Wenn wir uns vornehmen, mit den Kapitalisten um die Macht zu kämpfen, die sie in den Fabriken haben, so werden wir viel zu tun haben.

Diese Schlußfolgerung ist nicht richtig. Gegen Räte in jeder Fabrik, jeder Schule, jeder Oberschule, jeder Behörde und in jedem Stadtviertel

vermag keine Polizei, so wild sie auch sein mag, etwas auszurichten. Die gaullistische Macht hat nur einen Aufschub erreicht. Ihre Schwächen und ihre Unfähigkeit, die Probleme dieses Landes dauerhaft zu lösen und die Krise, die unter denen herrscht, die diese Macht unterstützen, all das erlaubt großen Optimismus. Deswegen ist das Infragestellen der herrschenden Kräfte und ihre Ersetzung durch Organe einer demokratischen Arbeitermacht möglich.

Das ist das Ziel, das wir erreichen müssen. Folglich geht der Kampf weiter.

12. Juli 1968

Action
Zeitschrift der revolutionären Studentenbewegung, die erstmals im Mai 1968 erschien. Veröffentlicht durch ein Aktionskomitee mit Unterstützung von UNEF, SNEsup, Comités d'Action Lycéens. Verantwortlich Jean-Pierre Vigier.

Barjonet, André
Leitendes Mitglied der CGT, das im Mai 68 aus Protest gegen die opportunistische Politik der Gewerkschaft zurücktrat.

Brigades Spéciales
Sondereinheit der Polizei

La Cause du Peuple
Zeitschrift der (pro-chinesischen) U.J.C.M.L. (Union des Jeunesses Communistes Marxistes-Léninistes) und der P.C.F.M.L. (Parti Communiste Français Marxiste Léniniste). Im Juni 68 verboten. Die U.J.C.M.L. wurde im November 1966 nach einer Spaltung der Union des Étudiants Communistes, des Studentenverbandes der KPF, gegründet.

CEA
Commissariat à l'Energie Atomique, Französische Atomernergiebehörde, der auch das Forschungszentrum in Saclay unterstellt ist.

CENS
Centre d'Etudes Nucléaires (Saclay), Kernforschungszentrum in Saclay.

CFDT
Confédération Francaise Démocratique du Travail. Ehemals christlicher Gewerkschaftsbund (CFTC), der 1919 gegründet wurde und sich 1964 spaltete, als die Mehrheit beschloß, das „christlich" in „demokratisch" umzuwandeln.

CFTC
Confédération Française des Travailleurs Chrétiens. Christlicher Gewerkschaftsbund.

CGC
Confédération Générale des Cadres. Gewerkschaftsorganisation der Angestellten.

CGT
: Confédération Générale du Travail. Der KPF nahestehender größter französischer Gewerkschaftsbund mit über 1,5 Millionen Mitgliedern, dessen reformistische Führung im Mai 68 scharfen Angriffen seitens der Studentenbewegung und vieler Arbeiter ausgesetzt war.

CNRS
: Centre National des Recherches Scientifiques. 1945 als staatliches Forschungszentrum gegründet.

CRS
: Comagnies Républicaines de Sécurité die besonders zur Bekämpfung von Unruhen eingesetzt werden und maßgeblichen Anteil an der Unterdrückung der Maibewegung hatten.

DAM
: Direction des Applications Militaires. Militärischer Forschungsbereich.

DST
: Direction de la Sécurits,e du Territoire. Staatssicherheitsdienst.

Les Enragés
: Die Enragierten, die Zornigen. Bezeichnung für die politisch engagierten Jugendlichen (historisch bezeichnet der Begriff die am weitesten links stehende Gruppierung der französischen Revolution von 1789). Im Mai 68 erschien eine satirische Zeitschrift *L'Enragé*, herausgegeben von J.J. Pauvert.

FO (CGT-FO)
: Force Ouvrière. Der SFIO nahestehende sozialdemokratische Gewerkschaft.

Gardes-mobiles
: Polizeitruppe

Grimaud, Maurice
: Polizeipräfekt von Paris, der für den Polizeieinsatz gegen die demonstrierenden Arbeiter und Studenten verantwortlich war.

L'Humanité
: Offizielles Parteiorgan der KPF.

Intersyndikale
: Intergewerkschaftliches Verbindungskomitee, das die verschiedenen Richtungsgewerkschaften lose miteinander verbindet, ohne einen nennenswerten Einfluß auf die Politik der einzelnen Gewerkschaftsbünde auszuüben.

JCR

Jeunesse Communiste Révolutionnaire. Mit der IV. Internationale verbundene (trotzkistische) Jugendorganisation, die im Juni 1968 verboten wurde.

PAC

Protocol d'accord collectif. Kollektivvertrag.

PSU

Parti Socialiste Unifié. Kleine linkssozialdemokratische Partei, die in den Maitagen als einzige der linken Parteien die Studentenbewegung weitgehend unterstützte und bei den Wahlen zur Nationalversammlung ihre Stimmenzahl verdoppeln konnte, wegen des Mehrheitswahlrechts jedoch keinen ihrer drei Abgeordneten wieder ins Parlament brachte. Vorsitzender Pierre Mendes France.

Renseignements Généraux

Französicher Nachrichtendienst.

Révoltes

Mit dem OCI (Organisation Communiste Internationaliste) verbundene trotzkistische Jugendorganisation, deren Zeitschrift den gleichen Namen trug. Im Juni 1968 verboten.

Waldeck-Rochet

Vorsitzender der Kommunistischen Partei Frankreichs.

Séguy, Georges

Generalsekretär der kommunistischen Gewerkschaft CGT. Im Mai und Juni wurde er wegen seines offenen Widerstandes gegen die Studentenbewegung und seiner Versuche, den Generalstreik abzuwürgen, scharf angegriffen.

Voix Ouvrière

Wochenzeitung der revolutionären trotzkistischen Organisation Union Communiste, im Juni 1968 verboten.

Erläuternde Einführungen zu Gramsci 1919 – 1920

Der Wendepunkt der russischen Revolution und die Nachwirkungen des ersten Weltkriegs verwandelten West- und Osteuropa nach 1918 in ein Gebiet politischer Gärung und Unruhe, wie seither keines mehr entstand. Eine Welle von politischen Erhebungen und von Revolten im Bereich der industriellen Produktion erfaßte den ganzen Kontinent: Es war die Zeit des Aufstands von Berlin, der Münchener Räterepublik, der Kommune von Budapest, des Wiener Generalstreiks und der Fabrikbesetzungen in Turin. Einige Jahre schien es, als stehe das ganze kapitalistische System kurz vor einem revolutionären Umbruch. Die hervorstechendsten Episoden dieser internationalen Empörung waren u.a. der Januaraufstand 1919, in dem Luxemburg und Liebknecht ermordet wurden, das Abenteuer, dem Dimitrov entfliehen konnte, und das Debakel der proletarischen Macht, das Lukácz für dreißig Jahre ins Exil trieb. Aber der theoretisch bestfundierte Massenkampf war der der jungen Arbeiterklasse Turins, die nach Alter und Zusammensetzung der von Petersburg so sehr ähnelte (Fiat/Putilov). Antonio Gramsci, von 1919 bis 1920 Herausgeber von „L'Ordine Nuovo", war der Sprecher dieser Massenbewegung. Gramscis frühe Schriften über Arbeiterräte, Gewerkschaften, Parteien und Staat sind Ausdruck der revolutionären Unruhe Norditaliens nach 1918.[1)]

Gramsci war 28, als er zusammen mit Palmiro Togliatti die Kontrolle über die neugegründete Wochenzeitung „L'Ordine Nuovo" übernahm. Sofort, am 20.Juni 1919, veröffentlichte er einen Leitartikel, der die Gründung von Fabrikräten in Turin forderte. Der Titel – Democrazia Operaia – war schon ein Programm. Gramsci setzte sich darin ein für die Umwandlung der Betriebskommissionen, die in der Turiner Industrie seit Italiens Eintritt in den ersten Weltkrieg bestanden, mit ihren eng begrenzten Kompetenzen, in demokratische Arbeiterräte, die alle Arbeiter jeder Fabrik umschließen sollten. Seine Aufforderung stieß auf sofortigen begeisterten Widerhall: Innerhalb von sechs Monaten, bis Dezember 1919, waren 150 000 turiner Arbeiter in Räten organisiert. Selten in der Geschichte der sozialistischen Bewegung wurde die theoretische Initiative eines Intellektuellen (Gramsci war damals noch kein politischer Führer) so unverzüglich und massiv von der Industriearbeiterschaft aufgenommen. Die Fabrikräte bestanden aus Kommissa-

ren, von denen jedes Arbeitsteam in der Fabrik einen wählte. Sie waren, wie die Repräsentanten in der Pariser Kommune, durch Abstimmung jederzeit absetzbar. Die demokratische Kontrolle der Arbeiter über ihre eigenen Räte wurde explizit verstanden als Gegenkraft zu den in ihrem Handlungsrahmen beschränkten und bürokratisierten Gewerkschaften. Grundlegende Aufgabe der Arbeiterräte war es, in den Fabriken eine Arbeitermacht aufzubauen und den Aufbau einer revolutionären Kultur der Produzenten miteinzuleiten – beides im Sinne der Vorbereitung auf den nationalen Sieg des Proletariats. Schon bald bewiesen die Räte ihre Energie und ihre Bereitschaft, sich im Klassenkampf aktiv einzusetzen.
Im März 1920 beschlossen die italienischen Arbeitgeber, den Allgemeinen Verband der Industrie (Confindustria) wiederzugründen, um Kräfte für die Unterdrückung der Arbeiterbewegung zu mobilisieren; sein Geschäftsführer Olivetti erklärte, die Räte müßten zerstört werden. Man ließ Truppen aufmarschieren und Turin einschließen. Einen Monat danach benutzten die Arbeitgeber einen Konflikt bei Fiat über die Einführung der Sommerzeit (Stundenvorverlegung) als Vorwand für eine Aussperrung. Sodann machten sie die Rückführung der Räte auf den alten Status der Betriebskommissionen zu einer der Bedingungen für die Aufhebung der Aussperrung. Angesichts dieses klaren Versuchs, die Basis der Massenmilitanz in der Stadt zu zerschlagen, erklärten die turiner Arbeitskammer, die Gewerkschaft der Maschinenbauer (FIOM) und die Sozialistische Partei (PSI) den Generalstreik. 500 000 Industrie- und Landarbeiter brachen die Arbeit ab, ganz Piemont kam zum Stillstand. Aber die nationale Führung der PSI und der Arbeiterkonföderation (CGL) weigerten sich, den Streik zu unterstützen; deshalb konnte er die provinziellen Grenzen nicht überspringen. Nach elf Tagen sah sich die turiner Arbeiterklasse gezwungen, ihre Niederlage einzugestehen, und die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Doch damit waren die Fabrikräte nicht abgeschafft, wie es die Unternehmer geplant hatten.
Vier Monate später wurde der Kampf, diesmal in noch größerem Maßstab, wieder aufgenommen. Am 16.August befahl die Gewerkschaft der Maschinenbauer eine Fabrikbesetzung, als die Unternehmer die Tarifgespräche abbrachen. Das war in Italien eine neue Waffe. Die Arbeitgeber reagierten äußerst heftig. Alfa Romeo gab das Zeichen und befahl als Gegenmaßnahme die Aussperrung. Die Arbeiter okkupierten dennoch sofort die Fabrik und in ganz Mailand folgten Arbeiter ihrem Beispiel. Zwei Tage später, am 1. September 1920, waren auch die großen metallverarbeitenden Fabriken in Turin besetzt. Dann ergriff die

Bewegung fast die ganze italienische Schwerindustrie und einige Bereiche der Leichtindustrie. Turin wurde rasch zum Herzen der Bewegung, die den Charakter einer Herausforderung der gesamten kapitalistischen Gesellschaft annahm. Die Fabrikräte kontrollierten die Produktion innerhalb der Fabrik und schützten das Werk vor Gegenangriffen, indem sie Rote Garden aufstellten. Man unternahm große Anstrengungen, um die Produktion aufrechtzuerhalten. In Turin gab es Zusammenstöße zwischen bewaffneten Arbeitern und den städtischen Sicherheitskräften. Offensichtlich war auf nationaler Ebene die Machtfrage gestellt worden.

Auf diesem Höhepunkt sozialer Krise und massenhafter Erhebung der Arbeiterklasse gab die CGL die Verantwortung für alle Entscheidungen an die Sozialistische Partei ab. Die Sozialistische Partei dankte gleichfalls praktisch ab, indem sie die CGL aufforderte, eine Abstimmung unter ihren Mitgliedern durchzuführen, ob sie sich für Verhandlungen oder sofortige Schritte, die zur Revolution führen könnten, entscheiden wollten. Die Befragung wurde durchgeführt und bestätigte, wie zu erwarten war, die offizielle Verhandlungspolitik der CGL — wenn auch nur mit knapper Mehrheit. Man gelangte zu einem ökonomistischen Ausgleich mit den Arbeitgebern — nicht zuletzt durch die Vermittlerrolle von Premierminister Giolitti, der sogar darauf bestand, daß dem Parlament ein Gesetz vorgelegt wurde, das das „Prinzip" der Arbeiterkontrolle gesetzlich garantierte. 2) Zwischen dem 25. und dem 30. September ging die Welle der Besetzungen zurück. Die italienische Arbeiterklasse, die im entscheidenden Moment des Kampfes bewußt von ihrer Partei im Stich gelassen worden war, und zwar zugunsten eines heuchlerischen Wahlmechanismus, hatte eine katastrophale Niederlage erlitten. Die italienische Bourgeoisie war der Begeisterung und Macht dieser Klasse begegnet, war aber intakt geblieben. Die ungeheure soziale Angst, die dieses Erlebnis hervorbrachte, produzierte den Faschismus. Mussolonis Bewegung wurde sofort nach dem Ende der Besetzungen eine wichtige politische Kraft.

Die Parallele zwischen dem Schicksal der großen Besetzungswelle in Italien und dem der Besetzungen in Frankreich 1968 braucht nicht besonders herausgearbeitet zu werden: sie ist bitter deutlich. Gramscis Aufsätze aus jenen kritischen Jahren gewinnen nach den Ereignissen vom Mai 1968 eine besondere neue Aussagekraft. Sie verdienen es, daß sich die ganze revolutionäre Linke gründlich mit ihnen beschäftigt. Gramscis Gedanken waren 1920 noch nicht ausgereift. Es wird sich zeigen, daß die Aufsätze aus dieser Periode gravierende Fehler enthal-

ten. Aber sie sind ein unübertroffenes Dokument der Massenkämpfe jener Zeit und schneiden Fragen an, die für eine gegenwärtige marxistische Theorie der sozialistischen Revolution im Westen von zentraler Bedeutung sind. Diese Essays waren die praktisch-theoretische Vorstufe zum reifen Gramsci der „Aufzeichnungen aus dem Gefängnis". Der Bruch, den das spätere Werk scheinbar bedeutet, vollzieht sich in einem theoretischen Rahmen, den die frühen Aufsätze schon skizziert hatten.

Gramscis turiner Texte konzentrieren sich auf das Problem der Demokratie innerhalb der Arbeiterklasse und des sozialistischen Staats. Er betrachtete die Fabrikräte als lokales Modell der zukünftigen Diktatur des Proletariats: italienische Sowjets, die schon anfangen konnten, ihre Macht innerhalb der Industrie auszudehnen. Grundlage dieser Theorie war seine Unterscheidung zwischen Partei und Gewerkschaft einerseits als freiwilligen bzw. vertraglich bestimmten Organisationen, die die Spitze der Arbeiterklasse versammelten, und dem Staat als universeller Verbindung aller Produzenten andererseits. Ein Arbeiter mußte eine Entscheidung treffen, um Mitglied der ersteren zu werden — Teilnehmer des Staates war er automatisch. Gramsci bestand darauf, daß die Räte in Turin alle Arbeiter umschlossen, gleich welcher politischen Organisation sie angehörten, welche Anschauungen sie hatten, und bekämpfte alle Tendenzen, die Anarchisten, den traditionellen Feind der Sozialistischen Partei Italiens, auszuschließen. Die Satzung der Räte war von dieser konsequenten Auffassung proletarischer Demokratie geprägt: Die jederzeit widerruflichen Mandate, wie Marx sie an der Pariser Kommune gepriesen und Lenin in „Staat und Revolution" gebilligt hatte, erhielten jetzt praktische Form. Gramscis Betonung dieses Prinzips ist eine Unterstreichung der Autonomie und Kreativität der Arbeiterklasse, die in seinen Augen potentiell die bürokratisierte Routine des Trade-Unionismus weit überflügeln konnte. Diese Kreativität, wie sie in den Räten verkörpert war, äußerte sich für Gramsci in vier voneinander unterschiedenen, aber gleichzeitigen Erscheinungen:

1. Sie trat zutage als stürmische politische Militanz in dieser Form des Klassenkampfs gegen den Kapitalismus, eine Militanz, die ständig dahin tendierte, die Grenzen gewerkschaftlicher Forderungen zu überschreiten und die Frage der Revolution aufzuwerfen. „Der Fabrikrat tendiert aufgrund seiner revolutionären Spontaneität dahin, jeden Augenblick den Klassenkrieg zu entfesseln; die Gewerkschaft tendiert wegen ihrer bürokratischen Struktur dahin, die Entfesselung des Klassenkriegs nicht zuzulassen."[3]

2. Sie war der Beginn der Aufhebung entfremdeter Arbeit und der Entfremdung vom Produkt innerhalb der Fabrik. „Indem sie diesen repräsentativen Apparat aufbaut, enteignet die Arbeiterklasse in Wirklichkeit die erste aller Maschinen, das wichtigste Produktionsinstrument: die Arbeiterklasse selbst nämlich, die zu sich selbst gefunden, das Bewußtsein ihrer organischen Einheit erlangt hat und sich geschlossen dem Kapitalismus widersetzt."[4] Gramsci greift hier offensichtlich das Problem der „Entfremdung" und ihrer Überwindung auf, zu einem Zeitpunkt, wo Marx' Frühschriften in Europa praktisch unbekannt waren; außer ihm sollte nur Lukácz eine vergleichbare Theorie entwickeln – ein Jahr später. So betonte Gramsci ständig „das freudige Bewußtsein" von „nützlicher Arbeit, die der Produktion sozialen Reichtums dient, ohne an private Interessen gebunden zu sein", wodurch die Arbeiterklasse ihre „Souveränität" und „ihre Macht und Freiheit als treibende Kraft der Geschichte" bestätigte.

3. Gramsci betonte jedoch nicht nur die Funktion der sozialistischen Revolution als Triumph über die Entfremdung; er sah auch explizit in der Arbeiterklasse die grundlegende „Produktivkraft", die von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen an ihrer Entfaltung gehindert wird. Die Bedeutung dieser Gleichsetzung ist heute offensichtlich, wo eine wichtige Strömung marxistischer Theorie den „Objektiven Widerspruch" (Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse: ökonomische Krise) scharf vom „subjektiven Widerspruch" (Bourgeoisie/Proletariat: Klassenkampf) trennt und die Ansicht vertritt, einer der beiden Widersprüche könne wirksam werden, während der andere nur latent bleibe, und umgekehrt.[5] Gramscis Ansicht dagegen ist, daß die „neuen Produktivkräfte" das seien, „was wir unter dem Ausdruck „Proletariat" zusammenfassen" und daß deshalb „die schnellste Entfaltung" der Revolution gleichzeitig die „größte Befreiung" dieser Produktivkräfte sei. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß 50 Jahre später, nach einer langen Unterbrechung, die große Bewegung der Fabrikbesetzungen in Frankreich wieder die Identifikation der Arbeiterklasse mit der fundamentalen Produktivkraft hervorbrachte. Glucksmann findet in „Stratégie et Revolution en France 1968" – einem der wichtigsten theoretischen Werke, die bisher aus den französischen Ereignissen hervorgegangen sind – spontan die gleiche Sprache: Die Arbeiter und Studenten auf den Barrikaden repräsentieren „die Revolte der Gesamtheit moderner Produktivkräfte gegen die bürgerlichen Produktionsverhältnisse".[6]

4. Schließlich erfüllten die Räte noch eine Funktion, die in Gramscis Konzeption einer „Neuen Ordnung" ihren Ausdruck fand. Dieses

charakteristische Thema, von dem auch seine Wochenzeitung den Namen erhielt, blieb für den späteren Gramsci eine zentrale Frage. Das Proletariat mußte „zwei Revolutionen" vollbringen – eine zur Zerstörung des bürgerlichen Staats, die andere zum Aufbau eines freien sozialistischen Systems. Die zweite Aufgabe war die schwerere, wie die vorangegangenen tragischen Niederlagen in Bayern und Ungarn bewiesen. Die italienische Arbeiterklasse mußte deshalb ab sofort beginnen, sich auf ihre Rolle als zukünftige herrschende Klasse, als Erbauerin einer noch nie dagewesenen Gesellschaft, vorzubereiten. Die Räte mußten ihre Lehrstellen sein. Sie waren ein System von „Arbeiterdemokratie", das „eine großartige Schule politischer und administrativer Erfahrung" sein sollte, was „den Massen dauerhafte Organisation und Disziplin geben könnte."[7] Die Erfahrung mit der Macht in der Fabrik hatte also, im weitesten und tiefsten Sinn des Wortes, eine kulturelle Funktion, indem sie die Vorbereitung und Erziehung der Arbeiterklasse für ihre ungeheuren Aufgaben trug.

Auslösung der Revolution, Aufhebung der entfremdeten Arbeit, Freisetzung der Produktivität und Vorbereitung auf die Handhabung der Macht – der Fabrikrat verband alle diese Momente, Gramscis Programm war neu und kraftvoll. Aber bald ergab sich durch die Tatsachen die Notwendigkeit zu tiefgreifender Kritik.

1919 stellte Gramsci den Arbeiterrat der Partei entgegen: der Rat war die allein angemessene „Form des revolutionären Prozesses". Gramscis Haltung gegenüber der Partei war damals stark beeinflußt von seinen Erfahrungen mit der PSI, der er angehörte, und dem Beispiel der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten. Die PSI hatte sich 1914 nicht durch den Sozialchauvinismus der übrigen europäischen Sozialdemokratie kompromittiert und ging stärker als je zuvor aus dem Krieg hervor. Aber sie war nie in eine revolutionäre Partei verwandelt worden, sondern beschränkte ihre Aktivität auf parlamentarische Agitation und Propaganda. Die deutsche und die österreichische Sozialdemokratie andererseits, die beide den imperialistischen Krieg unterstützt hatten, würgten nach dem Krieg bewußt die revolutionäre Erhebung der Arbeiter- und Soldatenräte ab, indem sie sie von oben her übernahmen und zu Werkzeugen ihrer bürokratischen Intentionen machten – ein Prozeß, den die geschicktere österreichische Partei besonders perfekt durchführte. Gramscis Ziel war, eine Wiederholung dieser Entwicklung in Italien zu verhindern. Daher seine eindringliche Warnung vor jeglicher Beeinflussung der Fabrikräte durch Partei oder Gewerkschaften. Gleichzeitig ist offensichtlich, daß die einzige positive

Aufgabe, die er sich für eine sozialistische Partei vorstellen konnte, lediglich ein idealisiertes Abbild der damaligen Praxis der PSI war. So vertrat er die Meinung, die Partei sei (wie auch die Gewerkschaft) ein Produkt des Kapitalismus — eine auf Wettbewerb abgestellte Organisation, den Mechanismen einer Tauschgesellschaft angepaßt, deren politische Form die parlamentarische Demokratie war. Auf diesem Kampffeld war ihre grundlegende Funktion eine ideologische: sie sollte gewissermaßen eine „geistige Regierung", eine „Ausstrahlungssonde von Prestige" sein — nicht eine harte politische Kampforganisation. Die völlige Unangemessenheit dieser Konzeption erwies sich bald: Die spontane Welle der Fabrikbesetzungen von 1920 führte in Italien zu einer revolutionären Lage. Aber es gab keine revolutionäre *Partei*, keine dynamische und disziplinierte Avantgarde, wie sie allein hätte die Macht ergreifen und den bürgerlichen Staat zerstören können. Der Zusammenbruch der PSI im Moment der Krise ließ deutlich die Unfähigkeit der Fabrikräte hervortreten, die Revolution aus eigener Kraft durchzuführen, obwohl Gramsci geglaubt hatte, sie seien die „wahre Form". Es zeigte sich, daß Gramsci das Problem des sozialistischen Staates *nach* der Revolution vermischt hatte mit der Frage der Organisierung der Arbeiterklasse *vor* der Revolution. Die Illusion, daß man tragende ökonomische Macht erreichen könne, bevor man die *politische* Macht auf nationaler Ebene ergriffen habe, zerplatzte unter dramatischen Umständen. Der theoretische Irrtum in Gramscis Konzeption konkretisierte sich ironischerweise. Die Arbeiter bemühten sich im September 1920 vor allem um die Aufrechterhaltung der Produktion in den von ihnen besetzten Fabriken (ein ohnehin unmöglich zu erfüllendes Vorhaben), um ihre technische Fähigkeit als „fortgeschrittenste Produktivkraft" zu beweisen. Ihnen solch ein Ziel zu setzen, war im Moment der Krise völlig irrelevant. Sie hätten sich stattdessen auf den bewaffneten Straßenaufstand vorbereiten müssen. Eine Theorie des *Aufstands* ist in der Tat das fehlende Glied aller frühen Schriften Gramscis. Er widmete der Frage nur einen Aufsatz — „Zur Frage der Gewalt" — in dem diese zentrale Schwäche deutlich zum Ausdruck kommt. Denn Gramsci sah das ganze Problem als eines, das außerhalb des Kampfes der Arbeiterklasse stand und verlegte es auf die Schultern der anarchistischen Bauernschaft. Sie allein, schrieb er, könne die Militärmacht des kapitalistischen Staats schlagen und zerstreuen und so der Arbeiterklasse die Möglichkeit geben, die Macht in den Städten zu übernehmen. Diese bequeme Lösung, die auf einer inadäquaten Analogie zur russischen Revolution beruhte, stellte ein Ausweichen vor einer

verantwortungsvollen Frage dar. Es entsprach Gramscis damaliger Auffassung von der Partei, daß er in diesem Aufsatz von ihr nur verlangte, sie solle im Parlament Fragen über Truppenbewegungen vorbringen, statt sie aufzufordern, einen geplanten Griff nach der Macht durchzuführen, um die Konterrevolution abzuschlagen. Gramsci, der noch keine Gelegenheit gehabt hatte, viel Lenin zu lesen (was er in seiner späteren Kritik der PSI bedauerte), hatte damals Lenins zentrale Maxime für eine revolutionäre Partei, wie sie schon in „Was tun" expliziert war, noch nicht begriffen, nämlich daß die Partei „zu allem bereit" sein mußte, vor allem „zur Vorbereitung, Zeitbestimmung und Durchführung der *nationalen bewaffneten Erhebung.*"

Die Niederlage der turiner Besetzungen im September 1920 führte Gramsci diese Lehre eindringlich vor Augen. Nach dieser Erfahrung änderten sich sein Leben und seine Arbeit. Seine unmittelbare Reaktion auf die Fehler des Programms für die Fabrikräte war ein wilder Jakobinismus, dessen Inhalte an die Provinzialbevollmächtigten der öffentlichen Sicherheit während der französischen Revolution erinnerten, die mit absoluten Vollmachten ausgestattet waren und schwer bestraft wurden, wenn sie bei ihren Aufgaben versagten: „Eine revolutionäre Bewegung muß auf einer revolutionären Avantgarde beruhen, und muß ohne vorherige Konsultationen, ohne den Apparat repräsentativer Organe, geführt werden. Die Revolution gleicht einem Krieg; sie muß von einem proletarischen Generalstab exakt vorbereitet werden, genau wie ein Krieg vom Generalstab der Armee; Versammlungen können nur billigen, was schon stattgefunden hat, die Erfolgreichen bestätigen und die Erfolglosen mitleidslos bestrafen". Von jetzt an konzentrierten sich alle Energien und Überlegungen Gramscis auf das Problem der Schaffung einer revolutionären Partei. Die letzten beiden hier veröffentlichten Aufsätze bezeichnen die entscheidende Entwicklung zu einer leninistischen Problemstellung, die praktisch darin ihren Ausdruck fand, daß Gramsci sich an der Gründung der Kommunistischen Partei Italiens auf dem Kongress von Livorno beteiligte und später die Führung der Partei als der italienischen Sektion der Dritten Internationale übernahm.

Gramsci gab seinen Glauben an die Demokratie innerhalb der Arbeiterklasse niemals auf, ebensowenig wie Lenin dies tat, als er „Was tun" schrieb, die Einleitung und Ergänzung zu seiner Forderung nach radikaler Volksdemokratie von unten, wie er sie in „Staat und Revolution" geäußert hatte. Aber nach den turiner Erfahrungen verstand Gramsci die dialektische Bedingtheit dieser Forderung. Er

glaubte nicht mehr an einen unmittelbaren Übergang von Fabrikräten zum sozialistischen Staat. Jetzt trat die Partei dazwischen, die als einzige die Revolution *machen* konnte. Die Rolle der Bauern wurde in seinen späteren Arbeiten neu formuliert — sie wurde als neuer historischer Block angesehen. Die Konzentration auf Fragen der proletarischen Demokratie führte zu bitterer Kritik am bürokratischen Zentralismus. Die Kreativität und Autonomie der Arbeiterklasse fanden einen neuen Stellenwert in einem Konzept, das den früheren Schriften völlig gefehlt hatte: dem der Hegemonie. Alle diese Vorstellungen standen unter der Ägide einer allgemeinen Theorie der marxistischen Partei. In Gramscis voll entwickelter Theorie von nach 1921 steht immer die *Politik* im Vordergrund, jene Politik, die, so schrieb er, immer „ein militärisches Substrat" hat. Die Lehren, die er aus seinen Erfahrungen zog, sind noch nicht widerlegt worden.

Anmerkungen

1) Zur weiteren Lektüre:
   a) Ausgaben: Antonio Gramsci, Philosophie der Praxis — eine Auswahl, Fischer 1967.
   Bei Giulio Einaudi, Turin, ist eine Gesamtausgabe in 12 Bänden erschienen, die 1968 abgeschlossen wurde.
   b) Sekundärliteratur: „Antonio Gramsci and the origines of Italian Communismn", John M. Cammet, Stanford University Press 1967
   John Merrington — Essay über Gramsci, in „Socialist Register 1968".
   Giuseppe Fiori — „Vita di Antonio Gramsci", Laeterza 1966
   Weitere Literaturangaben in der oben angeführten Fischer-Auswahl.
2) Vgl. de Gaulles Befürwortung einer „participation" der Arbeiter.
3) Vgl. weiter unten: Gewerkschaften und Räte.
4) Vgl. weiter unten: Der Fabrikrat.
5) Maurice Godeliers „Rationalité et Irrationalité en Economie" ist die extremste Version dieser Argumentation.
6) „Stratégie et Revolution en France 1968" André Glucksmann p 128
7) Vgl. weiter unten: Arbeiterdemokratie.

Ein brennendes Problem stellt sich heute jedem Sozialisten, dem das historische Verantwortungsbewußtsein gegenwärtig ist, das der Arbeiterklasse zufällt und der Partei, die das kritische und wirksame Bewußtsein dieser Klasse repräsentiert.
Wie lassen sich die ungeheuren sozialen Kräfte beherrschen, die der Krieg entfesselt hat? Wie kann man sie disziplinieren und ihnen eine politische Form geben, die in sich bereits die Möglichkeit enthält, sich normal zu entwickeln, sich ständig zu integrieren, bis sie das Gerüst des sozialistischen Staates wird, der die Diktatur des Proletariats verkörpert? Wie läßt sich das Gegenwärtige mit dem Zukünftigen verbinden, wie lassen sich die dringenden Bedürfnisse des Gegenwärtigen befriedigen und gleichzeitig die notwendigen Arbeiten leisten zur Schaffung und „Antizipierung" des Zukünftigen?
Dieser Artikel ist gedacht als Anreiz zum Nachdenken und Handeln; er soll eine Aufforderung sein an die besten und bewußtesten Arbeiter zur Reflexion und zu gemeinsamer Arbeit an der Lösung des Problems, die jeder innerhalb seines Kompetenzbereiches und seiner Aktionen leisten kann, um die Aufmerksamkeit der Genossen und Organisationen auf die Ziele zu lenken. Nur aus einer gemeinsamen und solidarischen Aufklärungs- Überzeugungs- und gegenseitigen Erziehungsarbeit kann konkretes, konstruktives Handeln entstehen.

Potentiell existiert der sozialistische Staat bereits in den charakteristischen Trägern des sozialen Lebens der ausgebeuteten Arbeiterklasse. Zwischen ihr und diesen Trägern eine Verbindung herzustellen, sie zu koordinieren und in eine Kompetenz- und Machthierarchie einzuordnen, sie stark zu zentralisieren und dabei doch die notwendige Autonomie und eigene Artikulierungsfähigkeit zu respektieren, bedeutet bereits jetzt eine wirkliche Arbeiterdemokratie schaffen, die eine wirksame und aktive Gegenposition zum bürgerlichen Staat darstellt und die darauf vorbereitet ist, den bürgerlichen Staat bereits zu ersetzen in allen seinen grundlegenden Funktionen der Leitung und Beherrschung des Volksvermögens.
Die Arbeiterbewegung wird heute von der Sozialistischen Partei und der Arbeiterkonföderation [1] geleitet; für die große Masse der Arbeiter wird aber die soziale Macht der Partei und der Konföderation indirekt

ausgeübt, durch Prestige und Begeisterung, durch autoritären Druck, ja sogar durch Trägheit. Das Prestige der Partei wächst täglich, es erreicht bisher unerforschte Bevölkerungsschichten, weckt in Gruppen und Individuen, die bisher nicht am politischen Kampf teilgenommen haben, Zustimmung und den Wunsch für die Verwirklichung des Kommunismus zu arbeiten. Es ist notwendig, diesen ungeordneten und chaotischen Energien Form und eine permanente Disziplin zu geben, sie zu absorbieren, zusammenzusetzen und zu verstärken und aus der proletarischen und halbproletarischen Klasse eine organisierte Gesellschaft zu machen, die sich erzieht, die Erfahrungen sammelt und ein Bewußtsein erlangt, das sich verantwortlich fühlt für die Pflichten, die den an die Macht gekommenen Klassen zufallen.
Die Sozialistische Partei und die professionalen Gewerkschaften können die gesamte arbeitende Klasse nur durch die fortgesetzte Arbeit von Jahren und Jahrzehnten absorbieren. Sie lassen sich nicht unmittelbar mit dem proletarischen Staat identifizieren; in den kommunistischen Staaten bleiben sie auch tatsächlich weiter unabhängig vom Staat bestehen, sie haben die Funktion des Antriebes (die Partei) oder der Kontrolle und Teilrealisierung (die Gewerkschaften). Die Partei muß weiterhin das kommunistische Erziehungsorgan bleiben, der Herd des Glaubens, die Verwahrerin der Doktrin, die oberste Macht, die die organisierten und disziplinierten Kräfte der Arbeiter- und Bauernklasse harmonisiert und zum Ziel führt. Eben weil sie diese Aufgabe streng durchführen muß, kann die Partei ihre Türen nicht der Invasion neuer Anhänger aufstoßen, die nicht geübt sind in Verantwortlichkeit und Disziplin.
Aber das soziale Leben der arbeitenden Klasse ist reich an Trägern, es artikuliert sich in zahlreichen Aktivitäten.
Diese Träger und Aktivitäten müssen entwickelt, umfassend organisiert und verknüpft werden in einem breiten und beweglich gegliederten System, das die gesamte arbeitende Klasse absorbiert und diszipliniert.

Die Fabrik mit ihren Betriebskommissionen,[2] die sozialistischen Zirkel und die Bauernorganisationen sind die Zentren des proletarischen Lebens, in denen unmittelbar gearbeitet werden muß.
Die Betriebskommissionen sind Organe der Arbeiterdemokratie, die von den durch die Unternehmer auferlegten Beschränkungen befreit werden und denen neues Leben und Energie eingeflößt werden müssen. Die Betriebskommissionen schränken heute die kapitalistische Macht in der Fabrik ein, sie üben schiedsgerichtliche und disziplinierende Funktionen

aus. Entwickelt und bereichert, müssen sie morgen Organe proletarischer Macht werden, die den Kapitalisten in allen seinen nützlichen Führungs- und Verwaltungsfunktionen ersetzen.
Schon jetzt sollten die Arbeiter große Versammlungen veranstalten und die besten und bewußtesten Genossen als Delegierte wählen unter dem Motto: „Alle Macht in der Fabrik den Fabrikräten" und „Alle Macht im Staat den Arbeiter- und Bauernräten".
Für die in der Partei und in Stadtteilgruppen organisierten Kommunisten würde sich ein weites Feld konkreter revolutionärer Propaganda öffnen. Die Stadtteilgruppen müßten im Einvernehmen mit den Stadtsektionen die vorhandenen Kräfte der Arbeiterklasse des Gebietes überblicken und Sitz des Stadtteilrates der Fabrikdelegierten, das Nervenzentrum, das alle proletarischen Energien des Stadtviertels vereint und konzentriert, werden. Je nach Größe der Fabrik könnte das Wahlsystem variieren; man müßte jedoch versuchen, für jeweils fünfzehn nach Abteilungen eingeteilte Arbeiter einen Delegierten wählen zu lassen (wie in den englischen Werkstätten) und durch stufenweise Wahlen allmählich zu einem Komitee von Fabrikdelegierten kommen, das Vertreter aller Arbeitsbereiche (Arbeiter, Angestellte, Techniker) umfaßt. Man müßte versuchen, in das Stadtteilkomitee auch Delegierte anderer, im Stadtviertel vertretenen Arbeitsbereiche einzugliedern: Kellner, Kutscher, Straßenbahner, Eisenbahner, Straßenkehrer, Privatangestellte, Verkäufer usw.
Das Stadtteilkomitee müßte Träger der ganzen im Stadtviertel wohnenden arbeitenden Klasse sein, legitim, einflußreich und fähig, einer Disziplin zur Achtung zu verhelfen, die spontan delegierte Machtbefugnisse bekleidet und die sofortige und vollständige Arbeitsniederlegung im ganzen Stadtteil anordnet.
Die Stadtteilkomitees würden sich zu städtischen Kommissariaten vergrößern, die von der Sozialistischen Partei und den Berufsverbänden kontrolliert und diszipliniert werden.

Ein solches System von Arbeiterdemokratie (ergänzt durch äquivalente Bauernorganisationen) gäbe den Massen Form und permanente Disziplin, wäre eine ausgezeichnete Schule für politische und administrative Erfahrung, würde die Massen bis zum letzten Mann erfassen, sie an Zähigkeit und Ausdauer gewöhnen, sie daran gewöhnen, sich als eine Armee im Feld zu betrachten, die engen Zusammenhaltes bedarf, will sie nicht zerschlagen und in Sklaverei zurückgeführt werden.
Jede Fabrik müßte ein oder mehrere Regimenter dieser Armee

aufstellen, mit eigenen Gefreiten, Nachrichtendiensten, mit eigenem Offizierskorps, Oberbefehl, wobei die Macht durch freie Wahlen delegiert und nicht autoritär aufgezwungen wird. Durch Wahlversammlungen in den Fabriken, durch die unaufhörliche Propaganda- und Überzeugungsarbeit der bewußtesten Genossen könnte eine Transformation der Psychologie der Arbeiter erreicht werden, die Massen wären besser vorbereitet und fähiger zur Ausübung der Macht, entstehen würde ein Bewußtsein der Pflichten und Rechte des Genossen und Arbeiters, das konkret und wirksam wäre, da es spontan aus der lebendigen und historischen Erfahrung erwachsen ist.

Wir sagten es bereits: diese kurzen Anmerkungen sind nur als Anreiz zum Nachdenken und Handeln gedacht. Jeder einzelne Aspekt dieses Problems verdiente breite, eingehendere Behandlung, Aufklärung, Ergänzung, Koordination. Die Probleme des sozialistischen Lebens können konkret nur durch kommunistische Praxis gelöst werden: durch gemeinsame Diskussion, die das Bewußtsein auf sympathische Weise verändert und mit aktivem Enthusiasmus erfüllt. Die Wahrheit sagen, gemeinsam zur Wahrheit kommen – das ist kommunistisches und revolutionäres Handeln. Die Formel „Diktatur des Proletariats" muß aufhören nur eine Formel zu sein, eine Gelegenheit, mit revolutionärer Phraseologie anzugeben. Wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen. Die Diktatur des Proletariats ist die Einsetzung des neuen, typisch proletarischen Staates, in dem die institutionellen Erfahrungen der unterdrückten Klasse zusammenfließen, in dem das soziale Leben der Arbeiter- und Bauernklasse ein verbreitetes und stark organisiertes System wird. Dieser Staat entsteht nicht improvisiert: die russischen Bolschewiki arbeiteten acht Monate um das Motto: „alle Macht den Sowjets", bekannt zu machen und konkret werden zu lassen, und die Sowjets waren den russischen Arbeitern seit 1905 bekannt. Die italienischen Kommunisten müssen aus der russichen Erfahrung schöpfen und Zeit und Arbeit ökonomisch einsetzen: das Werk des Wiederaufbaus wird soviel Zeit und Arbeit erfordern, daß man ihm jeden einzelnen Tag und jede Handlung widmen sollte.

(Nicht gezeichneter Artikel, geschrieben gemeinsam mit Palmiro Togliatti; erschienen in „L'Ordine Nuovo" vom 21. Juni 1919, I, Nr. 7)

1. Die Sozialistische Partei Italiens war 1892 in Genua gegründet worden und vertrat die Zweite Internationale in Italien. Im Unterschied zur französischen und deutschen Partei verweigerte sie die Zustimmung zum Eintritt Italiens in den Weltkrieg im Mai 1915, nahm aber auch keine Zimmerwalder Haltung ein. Resultat war, daß sie nach dem Krieg in drei Flügel gespalten war, die für die Vorkriegsparteien charakteristisch gewesen waren: auf der rechten Seite einen reformistischen Flügel; eine „maximalistische" (orthodoxe) Mitte und eine revolutionäre Linke.

   Die Allgemeine Arbeiterkonföderation (CGL) war der sozialistischen Verband der Gewerkschaften. 1906 gegründet, hatte sie vor dem Krieg bereits 394 000 Mitglieder – ungefähr die Hälfte aller organisierten Arbeiter Italiens. Nach dem Krieg stieg die Mitgliederzahl der CGL rasch auf zwei Millionen; die katholische und die syndikalistische Gegenorganisation dagegen umfassten 1 160 000 bzw. 800 000 Mitglieder. Die CGL wurde von Reformisten wie dem Nachkriegsvorsitzenden D'Aragona beherrscht.

2. Betriebskommissionen („Commissioni interni") – Diese Kommissionen waren lange von der Maschinenbauergewerkschaft (FIOM) in Turin gefordert worden, bis sie schließlich 1915 von der Regierung (aber nicht gänzlich von den Unternehmern) anerkannt wurden. Die meisten wurden von revolutionären Arbeitern kontrolliert, aber manche waren auch Instrumente des Managements.

Der Fabrikrat

Die proletarische Revolution ist kein Willkürakt einer Organisation oder eines Systems von Organisationen, die sich als revolutionär ausgeben. Die proletarische Revolution ist ein langer geschichtlicher Prozeß, der sich durch die Entstehung und Weiterentwicklung bestimmter Produktivkräfte (die wir zusammenfassend mit dem Ausdruck „Proletariat" bezeichnen) in einem bestimmten geschichtlichen Milieu manifestiert (das wir „individuelle Eigentumsweise, kapitalistische Produktionsweise, Organisationsweise der Gesellschaft im demokra-

tisch-parlamentarischen Staat" nennen). Von einer bestimmten Phase dieses Prozesses an können sich die neuen Produktivkräfte innerhalb der offiziellen Schemata des menschlichen Zusammenlebens nicht mehr autonom entwickeln; in dieser Phase kommt es zur revolutionären Tat, das heißt der Anstrengung, diese Schemata gewaltsam zu zerbrechen und den gesamten Apparat ökonomischer und politischer Macht zu zerstören, in dem die revolutionären Produktivkräfte latent vorhanden waren; es ist die Anstrengung, die bürgerliche Staatsmaschine zu zerstören und einen Staatstyp zu schaffen, in dessen Rahmen die befreiten Produktivkräfte eine ihnen gemäße Form für ihre weitere Entwicklung finden, und in dessen Organisation sie Schutz und die nötigen und ausreichenden Waffen finden, um ihre Gegner niederzuwerfen.

Der wirkliche Prozeß der proletarischen Revolution ist nicht identisch mit der Entwicklung und der Aktion revolutionärer Organisationen auf freiwilliger und vertragsmäßiger Basis wie es zum Beispiel die politische Partei und die Berufsgewerkschaften sind: Organisationen also, die innerhalb der bürgerlichen Demokratie und auf Grund politischer Freiheit entstanden sind, diese politische Freiheit beweisen und weiterentwickeln. Soweit diese Organisationen eine Lehre verkörpern, die den revolutionären Prozeß interpretiert und (innerhalb gewisser Grenzen geschichtlicher Wahrscheinlichkeit) dessen Entwicklung vorhersieht, soweit sie von den großen Massen als Reflex ihrer selbst und als ihr eigener embryonaler Regierungsapparat anerkannt werden, sind diese Organisationen (und werden es in noch stärkerem Maße) die direkt wirkenden und verantwortlichen Antriebskräfte für alle Akte der Befreiung, die die gesamte Arbeiterklasse im Verlauf des revolutionären Prozesses unternehmen wird. Aber dennoch verkörpern sie nicht den Prozeß selbst, sie gehen nicht über den bürgerlichen Staat hinaus, umfassen nicht — und können nicht umfassen — all die vielgestalten revolutionären Kräfte, die der Kapitalismus durch seinen unerbittlichen Ablauf als Maschine der Ausbeutung und Unterdrückung entfesselt.

Während der ökonomischen und politischen Vorherrschaft der bürgerlichen Klasse vollzieht sich die Entwicklung des revolutionären Prozesses unterirdisch, im Dunkel der Fabrik und im Dunkel des Bewußtseins der unendlichen Massen, die der Kapitalismus seinen Gesetzen unterwirft: der revolutionäre Prozeß ist nicht kontrollierbar und nachweisbar; er wird kontrollierbar sein, wenn seine konstitutiven Elemente (Gefühle, Bestrebungen, Gewohnheiten, Keime von Initiative und Usancen) sich zugleich mit der Entwicklung der Gesellschaft und

der Entwicklung der Arbeiterklasse innerhalb der Produktion entwickeln und klarer werden. Die revolutionären Organisationen (die politische Partei und die Berufsgewerkschaft) sind durch die politische Freiheit bedingt, sind innerhalb der bürgerlichen Demokratie entstanden und bestätigen die Freiheit im allgemeinen innerhalb der Demokratie, wo sie die Beziehungen von Staatsbürger zu Staatsbürger fördern. Der revolutionäre Prozeß dagegen verwirklicht sich auf dem Produktionssektor, in der Fabrik, wo das Verhältnis zwischen Unterdrücker und Unterdrückten herrscht, zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten, wo es keine Freiheit für den Arbeiter, keine Demokratie gibt; der revolutionäre Prozeß verwirklicht sich dort, wo der Arbeiter nichts ist und alles werden will, wo die Macht des Eigentümers unbegrenzt ist, eine Macht über Leben und Tod des Arbeiters, seiner Frau und seiner Kinder.

Wenn wir behaupten, daß der geschichtliche Prozeß der Arbeiterrevolution dem kapitalistischen System immanent ist, seine Gesetze in sich selbst trägt und sich notwendig entwickelt (weil eine Vielfalt unkontrollierbarer Handlungen zusammenkommt, unkontrollierbar, da sie aus einer vom Arbeiter nicht gewollten und nicht vorhergesehenen Situation resultierten), wenn wir behaupten, daß der geschichtliche Prozeß der Arbeiterrevolution jetzt zutage trat, ist er damit kontrollierbar und dokumentierbar geworden?

Wir werden das behaupten, wenn die gesamte Arbeiterklasse revolutionär geworden ist, nicht nur, daß sie sich generell weigert, an den Regierungsinstitutionen der bürgerlichen Klasse mitzuarbeiten, nicht nur, daß sie eine Opposition innerhalb der demokratischen Ordnung repräsentiert; sondern wenn die gesamte Arbeiterklasse in einer Fabrik eine Aktion beginnt, die notwendig zur Gründung eines Arbeiterstaates führt und dazu, daß der menschlichen Gesellschaft eine absolut originale Gestalt gegeben wird, eine universelle Form, die die gesamte Arbeiterinternationale und folglich die gesamte Menschheit umfaßt. Und wir behaupten, daß die gegenwärtige Periode revolutionär ist, eben weil wir feststellen, daß die Arbeiterklasse in allen Nationen mit aller Energie – (wenn auch unter Fehlern und Zögern, den für eine unterdrückte Klasse charakteristischen Hemmnissen, einer Klasse ohne geschichtliche Erfahrung, die ganz von vorn beginnen muß) – danach strebt, aus sich heraus neuartige Institutionen der Arbeit zu schaffen, repräsentative Institutionen Innerhalb eines industriellen Schemas. Wir behaupten, daß die gegenwärtige Periode revolutionär ist, weil die Arbeiterklasse mit all ihren Kräften, mit ihrem ganzen Willen danach

strebt, ihren Staat zu gründen. Eben darum stellt die Begründung der Arbeiterfabrikräte ein grandioses geschichtliches Beispiel dar und bedeutet den Beginn einer neuen Ära in der Geschichte des Menschengeschlechtes: durch sie tritt der revolutionäre Prozeß zutage, tritt in die kontrollierbare, dokumentierbare Phase.

In der liberalen Geschichtsphase der bürgerlichen Klasse und der von der bürgerlichen Klasse beherrschten Gesellschaft war die elementare Zelle des Staates der Eigentümer, der in der Fabrik die Arbeiterklasse seinem Profit unterwarf. In der liberalen Phase war der Eigentümer auch Unternehmer, war auch Industrieller: die Quelle industrieller Macht war die Fabrik, und dem Arbeiter war es nicht möglich, sich von der Überzeugung zu befreien, daß der Eigentümer notwendig sei, war doch seine Person mit der Person des Industriellen identisch, mit der Person des verantwortlichen Produktionsleiters und folglich auch mit dem Lohn des Arbeiters, seinem Brot, seiner Bekleidung, seiner Wohnung.

In der imperialistischen Phase der bürgerlichen Klasse geht die industrielle Macht einer jeden Fabrik auf einen Trust über, ein Monopol, eine Bank, die Staatsbürokratie. Die industrielle Macht wird unverantwortlich und folglich autokratischer, erbarmungsloser, willkürlicher: aber der Arbeiter, von der Suggestion des „Chefs" und vom knechtischen Geist der Hierarchie befreit, angetrieben auch von den neuen allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen einer neuen Geschichtsphase, hat unschätzbare Eroberungen an Autonomie und an Möglichkeit zur Initiative gemacht.

In der Fabrik wird die Arbeiterklasse zu einem bestimmten „Produktionsinstrument" in einer bestimmten organischen Verfassung; jeder Arbeiter wird „zufällig" Teil dieses konstituierten Ganzen: zufällig, soweit es seinen Willen betrifft, aber nicht zufällig, soweit es seine Aufgabe betrifft. Denn er stellt eine bestimmte Notwendigkeit des Arbeits- und Produktionsprozesses dar, und nur deshalb wird er eingestellt, nur deshalb kann er sein Brot verdienen: er ist ein Rad der Maschine der Arbeitsteilung, das heißt, der sich in einem Produktionsinstrument determinierenden Arbeiterklasse. Wenn der Arbeiter ein klares Bewußtsein dieser seiner „determinierten Notwendigkeit" erlangt und darauf einen repräsentativen Apparat nach Art eines Staates aufbaut (das heißt nicht freiwillig, vertraglich, durch Mitgliedskarte, sondern absolut, organisch, einer Wirklichkeit zugehörig, die anzuerkennen notwendig ist, wenn Brot, Bekleidung, Behausung, industrielle Produktion gesichert sein sollen): wenn die Arbeiter, die Arbeiterklasse, das tun, dann tun sie etwas Grandioses. Sie leiten eine neue Geschichte

ein, die Ära der Arbeiterstaaten. Die Arbeiterstaaten zusammen bilden die kommunistische Gesellschaft, die Welt, die nach dem Typ eines großen metallverarbeitenden Betriebes organisiert ist, die kommunistische Internationale, in der jedes Volk, jeder Teil der Menschheit Gestalt annimmt, weil er eine bestimmte wichtige Produktion ausführt und nicht, weil er einer Staatsform unterworfen ist und ihm Grenzen gesetzt sind.

Indem sie diesen repräsentativen Apparat aufbaut, enteignet die Arbeiterklasse in Wirklichkeit die erste aller Maschinen, das wichtigste Produktionsinstrument: die Arbeiterklasse selbst nämlich, die zu sich selbst gefunden, das Bewußtsein ihrer organischen Einheit erlangt hat und sich geschlossen dem Kapitalismus widersetzt. Die Arbeiterklasse beweist damit, daß der Ausgangspunkt der industriellen Macht wieder die Fabrik sein muß, sie setzt, vom Standpunkt des Arbeiters aus erneut die Fabrik als die Form, in der sich die Arbeiterklasse als determinierter, organischer Körper konstituiert, sie macht die Fabrik zur Zelle eines neuen Staates, des Arbeiterstaates, zur Basis eines neuen repräsentativen Systems, des Rätesystems. Der Arbeiterstaat, der eine produktive Struktur hat, schafft bereits die Bedingungen für seine weitere Entwicklung, für seine Auflösung als Staat, für seine organische Eingliederung in ein Weltsystem: in die kommunistische Internationale.

So, wie heute im Arbeiterrat eines großen metallverarbeitenden Betriebes jede Arbeitsgruppe, proletarisch betrachtet, mit den anderen Gruppen einer Abteilung verschmilzt, jedes Moment der industriellen Produktion mit den anderen Momenten, und der produktive Prozeß betont wird, so verschmilzt in der Welt die englische *Kohle* mit dem russischen *Erdöl*, das sibirische *Getreide* mit dem sizilianischen *Schwefel*, der *Reis* von Vercelli mit dem *Holz* der Steiermark . . . zu einem einzigen Organismus unter einer internationalen Verwaltung, die die Güter der Erde im Namen der gesamten Menschheit lenkt. So betrachtet ist der Arbeiterfabrikrat die erste Zelle eines historischen Prozesses, der in der kommunistischen Internationale gipfeln muß, und zwar nicht mehr als politische Organisation des revolutionären Proletariats, sondern als Reorganisation der Weltwirtschaft und als Reorganisation des gesamten Zusammenlebens der Menschen und Nationen in der Welt. Jede gegenwärtige revolutionäre Aktion ist sinnvoll, ist historisch real, wenn sie als ein Akt der Befreiung von den bürgerlichen Überbauten begriffen wird, die den historischen Prozeß unterdrücken.

Wie das Verhältnis zwischen politischer Partei und Fabrikrat, zwischen

Gewerkschaft und Fabrikrat beschaffen sein muß, geht bereits implizit aus dieser Darlegung hervor: Partei und Gewerkschaft dürfen sich nicht als Vormund oder als bereits konstituierte Überbauten der neuen Räteinstitution verstehen. Sie müssen sich als bewußt wirkende Kräfte der Befreiung von der Unterdrückung verstehen, die der bürgerliche Staat bedeutet; sie müssen die allgemeinen äußeren (politischen) Bedingungen organisieren, unter denen der revolutionäre Prozeß am schnellsten verläuft und unter denen sich die befreiten Produktivkräfte am besten entfalten können.

Ordine Nuovo, 5. 6. 1920

Gewerkschaften und Räte (I)

Die proletarische Organisation als Gesamtausdruck der Arbeiter- und Bauernmasse, die in den Zentralbüros der *Confederazione del Lavoro* ihre Spitze hat, durchläuft eine konstitutionelle Krise, die ihrer Natur nach der Krise gleicht, mit der sich der parlamentarisch-demokratische Staat vergeblich herumschlägt. Es ist eine Krise der Macht und eine Krise der Souveränität. Die Lösung der einen wird die Lösung der anderen sein, denn wenn das Problem des Machtwillens innerhalb ihrer Klassenorganisation gelöst ist, werden die Arbeiter auch ein organisches Gerüst für ihren Staat errichten und es siegreich dem parlamentarischen Staate entgegensetzen können.

Die Arbeiter fühlen, daß der Komplex „ihrer" Organisation zu einem solch enormen Apparat geworden ist, daß er schließlich nur mehr den Gesetzen seiner Struktur und seines komplizierten Funktionierens gehorcht, aber jener Masse fremd geworden ist, die das Bewußtsein ihrer geschichtlichen Mission als historische Klasse erworben hat. Die Arbeiter fühlen, daß es ihrem Willen zur Macht nicht gelingt, sich durch die gegenwärtigen institutionellen Hierarchien deutlich auszudrücken. Sie fühlen, daß auch in ihrem eigenen Haus, in dem Haus, das sie zäh, unter geduldigen Anstrengungen, mit Blut und Tränen gebaut haben, die Maschine den Menschen verjagt; daß das Funktionärstum den schöpferischen Geist steril macht und ein banaler wortklingelnder Dilettantismus vergebens zu verbergen sucht, daß klare Vorstellungen über die Notwendigkeit der industriellen Produktion fehlen und für die

Psychologie der proletarischen Massen kein Verständnis vorhanden ist. Die Arbeiter ärgern sich über diese Situation, die tatsächlich besteht, die zu verändern sie aber individuell machtlos sind; die Worte und der Wille der einzelnen Menschen sind zu wenig gegenüber der funktionellen Struktur des Gewerkschaftsapparats mit den ihm immanenten ehernen Gesetzen.

Die Führer der Organisation bemerken diese tiefe und verbreitete Krise nicht. Je deutlicher wird, daß die Arbeiterklasse nicht in Formen organisiert ist, die ihrer wirklichen geschichtlichen Struktur entsprechen, um so mehr wird offenbar, daß die Arbeiterklasse auch nicht in einer Organisation zusammengefaßt ist, die sich unablässig den Gesetzen anpaßt, die den inneren Prozeß der realen geschichtlichen Entwicklung der Klasse selbst lenken; um so mehr verbohren sich diese Führer in ihre Blindheit und bemühen sich, die Zwistigkeiten und Konflikte „juristisch" beizulegen. Als eminent bürokratische Geister glauben sie, daß ein objektiver Umstand, der in einer Psychologie wurzelt, wie sie sich in den lebendigen Erfahrungen des Betriebes entwickelt, mit einer gemütsbewegenden Rede und einem einstimmig gefaßten Beschluß im Anschluß an eine Versammlung voll von Geschrei und langschweifigen Reden aus der Welt geschafft werden kann. Heute bemühen sie sich, „auf der Höhe der Zeit" zu sein und – um zu zeigen, daß sie auch fähig sind, „scharf nachzudenken" – rudern mit alten und abgenutzen syndikalistischen Ideologien herum und bestehen krampfhaft darauf, eine Identität zwischen dem Sowjet und den Gewerkschaften festzustellen; bestehen krampfhaft darauf, daß das gegenwärtige System der gewerkschaftlichen Organisation bereits das Gerüst der kommunistischen Gesellschaft darstelle, das Kräftesystem also, in dem sich die proletarische Diktatur verkörpern soll.

In ihrer gegenwärtigen Form ist die Gewerkschaft in Westeuropa nicht allein als Organisationstyp vom Sowjet verschieden, sondern sie differiert auch beträchtlich von der Gewerkschaft, die sich in der kommunistischen Republik Rußlands immer mehr entwickelt.

Die Berufsgewerkschaften, die Arbeiterkammern[1], die Industrieverbände, die *Confederazione del Lavoro* sind spezifische proletarische Organisationstypen einer vom Kapital beherrschten Geschichtsepoche. In gewissem Sinn kann man behaupten, daß sie integrierender Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft sind und eine Funktion haben, die dem Regime des Privateigentums inhärent ist. In dieser Epoche, in der nur Geltung hat, wer Besitzer von Waren ist und mit seinem Besitz handelt, haben auch die Arbeiter dem ehernen Gesetz der Notwendig-

keiten gehorchen müssen und sind zu Verkäufern ihres einzigen Eigentums, der Arbeitskraft und der beruflichen Intelligenz, geworden. Da sie den Risiken der Konkurrenz stärker ausgesetzt sind, haben die Arbeiter ihr Eigentum in größeren und umfassenderen „Firmen" angelegt, haben diesen enormen Apparat der Konzentration sich abplagender Körper geschaffen, haben Preise und Arbeitszeiten festgelegt und den Markt diszipliniert. Sie haben von außen und aus dem eigenen Kreis vertrauenswürdiges Verwaltungspersonal gewonnen, das in diesen Spekulationen erfahren ist, die Marktbedingungen beherrscht, fähig ist, Verträge zu schließen, das kommerzielle Würfelspiel abzuwägen, ökonomisch nützliche Schritte in die Wege zu leiten. Die Natur der Gewerkschaften ist wesentlich vom Konkurrenzsystem, nicht vom Kommunismus geprägt. Die Gewerkschaft kann nicht Werkzeug der radikalen Erneuerung der Gesellschaft sein; sie kann dem Proletariat bürokratische Erfahrungen bieten, technische Experten für allgemeine Fragen der Industrie zur Verfügung stellen, sie kann aber nicht die Basis der proletarischen Macht sein. Sie hat keinerlei Möglichkeit, die zur Leitung der Gesellschaft geeigneten proletarischen Persönlichkeiten auszuwählen; in der Gewerkschaft können sich nicht die Hierarchien manifestieren, in denen sich der *elan vital,* der Rhythmus der fortschreitenden kommunistischen Gesellschaft verkörpert.

Die proletarische Diktatur kann sich nur in einem Organisationstyp verkörpern, wie er für die eigentliche Tätigkeit der Produzenten typisch ist, und nicht für Lohnarbeit, der Sklavenarbeit des Kapitals. Der Fabrikrat ist die erste Zelle einer solchen Organisation. Im Rat sind alle Arbeitszweige vertreten, proportional zum Anteil, den jeder Beruf und jeder Arbeitszweig bei der Herstellung des Fabrikats übernimmt. Daher ist er eine gesellschaftliche, eine Klasseninstitution. Die Berechtigung des Fabrikrats liegt in der Arbeit, in der industriellen Produktion, in einem dauerhaften Zustand und nicht bloß im Lohn, in der Klasseneinteilung – einem vorübergehenden Zustand, der ja gerade abgeschafft werden soll.

Deshalb verwirklicht der Rat die Einheit der Arbeiterklasse, gibt den Massen Zusammenhang und eine Form, die ihrer Natur nach der Form gleicht, die die Masse in der allgemeinen Organisation der Gesellschaft angenommen hat.

Der Fabrikrat ist das Modell des proletarischen Staates. Alle Organisationsprobleme des proletarischen Staates hängen mit der Räteorganisation zusammen. Im einen wie im anderen Fall ist der Begriff des Staatsbürgers überholt, und an seine Stelle tritt der Begriff Genosse: die

Zusammenarbeit, die eine gute und rationelle Produktion erfordert, schafft Solidarität, stärkt die Bande der Sympathie und der Brüderlichkeit. Jeder ist unentbehrlich, jeder steht auf seinem Platz: und jeder hat eine Funktion und einen Platz. Auch der unwissendste und rückständigste Arbeiter, auch der eitelste und „zivilisierteste" der Ingenieure wird sich schließlich von dieser Wahrheit überzeugen, die die Erfahrung der Fabrikorganisation mit sich bringt: alle werden schließlich ein kommunistisches Bewußtsein haben, um den großen Fortschritt zu verstehen, den die kommunistische Wirtschaft gegenüber der kapitalistischen bedeutet. Der Fabrikrat ist das geeignetste Organ der gegenseitigen Erziehung und der Entwicklung jenes neuen gesellschaftlichen Geistes, den das Proletariat aus der lebendigen und fruchtbaren Gemeinschaft der Arbeit heraus auszudrücken vermochte. Die Solidarität der Arbeiter — in der Gewerkschaft im Kampf gegen den Kapitalismus, im Leiden und Opfer entstanden — nimmt im Rat dauerhafte, positive Formen an, sie ist auch im kleinsten Moment der Industrieproduktion enthalten, und sie spiegelt sich in dem freudigen Bewußtsein wider, ein organisches Ganzes, ein homogenes und geschlossenes System zu sein, das in sinnvoller Arbeit ohne Eigennutz den gesellschaftlichen Reichtum produziert, seine Souveränität behauptet, seine Macht und seine geschichtsschöpferische Freiheit ausübt.

Die Existenz einer Organisation für die produzierende homogene Arbeiterklasse ermöglicht eine spontane und freie Entfaltung von würdigen und geeigneten Hierarchien und Persönlichkeiten, sie wird wichtige, grundlegende Auswirkungen auf die Verfassung und den Geist der Gewerkschaft haben.

Auch der Fabrikrat gründet sich auf den Beruf. In jeder Abteilung sind die Arbeiter in Gruppen eingeteilt, und jede Gruppe ist eine (berufliche) Arbeitseinheit: der Rat besteht ja aus Kommissaren, die von den Arbeitern in der Abteilung nach Beruf gewählt werden. Aber die Gewerkschaft stützt sich auf den einzelnen, der Rat auf die konkrete, organische Einheit des Berufes, die sich in der Disziplin des industriellen Prozesses verwirklicht. Die Gruppe spürt, daß sie sich vom homogenen Block der Klasse unterscheidet, aber zugleich fühlt sie sich einem System der Disziplin und Ordnung angehörig, dessen exaktes Funktionieren die Produktion ermöglicht. Als Ausdruck ökonomischen und politischen Interesses ist der Beruf ein vollkommen solidarischer Teil des Klassenblocks; der Beruf unterscheidet sich von der Gesamtheit der Klasse als technisches Interesse und als spezifisches, auf die Arbeit angewandtes Werkzeug. Analog sind alle Industrien homogen und

solidarisch in dem Ziel, eine vollkommene gesellschaftliche Produktion, Distribution und Akkumulation des Reichtums zu verwirklichen; aber jede Industrie hat unterschiedliche Interessen, wenn es um die technische Organisation ihrer spezifischen Aktivität geht.

Der Rat ermöglicht den Arbeitern eine direkte Verantwortung an der Produktion, hält sie zur Leistungssteigerung an, schafft eine bewußte und freiwillige Disziplin, gibt ihnen das Gefühl, Produzenten zu sein und mit zur Entwicklung der Geschichte beizutragen. Die Arbeiter tragen dieses neue Bewußtsein in die Gewerkschaft, die sich ihrerseits nach der einfach klassenkämpferischen Aktivität nun der grundlegenden Aufgabe widmet, dem ökonomischen Leben und der Arbeitstechnik eine neue Gestalt zu geben; sie erarbeitet die Form der Ökonomie und die berufliche Technik für das kommunistische Gemeinwesen. So betrachtet verwirklichen die Gewerkschaften, die sich aus den besten und bewußtesten Arbeitern rekrutieren, das höchste Moment des Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats: sie schaffen die objektiven Bedingungen, unten denen die Klassen weder weiter existieren, noch neue entstehen können.

In Rußland übernehmen die Industriegewerkschaften diese Funktion. Sie sind zu Organisationen geworden, in den sich alle einzelnen Unternehmen eines Industriezweiges zusammentun und eine große industrielle Einheit bilden. Die sehr unwirtschaftliche Konkurrenz wird beseitigt, die großen Dienstleistungen auf dem Gebiet der Verwaltung, Vorratshaltung, Distribution und Akkumulation werden in großen Zentralen vereinigt. Arbeitssysteme, Produktionsgeheimnisse, neue Anwendungsmöglichkeiten werden unmittelbar der gesamten Industrie zugänglich gemacht. Die Vielzahl der bürokratischen und disziplinarischen Funktionen, die für privatwirtschaftliche Verhältnisse charakteristisch sind, werden auf das industriell notwendige Maß reduziert. Die Anwendung der gewerkschaftlichen Prinzipien in der Textilindustrie hat in Rußland zu einer Reduktion der Bürokratie von 100 000 auf 3 500 Angestellte geführt.

Die Organisation nach Fabriken fügt die Klasse (die gesamte Klasse) zu einer homogenen Einheit zusammen, die dem industriellen Produktionsprozeß organisch angehört, ihn beherrscht und sich seiner endgültig bemächtigt. In der Organisation nach Fabriken verkörpert sich also die Diktatur des Proletariats, der kommunistische Staat, der die Klassenherrschaft im politischen Überbau und in seinen Verästelungen zerstört. Die Berufs- und Industriegewerkschaften sind das solide Rückgrat des großen proletarischen Körpers. Sie verarbeiten die individuellen und

lokalen Erfahrungen, akkumulieren sie und bewirken jene nationale Vereinheitlichung der Arbeits- und Produktionsbedingungen, auf denen die kommunistische Gleichheit konkret beruht.
Aber damit den Gewerkschaften diese positiv kommunistische Klassenführung aufgegeben werden können, müssen die Arbeiter ihren ganzen Willen und Glauben darauf richten, die Räte zu konsolidieren, zu verbreiten und die arbeitende Klasse zu vereinigen. Auf diesem homogenen und soliden Fundament werden sich alle höheren Strukturen der kommunistischen Diktatur und Wirtschaft entfalten.

Ordine Nuovo, 11. 10. 1919

Anmerkungen

1. „Camere del Lavoro": Die ersten Arbeitskammern wurden 1881 nach dem Modell der französischen „bourses de travail" gegründet. Sie waren eine Zentralorganisation für alle Institutionen der Arbeiterklasse in einer Gemeinde oder Provinz, sie planten und führten den örtlichen Klassenkampf. Während die später gegründeten Gewerkschaften sich aus der Aristokratie der Facharbeiter rekrutierten und zum Konservativismus tendierten, vereinigte die Arbeitskammer alle Arbeiter und vertrat den radikalen Flügel der Kräfte der Arbeiterklasse.

Gewerkschaften und Räte (II)

Die Gewerkschaft ist nicht die eine oder andere Definition der Gewerkschaft: die Gewerkschaft wird zu einer bestimmten Definition und nimmt eine bestimmte geschichtliche Gestalt an, denn die Kräfte und der Wille der Arbeiterklasse, die sie konstituieren, geben ihr jene Richtung und ihrer Aktion jenes Ziel, die durch die Definition geben ihr jene Richtung und ihrer Aktion jenes ziel, die durch die Definition gegeben sind. Objektiv ist die Gewerkschaft die Form, die im kapitalistischen Regime die Ware Arbeit annimmt und nur annehmen kann, wenn sie sich organisiert, um den Markt zu beherrschen: diese Form besteht in einem Amt; es setzt sich aus Funktionären zusammen und Technikern der Organisation (falls sie Techniker sind), also

Spezialisten (falls sie Spezialisten sind) in der Kunst, die Kräfte der Arbeiter so zu konzentrieren und zu führen, daß gegenüber der Macht des Kapitals ein für die Arbeiterklasse günstiges Gleichgewicht hergestellt wird. Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation wird durch folgende Tatsachen charakterisiert: 1. die Gewerkschaft umfaßt eine immer größere Zahl von Arbeitern, das heißt, sie erfaßt mit der Disziplin ihrer Form immer mehr Arbeiter; 2. die Gewerkschaft konzentriert ihre Form, gestaltet sie allgemeingültiger, um schließlich die Macht der Disziplin und der Bewegung einer Zentralbehörde zu übertragen: die Gewerkschaft trennt sich also von den Massen, die sie diszipliniert hat, entzieht sich dem Spiel der Launen, Anwandlungen und Unbeständigkeiten der großen aufrührerischen Massen. Das befähigt die Gewerkschaft, Verträge abzuschließen, Verpflichtungen einzugehen: sie zwingt den Unternehmer, in seinem Verhältnis zum Arbeiter eine Legalität anzuerkennen, eine Legalität, die durch das Vertrauen des Unternehmers in die *Zahlungsfähigkeit der Gewerkschaft bedingt ist,* durch das Vertrauen des Unternehmers in die Fähigkeit der Gewerkschaft, die Arbeitermassen zur Respektierung der vertraglichen Verpflichtungen anzuhalten.

Eine industrielle Legalität durchgesetzt zu haben, ist ein großer Erfolg der Arbeiterklasse; aber es ist nicht die letzte und entscheidende Eroberung: die industrielle Legalität hat die materiellen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verbessert, doch sie ist nicht mehr als ein Kompromiß, der notwendig zu ertragen sein wird, solange die Kräfteverhältnisse für die Arbeiterklasse ungünstig sind. Wenn die Funktionäre der gewerkschaftlichen Organisation die industrielle Legalität als einen notwendigen, aber nicht dauerhaften Kompromiß betrachten, wenn sie alle Möglichkeiten der Gewerkschaften einsetzen, um die Kräfteverhältnisse für die Arbeiterklasse günstiger zu gestalten, wenn sie die nötige, umfassende Arbeit geistiger und materieller Vorbereitung in Angriff nehmen, damit die Arbeiterklasse in einem bestimmten Augenblick eine siegreiche Offensive gegen das Kapital eröffnen und es ihrem Gesetz unterwerfen kann — dann ist die gewerkschaftliche Disziplin eine revolutionäre Disziplin, selbst wenn sie sich darum bemüht, daß die Arbeiter die industrielle Legalität respektieren.

Man muß die Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Fabrikrat unter diesem Gesichtspunkt betrachten, das heißt, wie Natur und Wert der industriellen Legalität beurteilt werden.

Der Fabrikrat ist die Negation der industriellen Negation, er hat die Tendenz, sie in jedem Augenblick zu vernichten, er arbeitet unaufhör-

lich darauf hin, daß die Arbeiterklasse die industrielle Macht erobert, die industrielle Macht von ihr ausgeht. Die Gewerkschaft ist ein Element der Legalität und muß sich vornehmen, daß diese von ihren Mitgliedern respektiert wird. Die Gewerkschaft ist gegenüber den Industriellen verantwortlich, aber nur soweit sie ihren Mitgliedern gegenüber verantwortlich ist: sie garantiert dem Arbeiter und seiner Familie die Kontinuität von Arbeit und Lohn, und das heißt von Brot und Unterkunft. *Der Fabrikrat tendiert aufgrund seiner revolutionären Spontaneität dahin, jeden Augenblick den Klassenkrieg zu entfesseln; die Gewerkschaft tendiert wegen ihrer bürokratischen Form dahin, die Entfesselung des Klassenkriegs nicht zuzulassen.* Die Beziehungen zwischen beiden Institutionen müssen zu einer Situation führen, in der nicht durch einen launischen Impuls des Fabrikrates die Arbeiterklasse zurückgeworfen wird und eine Niederlage erleidet. Das heißt, es muß eine Situation geschaffen werden, in der der Fabrikrat die Disziplin der Gewerkschaften anerkennt und sich zu eigen macht und in der der revolutionäre Charakter des Fabrikrates die Gewerkschaft beeinflußt und ein Reagens ist, das die Bürokratie und das gewerkschaftliche Funktionärstum auflockert.

Der Rat wird jederzeit aus der industriellen Legalität ausbrechen wollen: er repräsentiert die ausgebeutete, tyrannisierte, zu knechtischer Arbeit gezwungene Masse und tendiert deshalb dahin, jede Rebellion zu universalisieren, einem jedem seiner Machtakte Gewicht und entscheidende Tatkraft zu verleihen. Die Gewerkschaft ist eine mit der Legalität solidarische und für sie verantwortliche Behörde, sie wird dahin tendieren, die Legalität zu universalisieren und zu verewigen. Die Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Rat müssen zu den Bedingungen führen, die die Überwindung der Legalität und die Offensive der Arbeiterklasse in dem Augenblick ermöglichen, der für die Arbeiterklasse am günstigsten ist, in dem Augenblick, in dem die Arbeiterklasse jenes Minimum an Vorbereitungen erreicht hat, das für einen dauerhaften Sieg unumgänglich ist.

Die Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Rat dürfen ausschließlich in folgendem bestehen: die Mehrheit oder ein beträchtlicher Teil der Wähler des Rates sind gewerkschaftlich organisiert. Jeder Versuch, die beiden Institutionen in einem hierarchischen Abhängigkeitsverhältnis aneinander zu binden, kann nur zur Vernichtung beider führen.

Wenn die Auffassung, der Rat sei ein bloßes gewerkschaftliches Kampfinstrument, zu einer bürokratischen Disziplin und der Möglichkeit der direkten Kontrolle der Gewerkschaft über den Rat führt, so

wird der Rat in seiner Eigenschaft als revolutionäre Expansion, und in seiner Eigenschaft als Form der realen Entwicklung der proletarischen Revolution steril, die spontan dahin tendiert, neue Weisen der Produktion, der Arbeit, der Disziplin zu schaffen, das heißt, die kommunistische Gesellschaft zu errichten. Da die Entstehung der Fabrikräte von der Position abhängt, die sich die Arbeiterklasse innerhalb der industriellen Produktion erobert hat, da der Rat eine geschichtliche Notwendigkeit der Arbeiterklasse ist, würde jeder Versuch, ihn der Gewerkschaft hierarchisch unterzuordnen, früher oder später zu einem Kontrast zwischen beiden Institutionen führen. Die Kraft des Rates gründet sich darauf, daß er dem Bewußtsein der Arbeitermasse entspricht, daß er eben dieses Bewußtsein der Arbeitermasse ist, die sich emanzipieren und ihre Freiheit, Geschichte zu schaffen, behaupten will: die ganze Masse nimmt am Wirken des Rates teil und spürt dabei, daß sie etwas ist. Am Gewerkschaftsleben nimmt eine äußerst begrenzte Anzahl der Organisierten teil; die wahre Kraft der Gewerkschaft liegt eben hierin, aber es liegt auch eine Schwäche darin, die nicht ohne äußerst gefährliche Risiken auf die Probe gestellt werden darf.

Wenn andererseits die Gewerkschaft direkt auf den Räten basierte, nicht um sie zu beherrschen, sondern um ihre höhere Form zu werden, so würde sich in der Gewerkschaft die Tendenz der Räte widerspiegeln, jederzeit die industrielle Legalität zu verlassen, jederzeit die entscheidende Aktion des Klassenkrieges zu entfesseln. Die Gewerkschaft würde ihre Fähigkeit verlieren, Verpflichtungen auszuhandeln, würde ihren Charakter als die Kraft verlieren, die die impulsiven Kräfte der Arbeiterklasse disziplinierst und reguliert. Wenn die Organisierten innerhalb der Gewerkschaft eine revolutionäre Disziplin durchsetzen, die von den Massen für den Triumph der Arbeiterrevolution als notwendig erachtet wird und nicht als eine Knechtschaft gegenüber dem Kapital, dann wird der Rat diese Disziplin ohne Zweifel akzeptieren und auch sich zu eigen machen, und die Disziplin wird zur natürlichen Form der Aktionen des Rats. Wenn der Gewerkschaftsapparat zu einem Organ der revolutionären Vorbereitung wird und den Massen so erscheint – aufgrund seiner Aktion, aufgrund der Personen, aus denen er sich zusammensetzt, aufgrund seiner Propaganda –, dann werden die Massen den konzentrierten und absoluten Charakter der Gewerkschaften als große revolutionäre Kraft anerkennen, als eine weitere Bedingung (und eine der wichtigsten) für den Erfolg ihres tief engagierten Kampfes.

In Wirklichkeit aber faßt in Italien der Gewerkschaftsfunktionär die

Legalität als ewig auf. Zu oft verteidigt er sie von einem Standpunkt aus, der dem Standpunkt des Eigentümers entspricht. Er sieht in allem, was innerhalb der Arbeiterschaft geschieht, nur Chaos und Willkür: er universalisiert den Akt der Rebellion des Arbeiters gegen die kapitalistische Disziplin nicht als Rebellion, sondern als Materialität eines Aktes, der an und für sich trivial sein kann. Deshalb fand die Geschichte vom Regenmantel des Gepäckträgers die gleiche Verbreitung und wurde von der journalistischen Stupidität auf die gleiche Weise interpretiert wie die Geschichte von der „Sozialisierung der Frauen in Rußland". Unter solchen Umständen ist die gewerkschaftliche Disziplin lediglich ein Dienst, den man dem Kapital erweist; unter solchen Umständen muß jeglicher Versuch, den Rat der Gewerkschaft unterzuordnen, als reaktionär bezeichnet werden.

Die Kommunisten wollen, daß sich der revolutionäre Akt soweit wie möglich bewußt und verantwortlich vollzieht, daß die Wahl — soweit eine Wahl möglich ist — des Augenblicks, in dem die Arbeiteroffensive eröffnet wird, in den Händen des bewußtesten und verantwortlichsten Teils der Arbeiterklasse liegt, bei denen, die in der Sozialistischen Partei organisiert sind und am aktivsten am Leben der Organisation teilnehmen. Deshalb können die Kommunisten nicht wollen, daß die Gewerkschaft ihre disziplinierende Energie und ihre systematische Konzentration verliert.

Die Kommunisten, die sich in permanent organisierten Gruppen innerhalb der Gewerkschaften und innerhalb der Fabriken konstituieren, müssen in den Gewerkschaften und in den Fabriken die Auffassungen, Thesen und die Taktik der III. Internationale verbreiten, müssen die gewerkschaftliche Disziplin beeinflussen und deren Ziele bestimmen, müssen die Beratungen der Fabrikräte beeinflussen und die Impulse der Rebellion, die sich aus der vom Kapitalismus für die Arbeiter geschaffenen Situation ergeben, zu revolutionärem Bewußtsein und revolutionärem Schaffen steigern. Die Kommunisten der Partei haben das größte Interesse daran, weil auf ihnen die größte geschichtliche Verantwortung lastet, daß sie durch ihre unaufhörliche Aktion eine gegenseitige Durchdringung der verschiedenen Institutionen der Arbeiterklasse bewirken und eine natürliche Interdependenz, die die Disziplin und die Organisation mit revolutionärem Geist beleben.

Ordine Nuovo, 12.6.1920

Partei und Revolution

Die sozialistische Partei, mit ihrem Netz von Sektionen (die in den großen Industriezentren Angelpunkt eines kompakten und mächtigen Systems von Stadtteilgruppen sind), mit ihren Provinzverbänden, die geeint sind durch die Ideen und Aktivitäten, die die städtischen Sektionen ausstrahlen, mit ihren jährlichen Kongressen, die die höchste Souveränität der Partei artikulieren, die ausgeübt wird von den Massen der eingeschriebenen Mitglieder durch bestimmte Delegationen mit begrenzter Machtfülle, mit ihren Kongressen, die einberufen werden um stets unmittelbare und konkrete Probleme zu lösen, mit ihrer Führung, die unmittelbar aus dem Kongreß hervorgeht und das permanente Exekutiv- und Kontrollkomitee bildet, diese Sozialistische Partei bildet einen Apparat proletarischer Demokratie, der in der politischen Phantasie leicht als „beispielhaft" gesehen werden kann.
Die Sozialistische Partei ist ein Modell einer „liberalistischen Gesellschaft, die sich durch einen ausdrücklichen Bewußtseinsakt freiwillig einer Disziplin unterwirft; stellt man sich die ganze menschliche Gesellschaft als eine riesige sozialistische Partei vor, mit Aufnahme- und Entlassungsgesuchen, leistet man zweifellos dem an „Verträgen" ausgerichteten Bewußtsein vieler subversiver Geister Vorschub, die sich eher an J.J.Rousseau und anarchistischen Schriften denn an den historischen und ökonomischen Lehren des Marxismus erzogen haben. Die Gründung des sowjetrussischen Staates basiert auf den gleichen Grundsätzen wie die Sozialistische Partei; die Regierung der russischen Volkssouveränität funktioniert in einer Weise, die den Regierungsformen der Sozialistischen Partei vollkommen entspricht. Es ist daher keineswegs merkwürdig, daß aus diesen Analogien und instinktiven Hoffnungen ein revolutionärer Mythos entstanden ist, der die Einsetzung der proletarischen Macht als Diktatur des Sektionssystems der Sozialistischen Partei begreift.
Diese Auffassung ist zumindest genauso utopistisch, wie jene, die in Gewerkschaften und Arbeitskammern Formen eines revolutionären Entwicklungsprozesses sieht. Die kommunistische Gesellschaft kann nur als „natürliche" Formation begriffen werden, die auf dem Produktions- und Tauschprozeß aufbaut; und die Revolution kann als historischer Anerkennungsakt der „Natürlichkeit" dieser Formation begriffen werden. Der revolutionäre Prozeß ist also nur gleichzusetzen mit einer

spontanen Bewegung der arbeitenden Massen, die verursacht ist durch den Zusammenstoß der Widersprüche, die der menschlichen Gesellschaft im kapitalistischen Staat innewohnen. Von den kapitalistischen Konflikten in die Zange genommen, unwiderruflich bedroht, die bürgerlichen und geistigen Rechte zu verlieren, trennen sich die Massen von den Formen der bürgerlichen Demokratie und verlassen die Legalität der bürgerlichen Verfassung. Ohne Reaktion des historischen Bewußtseins der Volksmassen, die sich neu gliedern und eine Neuordnung des Produktions- und Distributionsprozesses des Reichtums vornehmen, würde sich die Gesellschaft auflösen, würde die Produktion nützlichen Reichtums aufhören, würden die Menschen in einen tiefen Abgrund von Elend, Barbarei und Tod sinken. Die Kampforgane des Proletariats sind die „Agenten" dieser kolossalen Massenbewegung; die Sozialistische Partei ist zweifellos das wichtigste „Agens" in diesem Prozeß des Zusammenbruchs und der Neubildung, sie kann jedoch nicht begriffen werden als Form dieses Prozesses, als Form, die nach der Willkür der Führer gestaltet und gebildet wird. Die deutsche Sozialdemokratie (in ihrer Gesamtheit als gewerkschaftliche und politische Bewegung) unternahm den paradoxen Versuch, den deutschen proletarischen Revolutionsprozeß in die Form ihrer Organisation zu zwingen und glaubte, die Geschichte zu beherrschen. Mit der sicheren Mehrheit ihrer Anhänger schuf sie *ihre* Räte; sie verhinderte und zähmte die Revolution. Sie hat heute jeden Kontakt mit der historischen Realität verloren, der nicht der Kontakt der Faust Noskes mit dem Nacken des Arbeiters sein kann, und der revolutionäre Prozeß folgt einer unkontrollierten, mysteriösen Bahn, die sich aus unbekannten Quellen der Gewalt und des Schmerzes speist.

Mit ihrer unnachgiebigen Haltung bei der politischen Herrschaft erreicht die sozialistische Partei dieselben Ergebnisse wie die Gewerkschaften auf ökonomischem Gebiet: sie macht dem freien Wettbewerb ein Ende. Mit ihrem revolutionären Programm beraubt eine sozialistische Partei den bürgerlichen Staatsapparat der demokratischen Grundlage des Einverständnisses der Regierten. Sie beeinflußt immer größere Volksmassen und versichert ihnen, daß das mühselige Leben, mit dem sie sich herumschlagen, nichts Leichtfertiges, kein Elend ohne Ausweg ist, sondern einer objektiven Notwendigkeit entspricht, das unumgängliche Moment in einem dialektischen Prozeß ist, der münden muß in ein gewalttätiges Aufbrechen, in eine Regeneration der Gesellschaft. Und eben deshalb identifiziert sich die Partei mit dem historischen Bewußt-

sein der Volksmassen und führt die spontane, unwiderstehliche Bewegung: diese Führung ist nicht körperlich, sie funktioniert durch Millionen und Abermillionen geistige Bande, sie ist eine wellenförmige Ausbreitung des Prestiges und kann nur in Höhepunkten eine effektive Regierung werden: durch einen Aufruf auf der Straße, durch die Aufstellung militanter Kräfte, bereit gegen eine Gefahr zu kämpfen, eine Wolke rekationärer Gewalt aufzulösen.

Wenn die Partei den legalen Regierungsapparat der Volksmassen paralysiert hat, beginnt ihre schwierigste und delikateste Phase: die Phase positiver Aktivität. Die von der Partei verbreiteten Auffassungen wirken autonom im Bewußtsein der Einzelnen und führen zu neuer sozialer Gliederung, die mit dieser Auffassung verbunden ist, sie schaffen durch innere Gesetzmäßigkeit funktionierende Organe, sie schaffen embryonale Machtapparate, in denen die Massen herrschen und ein Bewußtsein ihrer historischen Verantwortung und ihrer bestimmten Aufgabe: Bedingungen für den schöpferischen Kommunismus zu schaffen, erlangen. Als kompakte und militante ideologische Formation beeinflußt die Partei diese fortgesetzte Arbeit für neue Strukturen, die Tätigkeit vieler Millionen sozialer Infusoren, die die roten Korallenbänke vorbereiten, die eines nicht zu fernen Tages an die Oberfläche kommen, die Wucht des Meeressturmes zerbrechen, den Wellen wieder Frieden geben und ein neues Gleichgewicht der Ströme und des Klimas herstellen; dieser Einfluß ist jedoch organisch, er liegt in den zirkulierenden Ideen, im Intakterhalten des geistigen Regierungsapparates, in der Tatsache, daß viele Millionen Arbeiter durch die Gründung neuer Hierarchien und neuer Ordnungen wissen, daß das historische Bewußtsein, das sie bewegt, durch die sozialistische Partei lebendig verkörpert ist, durch eine Lehre gerechtfertigt ist, durch die Lehre der sozialistischen Partei, daß sie ein mächtiges Bollwerk besitzen, die politische Kraft der sozialistischen Partei.

Die Partei bleibt die oberste Hierarchie dieser unwiderstehlichen Massenbewegung, die Partei übt die wirksamste aller Diktaturen aus, nämlich jene, die aus dem Prestige erwächst, die das bewußte und spontane Akzeptieren einer Autorität ist, die man als unerläßlich anerkennt für das gute Gelingen der unternommenen Arbeit. Wehe wenn aufgrund sektiererischer Auffassungen im Parteibüro man versucht, in der Revolution diese Hierarchie zu materialisieren, den Regierungsapparat der in Bewegung geratenen Massen in mechanische Formen zu zwängen und den revolutionären Prozeß in Parteiformen zu zwingen; ein Teil wird die Abweichung mitmachen, man wird die

Geschichte „beherrschen"; aber der wirkliche revolutionäre Prozeß wird der Kontrolle und dem Einfluß der Partei entgleiten, die damit, ohne sich dessen bewußt zu sein, ein konservatives Organ wird.

Die Propaganda der Sozialistischen Partei besteht heute auf folgenden unbestreitbaren Thesen:

Die traditionellen Beziehungen der kapitalistischen Aneignung des Produktes menschlicher Arbeit haben sich radikal geändert. Vor dem Krieg konnten eine kleine, aber mächtige Schicht und der Staat sich, ohne unvorhergesehene Erschütterungen fürchten zu müssen, 60 % des durch die Arbeit produzierten Reichtums in Italien aneignen, während Millionen von Menschen der arbeitenden Klasse sich mit mageren 40 % zufrieden geben mußten, um die elementarsten Lebensbedürfnisse und die kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen. Heute, nach dem Krieg, zeigt sich folgendes Phänomen: die italienische Gesellschaft produziert nur die Hälfte des von ihr konsumierten Reichtums; der Staat belastet die zukünftige Arbeit mit kolossalen Summen, das heißt, die Arbeit in Italien wird immer mehr zum Sklaven der internationalen Plutokratie. Zu den beiden Organen, die „Kopfsteuer" auf die Produktion erheben (die Kapitalisten und der Staat), hat sich ein parasitäres drittes gesellt: das während des Krieges entstandene Kleinbürgertum der militärbürokratischen Kaste. Sie verbraucht jene Hälfte des nicht produzierten Reichtums, mit der die zukünftige Arbeit belastet wird: sie verbraucht sie direkt in Form von Gehältern und Pensionen und indirekt, da ihre parasitäre Funktion die Existenz eines parasitären Apparates voraussetzt. Wenn die italienische Gesellschaft nur 15 Milliarden Reichtum produziert, aber 30 verbraucht, und wenn diese 15 Milliarden in täglicher acht-stündiger Arbeit von Millionen Menschen der arbeitenden Klasse produziert werden, die dafür 6 – 7 Milliarden Lire Lohn erhalten, kann normalerweise die kapitalistische Bilanz nur auf eine Weise in Ordnung gebracht werden: indem man die vielen zehn Millionen Menschen der arbeitenden Klasse zwingt, eine, zwei, drei, vier, fünf Stunden mehr bei gleichem Lohn zu arbeiten, also unbezahlte Mehrarbeit zu leisten, die das Kapital mästet und es ihm erlaubt, seine Akkumulationsfunktion aufrecht zu erhalten, die dem Staat zur Begleichung seiner Schulden Geld zufließen läßt, die die ökonomische Situation des pensionierten Kleinbürgertums konsolidiert und die arbeitende Bevölkerung dazu verurteilt an den Maschinen und auf dem Acker zu krepieren.

In dieser allgemeinen Situation kapitalistischer Verhältnisse kann der Klassenkampf kein anderes Ziel haben, als die Eroberung der Macht im

Staate durch die Arbeiterklasse um diese ungeheure Macht gegen die Parasiten zu wenden, sie zu zwingen, sich in die Arbeit einzuordnen und mit einem Schlag das heute erhobene monströse „Kopfgeld" abzuschaffen. Für dieses Ziel müssen die arbeitenden Massen gemeinsam arbeiten, die arbeitenden Massen müssen eine bewußte Form erreichen, gemäß der Ordnung, die sie im Produktions- und Tauschprozeß einnehmen: so ist jeder Arbeiter, jeder Bauer aufgefordert, in die Räte einzutreten, bei den Regenerationsbemühungen mitzuarbeiten, den Apparat der industriellen Herrschaft und der Diktatur zu schaffen: in den Räten verkörpert sich die aktuelle Form des Klassenkampfes, der die Macht anstrebt. So formt sich das Netz von Institutionen, in denen sich der revolutionäre Prozeß abwickelt: Räte, Gewerkschaften, Sozialistische Partei. Die Räte, als historische Formation der Gesellschaft, sind bestimmt durch die Notwendigkeit, den Produktionsapparat zu beherrschen, sind eine Formation, entstanden aus dem erkämpften Selbstbewußtsein der Produzenten. Die Gewerkschaft und die Partei als freiwillige Verbände, als Stoßkräfte des revolutionären Prozesses, als Triebkräfte und Führer der Revolution; die Gewerkschaft, die die Produktivkräfte koordiniert und dem Industrieapparat die kommunistische Form aufzwingt; die Sozialistische Partei als lebendiges und dynamisches Modell menschlichen Zusammenlebens, in dem Freiheit mit Disziplin verbunden ist, und das im menschlichen Geist die ganze Energie und Begeisterung freilegt, deren er fähig ist.

(Nicht gezeichneter Artikel, erschienen in „L'Ordine Nuovo" vom 27.Dezember 1919, I, Nr. 31)

Zwei Revolutionen

Jede Form politischer Macht kann nur als juristischer Apparat einer realen ökonomischen Macht historisch begriffen und gerechtfertigt werden, kann nur als Verteidigungsorganisation und Entwicklungsbedingung einer bestimmten Ordnung innerhalb der Produktions- und Distributionsverhältnisse des Reichtums begriffen und gerechtfertigt werden: dieser fundamentale (und elementare) Kanon des historischen Materialismus faßt den ganzen Komplex der Thesen zusammen, die wir

um das Problem der Fabrikräte organisch zu entwickeln versucht haben, faßt die Gründe zusammen, deretwegen wir, bei der Behandlung der realen Probleme der proletarischen Klasse, die positiven Erfahrungen der tiefgreifenden Bewegung der Arbeitermassen für die Schaffung, Entwicklung und Koordinierung der Räte, als zentral und vorherrschend beurteilt haben. Deshalb haben wir behauptet: *1)* die Revolution ist nicht notwendigerweise proletarisch und kommunistisch, wenn sie den Umsturz der politischen Regierung des bürgerlichen Staates plant und erreicht; *2)* sie ist auch nicht proletarisch und kommunistisch, wenn sie die Zerstörung der repräsentativen Institutionen und der Verwaltungsmaschinerie plant und erreicht, durch die die zentrale Regierung die politische Macht der Bourgeoisie ausübt; *3)* sie ist nicht proletarisch und kommunistisch, auch wenn die Welle der Volkserhebung die Macht in die Hände von Menschen legt, die sich Kommunisten nennen (und es auch ehrlich sind). Die Revolution ist nur dann proletarisch und kommunistisch, wenn sie die proletarischen und kommunistischen Produktivkräfte befreit, die sich innerhalb der von der kapitalistischen Klasse beherrschten Gesellschaft herausgebildet haben, sie ist proletarisch und kommunistisch in dem Maß, in dem sie die Expansion und Systematisierung der proletarischen und kommunistischen Kräfte fördern und vorantreiben kann, die fähig sind, die geduldige und methodische Arbeit zu beginnen zur Schaffung einer Neuordnung der Produktions- und Distributionsverhältnisse, einer neuen Ordnung, deren Grundlagen die Existenz einer in Klassen getrennten Gesellschaft unmöglich macht, deren systematische Entwicklung deshalb mit einem Erschöpfungsprozeß der Staatsmacht tendenziell zusammenfällt, mit einer systematischen Auflösung der politischen Verteidigungsorganisation der proletarischen Klasse, die sich auflöst als Klasse, um Menschheit zu werden.

Die Revolution, die sich realisiert in der Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates und in der Schaffung eines neuen Staatsapparates, betrifft und umfaßt alle vom Kapitalismus unterdrückten Klassen. Sie wird bestimmt von der brutalen Tatsache, daß durch die Mangelsituation, die der imperialistische Krieg zurückgelassen hat, die große Mehrheit der Bevölkerung (zusammengesetzt aus Kleinbauern, Handwerkern, kleinbürgerlichen Intellektuellen, Massen sehr armer Bauern und auch rückständigen proletarischen Massen) im Hinblick auf die elementarsten Bedürfnisse des täglichen Lebens keinerlei Garantien mehr besitzt. Diese Revolution trägt tendenziell vorherrschend anarchistischen und zerstörerischen Charakter, der sich manifestiert als blinder

Wutausbruch, als fürchterliche Entfesslung einer Raserei ohne konkretes Ziel, die sich in eine neue Staatsmacht nur einordnen, soweit Müdigkeit, Enttäuschung und Hunger zur Anerkennung der Notwendigkeit einer eingesetzten Ordnung und einer wirklich geachteten Macht führen.
Diese Revolution kann in einer einfachen gesetzgebenden Versammlung bestehen, die versucht, die dem bürgerlichen Staatsapparat vom Volkszorn zugefügten Wunden zu heilen; sie kann bis zu Sowjets gehen, bis zur politisch autonomen Organisation des Proletariats und der anderen unterdrückten Klassen, die es jedoch nicht wagen, über die Organisation hinauszugehen, nicht wagen, die ökonomischen Verhältnisse anzutasten und damit der Reaktion der besitzenden Klassen ausgesetzt sind; sie kann gehen bis zur vollständigen Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschinerie, bis zur permanenten Unordnung, in der der existierende Reichtum und die Bevölkerung zersplittern und sich auflösen, wegen der Unmöglichkeit, eine autonome Organisation zu schaffen; sie kann sogar die Einsetzung einer proletarischen und kommunistischen Macht erreichen, die sich aber erschöpft in wiederholten und verzweifelten Versuchen die ökonomischen Bedingungen zu schaffen, die ihr verhelfen sollen zu Permanenz und Stärke, und am Ende wird sie von der kapitalistischen Reaktion fortgerissen.
Dieser historische Ablauf zeigt sich in Deutschland, Österreich, Bayern, Ungarn und der Ukraine; der Revolution als destruktiver Akt folgte nicht die Revolution als rekonstruktiver Prozeß im kommunistischen Sinn. Das Vorhandensein äußerer Bedingungen: Kommunistische Partei, Zerstörung des bürgerlichen Staates, starke Gewerkschaftsorganisationen und Bewaffnung des Proletariats genügten nicht, das Fehlen folgender Bedingungen auszugleichen: Existenz von Produktivkräften, die zu Entwicklung und Expansion tendieren, bewußte Massenbewegung des Proletariats, die politische Macht durch ökonomische Macht in Substanz verwandelt, der Wille der proletarischen Massen, in der Fabrik eine proletarische Ordnung einzuführen, aus der Fabrik die Zelle des neuen Staates zu machen, den neuen Staat als Reflex der industriellen Verhältnisse des Fabriksystems zu schaffen.
Aus diesem Grund waren wir immer der Ansicht, die Pflicht der kommunistischen Kerngruppen innerhalb der Partei sei es nicht partikularistischen Täuschungen zu verfallen (Problem der Stimmenthaltung bei den Wahlen, Problem der Gründung einer „wirklich" kommunistischen Partei); Aufgabe dieser Gruppen ist vielmehr, Bedingungen zu schaffen, in denen alle Teilprobleme als Probleme der organischen Entwicklung der kommunistischen Revolution gelöst wer-

den können. Kann es eine kommunistische Partei geben (die Aktionspartei ist und nicht Akademie von Doktrinären und Politisierern, die die kommunistische Materie beherrschen, „richtig" denken und sich „gut" ausdrücken), wenn nicht in den Massen der Geist historischer Initiative und Hoffnung auf industrielle Autonomie herrschen, die ihren Reflex und ihre Synthese in der kommunistischen Partei finden müssen? Und wenn Parteigründungen und das Auftauchen realer historischer Kräfte, deren Reflex die Parteien sind, sich nicht mit einem Schlag, aus dem Nichts, sondern durch einen dialektischen Prozeß realisieren, ist es dann nicht die wichtigste Aufgabe der kommunistischen Kräfte, den kommunistischen Produktivkräften Bewußtsein und Organisationsformen zu vermitteln, die sich entwickeln und ausbreiten müssen und die sichere und dauerhafte ökonomische Basis für die politische Macht des Proletariats schaffen müssen?

Und weiter: Kann die Partei die Beteiligung an den Wahlkämpfen für die repräsentativen Organe der bürgerlichen Demokratie ablehnen, wenn es ihre Aufgabe ist, alle unterdrückten Klassen um das kommunistische Proletariat zu organisieren, und ist es dazu notwendig, daß die Partei für diese Klassen Regierungspartei im demokratischen Sinn wird, da sie doch im revolutionären Sinn nur Partei des kommunistischen Proletariats sein kann?

Soweit sie „demokratische" Vertrauenspartei aller unterdrückten Klassen wird, soweit sie dauernden Kontakt mit allen Schichten der arbeitenden Bevölkerung hält, arbeitet die kommunistische Partei darauf hin, daß das kommunistische Proletariat anerkannt wird von allen Bevölkerungsschichten als herrschende Klasse, welche die Staatsmacht der kapitalistischen Klasse ersetzen muß, und schafft die Bedingungen, die es ermöglichen, daß die Revolution als Zerstörung des bürgerlichen Staates gleichgesetzt werden kann mit der proletarischen Revolution, mit der Revolution, die die Expropriateure expropriieren muß, die die Entwicklung einer Neuordnung der Produktions- und Distributionsverhältnisse beginnen muß.

Darum: soweit sie sich als spezifische Partei des Industrieproletariats versteht, soweit sie daran arbeitet, den durch die kapitalistische Entwicklung entstandenen Produktivkräften Bewußtsein und eine präzise Linie zu vermitteln, schafft die kommunistische Partei die ökonomischen Bedingungen für einen Wechsel der Staatsmacht in die Hände des kommunistischen Proletariats, schafft sie Bedingungen, die es ermöglichen, daß die proletarische Revolution sich identifiziert mit dem Volksaufstand gegen den bürgerlichen Staat, indem dieser Auf-

stand zum Befreiungsakt der realen Produktivkräfte wird, die sich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt haben.

Diese historischen Ereignisse sind nicht voneinander getrennt und unabhängig; sie sind Momente des gleichen dialektischen Entwicklungsprozesses, in dem sich die Beziehungen von Ursache und Wirkung verflechten, umkehren und überschneiden. Die revolutionäre Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß nach Rußland alle anderen Revolutionen gescheitert sind und daß durch das Scheitern der zweiten Revolution die Arbeiterklassen in einen Zustand der Erschöpfung und Resignation verfallen sind, der es der bürgerlichen Klasse erlaubte, sich wieder zu organisieren und die kommunistischen Avantgarden, die sich neu zu bilden versuchten, systematisch zu zerschlagen.

Für die Kommunisten, die sich nicht damit begnügen, die wichtigsten Grundsätze des Kommunismus und des historischen Materialismus wiederzukäuen, sondern die in der Realität des Kampfes leben und die Realität vom Gesichtspunkt des historischen Materialismus und des Kommunismus so begreifen, wie sie ist, kann die Revolution als Eroberung der sozialen Macht durch das Proletariat nur als dialektischer Prozeß begriffen werden, in dem politische Macht industrielle Macht, in dem industrielle Macht politische Macht ermöglicht; die Räte sind Werkzeug des revolutionären Kampfes, sie erlauben die autonome Entwicklung der kommunistischen Wirtschaftsorganisation, die von den Fabrikräten bis zu den zentralen Wirtschaftsräten reicht, die die Produktions- und Distributionspläne festlegen und damit die kapitalistische Konkurrenz unterdrücken können; der Fabrikrat als Form der Autonomie des Produzenten auf industriellem Gebiet und als Basis der kommunistischen Wirtschaftsorganisation, ist für das kapitalistische Regime ein tödliches Kampfinstrument, soweit er die Bedingungen schafft, in denen die in Klassen geteilte Gesellschaft aufgehoben und jede neue Klassentrennung unmöglich gemacht wird.

Für Kommunisten, die im. Kampf leben, sind dies keine abstrakten Vorstellungen: sie werden Kampfmotiv und Anreiz, noch größere Anstrengungen bei der Organisations- und Propagandaarbeit zu leisten. Die industrielle Entwicklung schuf in den Massen einen gewissen Grad an geistiger Autonomie und positiver historischer Initiative: diesen Elementen proletarischer Revolution muß Organisation und Form gegeben werden, geschaffen werden müssen die psychologischen Bedingungen für ihre Entwicklung und Verallgemeinerung innerhalb aller arbeitenden Klassen durch den Kampf für die Kontrolle der Produktion. Man muß zur organischen Gründung einer kommunistischen Partei

gelangen, die nicht Sammelpunkt von Doktrinären und kleinen Machiavellis sein darf, sondern eine revolutionäre kommunistische Aktionspartei ist, eine Partei, die sich der historischen Aufgabe des Proletariats genau bewußt ist und das Proletariat bei der Verwirklichung dieser Aufgabe führen kann, die deshalb die Partei der Massen ist, die sich autonom, mit ihren eigenen Mitteln, von der politischen und industriellen Sklaverei befreien wollen durch die Organisierung der Sozialwirtschaft; sie darf keine Partei sein, die sich der Massen bedient, um eine heroische Imitation der französischen Jakobiner zu werden. In dem Maß, in dem sie durch die Aktion einer Partei erreicht werden können, müssen die Bedingungen geschaffen werden, in denen sich zwei Revolutionen entwickeln können, in denen jedoch der Volksaufstand gegen den bürgerlichen Staat organisierte Kräfte findet, die fähig sind, den nationalen Produktionsapparat vom plutokratischen Unterdrückungsinstrument in ein Instrument kommunistischer Befreiung zu verwandeln.

(Nicht gezeichneter Artikel, erschienen in „L'Ordine Nuovo" vom 3. Juli 1920 II, Nr. 8)

Für eine Erneuerung der sozialistischen Partei

1. Im gegenwärtigen Zeitpunkt wird die Physiognomie des Klassenkampfes in Italien durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die Industrie- und Landarbeiter des gesamten nationalen Territoriums unumstößlich entschlossen sind, in unmißverständlicher Weise die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln aufzuwerfen. Die Verheerungen der nationalen und internationalen Krisen, die den Wert des Geldes ständig herabsetzen, beweisen, daß das Kapital erschöpft ist; bei der augenblicklichen Regelung von Produktion und Verteilung ist es nicht einmal möglich, elementarste Lebensbedürfnisse zu befriedigen; diese Ordnung kann sich nur halten, weil sie von der bewaffneten Macht des bürgerlichen Staates entschieden verteidigt wird; alle Bewegungen

innerhalb des arbeitenden italienischen Volkes streben unaufhalsam auf eine gigantische ökonomische Revolution zu, die neue Produktionsweisen einführt und eine neue Ordnung für den Produktions- und Distributionsprozeß; die die Macht zur Initiative in der Produktion den Kapitalisten und Grundbesitzern entreißt und sie der Klasse der Industrie- und Landarbeiter gibt.

2. Die Industriellen und Grundbesitzer haben die höchstmögliche Konzentration an Klassendisziplin und Klassenmacht erreicht; eine Losung, die von der *Confindustria*[1], dem allgemeinen Verband der italienischen Industrie, ausgegeben wird, wird in jeder einzelnen Fabrik sofort ausgeführt. Der bürgerliche Staat hat sich ein bewaffnetes Söldnerkorps[2] geschaffen, das als ausführendes Instrument dieser neuen starken Organisation der Besitzerklasse fungieren soll. Die *Confindustria* führt auf breiter Ebene Aussperrungen und Terrormaßnahmen durch, um ihre Macht über die Produktionsmittel zu restaurieren und um die Arbeiter und Bauern zu zwingen, sich von einer vielfachen Menge unbezahlter Arbeit enteignen zu lassen. Die letzte Aussperrung in den metallverarbeitenden Betrieben Turins[3] war ein Beispiel dieses Willens der Industriellen, den Fuß auf den Nacken der Arbeiterklasse zu setzen: sie profitieren von dem Mangel an Koordination und revolutionärer Konzentration innerhalb der italienischen Arbeiterschaft; sie versuchten, das Gefüge des Turiner Proletariats zu zerbrechen und im Bewußtsein der Arbeiter das Prestige und die Autorität der Fabrikinstitutionen (Räte und Abteilungskommissare), die den Kampf für die Arbeiterkontrolle aufgenommen hatten, zu zerstören. Die Ausdehnung der Landarbeiterstreiks im Gebiet von Novara und in der Lomellina beweist, daß die Grundbesitzer bereit sind, die Ernte zu vernichten, um das Landproletariat in die Verzweiflung und den Hunger zu treiben und es unerbittlich den härtesten und demütigendsten Arbeits- und Existenzbedingungen zu unterwerfen.

3. Die gegenwärtige Phase des Klassenkampfes in Italien ist eine Phase, der entweder die Eroberung der politischen Macht durch das revolutionäre Proletariat folgt und damit ein Übergang zu neuen Produktions- und Distributionsweisen, die eine Wiederaufnahme der Produktivität erlauben; oder es folgt eine furchtbare Reaktion durch die Besitzerklasse und die Regierungskaste. Kein Druckmittel wird man außer acht lassen, um das Industrie- und Landarbeiterproletariat zu einer sklavischen Arbeit zu zwingen: man wird unerbittlich versuchen, die Organe des politischen Kampfes der Arbeiterklasse (Sozialistische Partei) zu zerbrechen, und die Organe ökonomischen Widerstands (Gewerkschaf-

ten und Genossenschaften) in das Räderwerk des bürgerlichen Staates einzubauen.

4. Den Kräften der Arbeiter und Bauern fehlt die Koordinierung und die revolutionäre Konzentration, weil die führenden Organe der Sozialistischen Partei gezeigt haben, daß sie die augenblickliche Phase der nationalen und internationalen Geschichte absolut nicht verstehen und die Mission nicht begreifen, die die Kampforgane des revolutionären Proletariats zu erfüllen haben. Die Sozialistische Partei folgt dem Lauf der Ereignisse als Zuschauerin, sie hat nie eine Meinung vertreten, die von den revolutionären Thesen des Marxismus und von der Kommunistischen Internationale geprägt ist, sie gibt keine Losungen aus, die von den Massen aufgegriffen werden, eine allgemeine Richtung bezeichnen und die revolutionäre Aktion zusammenfassen könnten. Als politische Organisation der Avantgarde der Arbeiterklasse müßte die Sozialistische Partei eine Aktion in die Wege leiten, mit deren Hilfe die Arbeiterklasse die Revolution gewinnen könnte, und für immer gewinnen. Da die Sozialistische Partei aus jenem Teil der proletarischen Klasse besteht, der sich durch die körperliche und geistige Unterdrückung des kapitalistischen Systems nicht hat unterwerfen und demütigen lassen, sondern dem es gelungen ist, die eigene Autonomie und den bewußten und disziplinierten Geist der Initiative zu retten, so müßte die Sozialistische Partei das wachsame, revolutionäre Bewußtsein der gesamten ausgebeuteten Klasse verkörpern. Ihre Aufgabe ist, die Aufmerksamkeit der ganzen Masse auf sich zu lenken, zu erreichen, daß ihre Direktiven zu den Direktiven der ganzen Masse werden; sie müßte das ständige Vertrauen der Massen gewinnen, um zu ihrer Führerin und ihrem Kopf zu werden. Deshalb muß die Partei immer in Kontakt mit der handgreiflichen Wirklichkeit des Klassenkampfes bleiben, der vom Industrie- und Landarbeiterproletariat ausgefochten wird. Sie muß die verschiedenen Phasen dieses Kampfes, die verschiedenen Episoden, seine vielfältigen Manifestationen verstehen, um die Einheit aus der Verschiedenheit zu deduzieren, um in der Lage zu sein, der Gesamtheit der Bewegungen eine wirkliche Lösung zu geben und um die Massen zu überzeugen, daß der gegenwärtigen schrecklichen Unordnung eine Ordnung immanent ist. Wenn diese Ordnung erreicht ist, wird die Sozialistische Partei die Gesellschaft regenerieren, und in dieser Ordnung wird das Arbeitsinstrument geeignet sein, die elementarsten Bedürfnisse des Lebens und des kulturellen Fortschritts zu befriedigen. Auch nach ihrem Kongreß in Bologna[4] ist die Sozialistische Partei eine rein parlamentarische Partei geblieben, die sich starr innerhalb der

engen Grenzen der bürgerlichen Demokratie bewegt, die sich nur um die oberflächlichen politischen Bekundungen der Regierungskaste kümmert; sie hat als Partei keine autonome Gestalt, wie sie für das revolutionäre Proletariat und nur für das revolutionäre Proletariat charakteristisch ist.

5. Nach dem Kongreß von Bologna hätten die zentralen Organe der Partei sofort energisch etwas unternehmen müssen, damit das revolutionäre Gefüge der Partei homogen würde und die spezifische Physiognomie einer der III. Internationale angehörenden Partei annähme. Die Polemik mit den Reformisten und den Opportunisten wurde nicht einmal aufgegriffen; weder die Parteiführung noch der *Avanti!*[5] setzten der unaufhörlichen Propaganda, die die Reformisten und Opportunisten im Parlament und in den gewerkschaftlichen Organisationen betrieben, eine eigene revolutionäre Konzeption entgegen. Nichts unternahmen die zentralen Parteiorgane, um den Massen eine politische Erziehung im kommunistischen Sinne zu geben; nichts, um die Massen zu veranlassen, die Reformisten und Opportunisten aus der Führung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Institutionen zu entfernen; nichts, um den einzelnen Sektionen und den aktivsten Gruppen der Genossen eine einheitliche Richtung und Taktik zu geben. Während also die revolutionäre Mehrheit in der Parteiführung und in der Parteizeitung weder ihr Denken ausgedrückt noch ihren Willen ausgeführt sah, organisierten sich hingegen die opportunistischen Elemente und beuteten das Prestige und die Autorität der Sozialistischen Partei aus, um ihre eigenen parlamentarischen und gewerkschaftlichen Positionen zu konsolidieren. Die Direktion hat ihnen erlaubt, sich zu konzentrieren und Entschließungen zu verabschieden, die in Widerspruch zu den Prinzipien und der Taktik der III. Internationale standen und sich der Partei gegenüber kritisch gaben; die Direktion hat den untergeordneten Organen absolute Autonomie gewährt: sie konnten Aktionen durchführen und Auffassungen verbreiten, die die Prinzipien und die Taktik der III. Internationale desavouieren: die Direktion der Partei hat sich dem Leben und der Aktivität der Sektionen und der einzelnen Genossen systematisch ferngehalten. Das Durcheinander innerhalb der Partei, das vor dem Bologneser Kongreß mit der Kriegszeit erklärt werden konnte, hat sich nicht gelegt, sondern es hat sich im Gegenteil auf eine schreckliche Weise verschlimmert. Es ist nur natürlich, wenn unter derartigen Umständen die Partei das Vertrauen der Massen verloren hat, und in vielen Orten anarchistische Strömungen versucht haben, die Oberhand zu gewinnen. Die politische Partei der Arbeiterklasse ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie die

proletarische Aktion energisch zentralisiert und koordiniert und so der legalen Macht des bürgerlichen Staates eine faktische revolutionäre Macht gegenüberstellt und die Initiativ- und Manövrierfähigkeit eben dieses Staates einschränkt. Wenn es der Partei nicht gelingt, alle Anstrengungen zu vereinheitlichen, wenn die Partei sich als ein bloß bürokratischer, seelen- und willenloser Block erweist, dann wird die Arbeiterklasse instinktiv dahin tendieren, sich eine andere Partei zu schaffen, und sie wird sich zum Anarchismus hin orientieren, der gerade die Zentralisierung und das Funktionärswesen der politischen Parteien bitter und unaufhörlich kritisiert.

6. Die Partei ist der Internationale ferngeblieben. Der Klassenkampf nimmt in allen Ländern der Welt gigantische Formen an; überall drängen die Proletarier nach neuen Kampfmethoden, und oft, wie in Deutschland, verlangen sie nach dem militaristischen Gewaltstreich, verlangen danach, sich mit der Waffe in der Hand zu erheben. Die Partei bemüht sich nicht, der arbeitenden italienischen Bevölkerung diese Ereignisse zu schildern und den Auffassungen der Kommunistischen Internationale entsprechend zu interpretieren. Die Partei unternimmt keine erzieherische Aktion, die der arbeitenden italienischen Bevölkerung die Wahrheit vor Augen hält, daß die proletarische Revolution ein weltweites Phänomen ist, und daß jedes einzelne Ereignis im Zusammenhang mit den Weltereignissen betrachtet und beurteilt werden muß. Die III. Internationale hat sich bereits zweimal in Westeuropa versammelt, im Dezember 1919 in einer deutschen Stadt, im Februar 1920 in Amsterdam: die italienische Partei war auf keinem der beiden Treffen vertreten: die aktiven Mitglieder der Partei sind von den zentralen Parteiorganen noch nicht einmal über die Diskussionen und die gefaßten Beschlüsse dieser beiden Konferenzen informiert worden. Im Bereich der III. Internationale gibt es heftige Polemiken über die Lehre und die Taktik der Kommunistischen Internationale: sie haben (wie in Deutschland)[6] sogar zu inneren Spaltungen geführt. Die italienische Partei ist von dieser breiten Debatte der Ideen, bei der sich das revolutionäre Bewußtsein stählt und sich eine geistige Einheit und eine Einheit der Aktion der Proletarier aller Länder bildet, vollkommen abgeschnitten. Das offizielle Organ der Partei hat weder in Frankreich, noch in England, noch in Deutschland oder der Schweiz eigene Korrespondenten: ein merkwürdiger Umstand für die Zeitung einer Partei, die in Italien die Interessen des internationalen Proletariats vertritt; eine seltsame Lage der italienischen Arbeiterklasse, daß sie sich durch die verstümmelten und tendenziösen Nachrichten der bürgerlichen Agen-

turen und Zeitungen informieren muß. Als Parteiorgan müßte der *Avanti!* ein Organ der III. Internationale sein: im *Avanti!* müßten alle Nachrichten, Polemiken und Abhandlungen über proletarische Probleme zur III. Internationale einen Platz finden; im *Avanti!* müßte mit einheitlichem Geist eine unaufhörliche Polemik gegen alle opportunistischen Abweichungen und Kompromisse geführt werden. Aber der *Avanti!* hebt Manifestationen opportunistischen Denkens hervor, wie die jüngste Parlamentsrede des Abgeordneten Treves, die auf einer kleinbürgerlichen Auffassung der internationalen Verhältnisse beruhte und in der er eine konterrevolutionäre und defätistische Theorie der proletarischen Kräfte entwickelte.[7] Dieses Fehlen einer jeglichen Bemühung bei den zentralen Organen, das Proletariat über die Ereignisse und über die theoretischen Diskussionen zu informieren, die sich innerhalb der III. Internationale abspielen, kann man auch beim Buchverlag der Partei beobachten. Der Verlag publiziert weiterhin unwichtige Broschüren, Schriften zur Verbreitung von Auffassungen der II. Internationale, während er die Publikationen der III. Internationale vernachlässigt. Schriften der russischen Genossen, unentbehrlich für das Verständnis der bolschewistischen Revolution, sind in der Schweiz, in England und in Deutschland übersetzt worden. In Italien werden sie ignoriert: Lenins *Staat und Revolution* mag als ein Beispiel für alle dienen; und sind Bücher übersetzt, dann äußerst schlecht, und sie sind oft unverständlich wegen ihrer grammatikalischen und inhaltlichen Schnitzer.

7. Aus der vorstehenden Analyse geht bereits hervor, wie das Werk der Erneuerung und der strafferen Organisation beschaffen sein müßte, das, unserer Meinung nach, für die Partei unumgänglich ist. Die Partei muß eine differenzierte Gestalt annehmen: aus einer kleinbürgerlich-parlamentarischen Partei muß sie zur Partei des revolutionären Proletariats werden, die durch den Arbeiterstaat für die Zukunft der kommunistischen Gesellschaft kämpft, muß eine homogene, festgefügte Partei werden mit einem eigenen Programm, einer eigenen Taktik, einer unerbittlichen Disziplin. Wer nicht revolutionärer Kommunist ist, muß aus der Partei entfernt werden, und die Direktion, von der Sorge befreit, Einheit und Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Tendenzen und den verschiedenen Funktionären aufrecht zu halten, muß all ihre Energien daran wenden, die kampfbereiten Arbeiter zu organisieren. Jedes Ereignis des nationalen und internationalen proletarischen Lebens muß sofort in Aufrufen und Zirkularen von der Direktion kommentiert werden, damit daraus Argumente für die kommunistische

Propaganda und für die Erziehung des revolutionären Bewußtseins gewonnen werden können. Im ständigen Kontakt mit den Sektionen muß die Direktion zum Antriebszentrum aller Manifestationen der proletarischen Aktion werden. Die Sektionen müssen in allen Fabriken, in den Gewerkschaften, den Genossenschaften und den Kasernen die Bildung von kommunistischen Gruppen vorantreiben, die unter den Massen die Auffassungen und die Taktik der Partei unaufhörlich verbreiten: die Fabrikräte gründen zur Kontrolle der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion Kontrollorgane, die die notwendige Propaganda treiben, um auf organische Weise die Gewerkschaften, die örtlichen Gewerkschaftshäuser und den Gewerkschaftsbund zu erobern, um zu jenen Elementen des Vertrauens zu werden, die dann die Masse für die politischen Sowjets und zur Ausübung der proletarischen Diktatur delegieren wird. Die Existenz einer gefestigten und stark zentralisierten kommunistischen Partei, die durch ihre Fabrik-, Gewerkschafts- und Genossenschaftszellen die gesamte revolutionäre Aktion des Proletariats in ihrem zentralen Exekutivkomitee koordiniert, ist die unumgängliche Voraussetzung für jegliche Experimente mit Sowjets; wenn diese Voraussetzung nicht gegeben ist, dann muß jeder Vorschlag eines derartigen Experiments als absurd verworfen werden, weil er nur den Gegnern der Sowjetidee nützen würde. In gleicher Weise muß der Vorschlag eines sozialistischen *parlamentino*[8] verworfen werden, denn es würde sehr schnell zu einem Instrument der reformistischen und opportunistischen Mehrheit der sozialistischen Parlamentarier, die es zur Verbreitung von demokratischen Utopien und konterrevolutionären Projekten mißbrauchen würden.

8. Die Parteiführung muß sofort ein revolutionäres Regierungsprogramm der Sozialistischen Partei ausarbeiten und verbreiten. Es muß die realen Lösungen angeben, die das Proletariat für alle wesentlichen — ökonomischen, politischen, religiösen, schulischen etc. — Probleme bereithält, Probleme, mit denen sich verschiedene Schichten der italienischen arbeitenden Bevölkerung herumschlagen. Auf Grund der Auffassung, wonach die Partei ihre Macht und ihre Aktion nur auf die Klasse der Industrie- und Landarbeiter stützt, die über kein Privateigentum verfügen, und wonach die anderen Schichten des arbeitenden Volkes als Hilfskräfte der rein proletarischen Klasse betrachtet werden, muß die Partei einen Aufruf erlassen, in dem die revolutionäre Eroberung der politischen Macht ausdrücklich als Ziel genannt ist und in dem das Industrie- und Landarbeiterproletariat zur Verbreitung und Mobilisierung aufgerufen wird und in dem schließlich die Elemente der

kommunistischen Lösungen für die gegenwärtigen Probleme aufgezählt werden: proletarische Kontrolle über die Produktion und Distribution, Entwaffnung der bewaffneten Söldnerkorps, Kontrolle der Gemeindeverwaltungen durch die Arbeiterorganisationen.

9. Die sozialistische Sektion von Turin schlägt vor, angesichts dieser Überlegungen eine Absprache mit Gruppen von Genossen aus allen Sektionen zu treffen, um diese Vorschläge zu diskutieren und zu akzeptieren; eine Absprache, damit bald ein Kongreß vorbereitet wird, auf dem die Probleme der Taktik und der proletarischen Organisation diskutiert werden, und damit in der Zwischenzeit die Tätigkeit der Exekutivorgane der Partei kontrolliert wird.

Ordine Nuovo, 8. 5. 1920

Anmerkungen

1. Allgemeiner Verband der italienischen Industrie (Confindustria): Militante Organisation der italienischen Kapitalisten; 1910 auf der Basis eines turiner Industriellenbundes gegründet. Neugründung 1920 unter Führung von Gino Olivetti.
2. Die „Guardia Regia".
3. Als bei Fiat in Turin die Sommerzeit eingeführt wurde, ohne die Betriebskommissionen zu befragen, wurde ein Arbeiter entlassen, weil er die Uhr zurückgestellt hatte. Der Protest der Arbeiter führte am 28. März 1920 zur Aussperrung. Dieser Vorfall führte zum turiner Generalstreik vom April 1920.
4. Der Kongreß der Sozialistischen Partei Italiens in Bologna vom 5. bis 8. Oktober 1919, endete mit der Niederlage des reformistischen Flügels. Eine große Mehrheit forderte den Beitritt zur III. Internationale.
5. „Avanti!": Die offizielle Tageszeitung der PSI, gegründet 1896.
6. Abspaltung der „Bremer Radikalen" aus der KPD und Bildung der KAPD. (1919)
7. Claudio Treves war einer der Führer des reformistischen Flügels der PSI. Die fragliche Rede, bekannt als „Bußrede" wurde am 30. März 1920 gehalten. Treves vertrat darin die Ansicht, daß, während die Bourgeoisie ihre Macht in Italien nicht länger aufrechthalten konnte, das Proletariat ihr die Macht nicht zu entreißen vermochte.
8. Das „parlamentino" war in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg als eine Art Gegenparlament von Sozialistischer Partei und Gewerkschaften gedacht. In einer solchen Versammlung wären die Reformisten in der Mehrheit gewesen.

Politische Kapazität

Die Metallarbeiter müssen heute den auf dem Kongreß ihres Verbandes angenommenen Antrag per Referendum[1] annehmen oder ablehnen. Es ist nicht schwierig, den Ausgang dieser Befragung der Fabrikbelegschaft vorauszusagen: die Form des Referendums ist exquisit demokratisch und antirevolutionär; sie dient dazu, die amorphen Bevölkerungsmassen zu benutzen und die Avantgarden zu zerschlagen, die diesen Massen politisches Bewußtsein vermitteln und sie führen können.
Durch diese Situation der revolutionären Bewegung darf sich die Avantgarde des Proletariats nicht demoralisieren und zersplittern lassen. Ihre Qualität als Avantgarde wird sich vielmehr dokumentieren durch die Geisteskraft und die politische Kapazität, die sie auszudrücken in der Lage sein wird: haben die Arbeitergruppen, die in diesen Tagen an der Spitze der Bewegung standen ihre Aktionskraft und die passive Widerstandskraft innerhalb der Massen genau eingeschätzt? sind sie sich ihrer historischen Aufgabe bewußt? sind sie sich der Schwächen bewußt, die sich im Gefüge der Arbeiterklasse gezeigt haben, Schwächen, die nicht individuell sind, die die Einschätzung des revolutionären Geistes des Proletariats in der augenblicklichen historischen Periode nicht betreffen, die aber aufzuspüren sind in der allgemeinen Lage der Berufsorganisationen? ist ihnen aus den gemachten Erfahrungen ein aktives und tätiges Bewußtsein erwachsen? haben sie sich daran gewöhnt, die verborgenen Gefühle aufzudecken, die die Volksseele erzittern lassen, die negativen Gefühle, die hemmenden Kräfte, die den großzügigsten und kühnsten Schwung verschleißen und zur Immobilität führen?
Die politische Kapazität der proletarischen Avantgarde (und damit die reale revolutionäre Kapazität der italienischen Arbeiterklasse) wird sich an dem Verhalten bei dem heutigen Referendum zeigen. Viele Gefahren bedrohen die Arbeiterklasse: diese Gefahren sind nicht äußerlich, sondern vor allem innerer Natur. Die größte Gefahr stellt der mangelnde „Anpassungsgeist" an äußere Umstände dar, das heißt kritische Anpassung, bewußte und freiwillige Anpassung, die nicht mit Opportunismus verwechselt werden kann und darf. Vielmehr führt der mangelnde Anpassungsgeist zum Opportunismus, oder, was das gleiche bedeutet, zum Triumph der Opportunisten bei den Massen, zur Aufrechterhaltung

der Hierarchien, die die revolutionäre Bewegung in die augenblickliche Lage geführt haben. Die proletarische Avantgarde muß die abgelaufenen Ereignisse reflektieren und richtig einschätzen, sie darf sie nicht an dem Maß ihrer Wünsche, Leidenschaften und ihres Willens messen, sondern sie muß sie objektiv sehen, als äußere Tatsachen, die dem politischen Urteil zu unterbreiten sind, als historische Bewegung einer bewußten Entwicklung. Rein objektiv gesehen, hat die Arbeiterklasse einen riesigen Schritt vorwärts gemacht. Als von ihren direkten Vertretern geführte und disziplinierte Masse hat die Arbeiterklasse in den Fabriken bewiesen, daß sie zur industriellen und politischen Selbstregierung fähig ist. Aus dieser für kommunistische Revolutionäre elementaren Tatsache haben sich Folgen von sozialer Bedeutung ergeben, die nicht mehr kalkulierbar sind. Die mittleren Bevölkerungsschichten vergleichen die Kraft des Proletariats und das Ungenügen der industriellen Klasse. Nach Karl Marx war die Arbeiterklasse noch vor einem halben Jahrhundert *ein Sack Kartoffeln*, ein undeutliches Allgemeines, ein amorphes Konglomerat von Individuen ohne Ideen, ohne Willen, ohne unitarische Bestrebungen. Heute ist die Unternehmerklasse ein *Kartoffelsack* geworden, ein unfähiger, schwachsinniger Haufen, ohne politische Fähigkeiten, ohne innere Kraft. Die revolutionären Ereignisse der letzten Tage haben diese Positionen der beiden Klassen beleuchtet, die sich die Leitung der Produktion und der Gesellschaft streitig machen. Die dummen Vorurteile, die die an den Kapitalismus verkaufte Presse in der öffentlichen Meinung verbreitet hatte, sind gefallen; die Mittelklassen unterstützen das Proletariat und sind überzeugt, daß in dieser jungen Klasse voller Energien das Schicksal der Menschheit und des Fortschritts liegt. Untersucht man beide Klassen, so läßt sich feststellen, daß das Proletariat an öffentlichem Ansehen gewonnen hat, während Unfähigkeit und Schwachsinn des Kapitalismus nur noch deutlicher hervorgetreten sind. Die so entstandene politische Situation zeigt das Proletariat endgültig als herrschende Klasse, als Triebfeder, die unwiderruflich zur Eroberung der Macht drängt.

Warum ist man nicht gleich zu diesem Schluß gekommen? Oder warum hat man es nicht zumindest versucht? Die bis heute verfolgte Taktik, die im *Referendum* kulminiert, kann uns diese Fragen beantworten. Die Führer der proletarischen Bewegung stützen sich auf die „Massen", das heißt, sie suchen vor politischen Aktionen die Zustimmung der Massen und führen die Befragung in der von ihnen gewählten Art durch: eine revolutionäre Bewegung dagegen muß auf einer proletarischen Avant-

garde beruhen und muß ohne vorherige Konsultationen, ohne den Apparat repräsentativer Organe geführt werden. Die Revolution gleicht einem Krieg; sie muß exakt von einem Oberbefehl aus Arbeitern vorbereitet werden, so wie der Krieg von der obersten Heeresleitung vorbereitet wird: Versammlungen können nur das bereits Geschehene bestätigen, Erfolge loben und Mißerfolge unerbittlich bestrafen. Es ist Aufgabe der proletarischen Avantgarde den revolutionären Geist der Massen immer wach zu halten, Bedingungen zu schaffen, die die Massen aktionsbereit machen, in denen die Massen unmittelbar auf die revolutionären Parolen antworten. Die Nationalisten und Imperialisten versuchen mit eitlen patriotischen Predigten, die zum Haß gegen Fremde aufrufen, Bedingungen zu schaffen, in denen die Massen einen Krieg billigen, der von den Diplomaten und vom Oberbefehl des Heeres bereits beschlossen ist. Es gäbe keinen Krieg, wenn das Volk vorher gefragt würde; die Parlamente billigen Kriege, weil sie wissen, daß sie bereits unwiderruflich beschlossen sind, weil sie wissen, daß sie unwiderruflich weggefegt werden, wenn sie opponieren. Genausowenig kann eine revolutionäre Bewegung von einer Arbeiternationalversammlung dekretiert werden; solch eine Versammlung einzuberufen bedeutet bereits das Eingeständnis der eigenen Ungläubigkeit, bedeutet also, präjudizierenden Druck auszuüben.

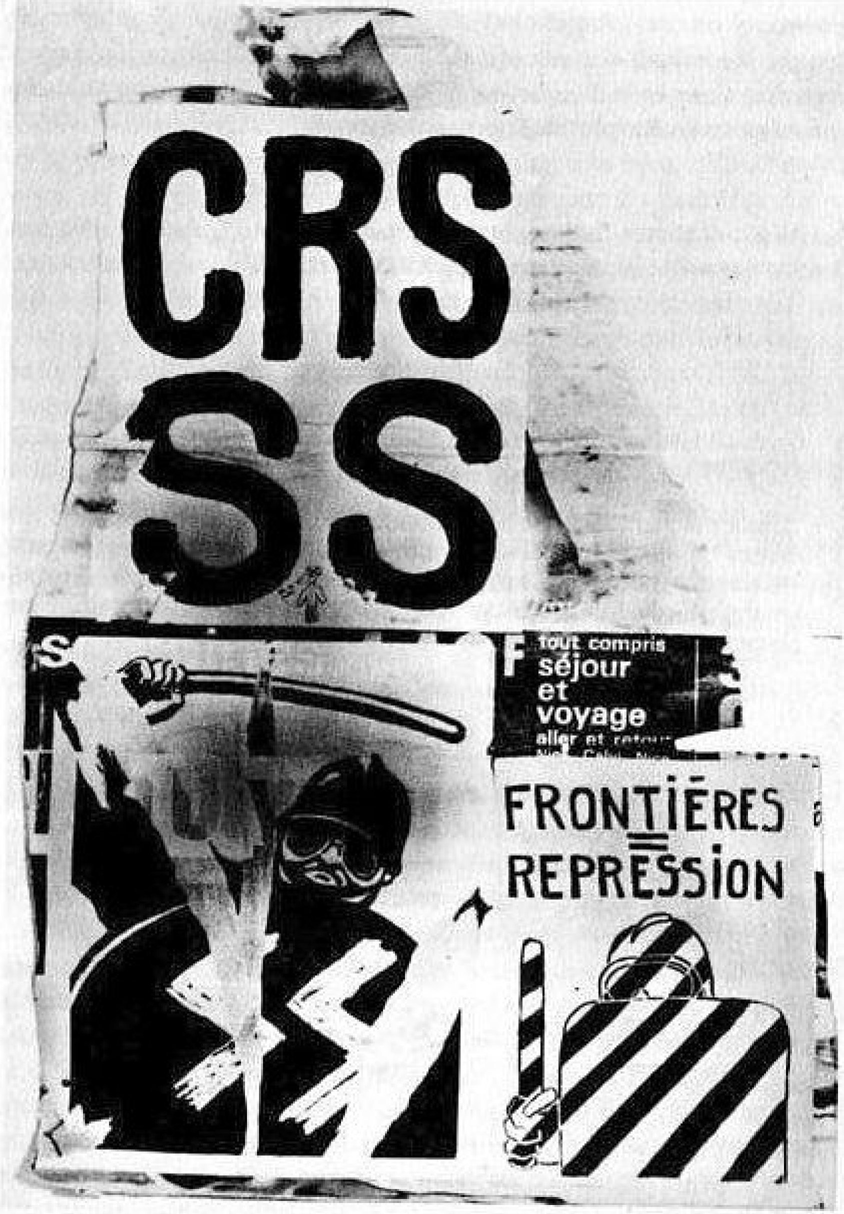
Die proletarische Avantgarde, die heute ernüchtert ist und sich aufzulösen droht, muß sich fragen, ob sie nicht selbst für diese Situation verantwortlich ist. Es ist eine Tatsache, daß innerhalb der Allgemeinen Arbeiterkonföderation keine revolutionäre Opposition existiert, die so organisiert und zentralisiert ist, daß sie die Führungsbüros kontrollieren könnte und in der Lage wäre, nicht nur einen Menschen durch einen anderen, sondern auch eine Methode durch eine andere, ein Ziel durch ein anderes, einen Willen durch einen anderen zu ersetzen. Da dies die reale Situation ist, da zu ihrer Veränderung Klagen, Beschimpfungen und Flüche nicht helfen, sondern diese zähe und geduldige Organisations- und Vorbereitungsarbeit erfordert, müssen die Arbeitergruppen, die an der Spitze der Massen standen, die Realität so akzeptieren wie sie ist, um sie effektiv verändern zu können; sie müssen die Massen um ihre Programme und Parolen scharen und kompakt zusammenhalten, sie müssen fähig sein, einen energischen Oberbefehl zu schaffen, der die großen Massenaktionen mit Intelligenz und Kühnheit zu führen weiß. Heute sind wir beim *Referendum:* sein Ausgang darf nicht zu Verwirrung und Zersplitterung führen, sondern muß Mahnung sein zu geschlossener, disziplinierterer und besser organisierter Aktivität: die

Emanzipation des Proletariats ist keine kurzfristige Angelegenheit weniger Menschen; nur wer in der allgemeinen Ernüchterung ein starkes Herz und eisernen Willen bewahrt, kann als Kämpfer der Arbeiterklasse gelten, kann ein Revolutionär genannt werden.

(Nicht gezeichneter Artikel, erschienen im „Avanti!", Ausgabe für den Piemont vom 24. September 1920, XXIV, Nr. 243)

Anmerkungen

1. Die Entscheidung der Maschinenbauergewerkschaft (FIOM), die schon einen Monat währende Fabrikbesetzungswelle in ganz Italien zu beenden, wurde am 24. September 1920 der Zustimmung durch die Arbeiter per Referendum unterworfen. Eine knappe Mehrheit befürwortete das Übereinkommen.



dtv-report: Berichte, Analysen, Aspekte

Claassen/Peters: Rebellion in Frankreich (2,80)
Pustejovsky: In Prag kein Fenstersturz (3,80)
Löbsack: Die Biologie und der liebe Gott (3,80)
Stercken: Vive la France! Vive l'Europe!
Aus den Reden Charles de Gaulles (2,80)
Grass: Über das Selbstverständliche. Politische Schriften (2,80)
Schneider/Kuda: Mitbestimmung (3,80)
Sartory: Strukturkrise einer Kirche (2,80)
Schneider: Große Koalition. Ende oder Neubeginn? (2,80)

Deutscher Taschenbuch Verlag

kern und traditioneller Arbeiterschaft revolutionäre Perspektiven eröffnet. Darüberhinaus versucht Gramsci anhand der Erfahrungen der Turiner Fabrikbesetzungen in den Jahren 1919-1921 die Organisationsproblematik zu verallgemeinern und zu theoretisieren.

In beiden Beiträgen werden die Betriebsbasisgruppen als Zellen revolutionärer Politik und als Keimformen zukünftiger Selbstverwaltungsorgane herausgearbeitet. Das bedeutet aber notwendigerweise eine Auseinandersetzung mit den anderen Arbeiterorganisationen, den Gewerkschaften und den Parteien. Für die Genossen aus Saclay hieß das erst einmal, den Einfluß von CGT und KPF brechen, um überhaupt zu einer autonomen Aktions- und Organisationsform zu gelangen. Dagegen waren die Turiner Räte als revolutionäre Betriebseinheiten durchaus gefestigt und konnten von ihrem Standpunkt aus eine Funktionsbestimmung von Partei und Gewerkschaften vornehmen.

Die enge Verflechtung der Basisgruppen in den Betrieben mit syndikalistischen und parteipolitischen Problemen kann nicht allein dadurch gelöst werden, indem man ausschließlich für die ersteren optiert. Damit wird gerade dem Problem der Koordination und Verallgemeinerung revolutionärer Politik aus dem Weg gegangen. Gramsci, der die Verbürokratisierung und die Entfremdung der sozialistischen Parteien von den Massen durchaus erkannte und auch angriff, konnte noch hoffen, mit einer starken Rätebewegung auf die italienischen Sozialisten Druck auszuüben. Eine solche Politik scheint nach der zunehmenden Integration der Arbeiterorganisationen in das System des Spätkapitalismus nicht mehr möglich. Die Koordination der jetzt schon ansatzweise bestehenden Betriebsbasisgruppen in der Bundesrepublik und die Verallgemeinerung des revolutionären Kampfes muß notwendigerweise durch eine neue Organisationsform verwirklicht werden. Auf der überbetrieblichen Ebene behandelt Gramsci auch die Stadtteilbasisgruppen. „Die Stadtteilgruppen müßten im Einvernehmen mit den Stadtsektionen die vorhandenen Kräfte der Arbeiterklasse ihres Gebietes ausmachen und Sitz des Stadtteilrates der Betriebsdelegierten, das Nervenzentrum, das alle proletarischen Energien des Stadtviertels vereint, werden."